

## Der 9. November 1989 in Berlin

1. Einleitung
2. Der Zusammenbruch der DDR: Szenen des Zerfalls
  - 2.1. Reisen und Ausreisen als Staatsproblem
  - 2.2. Bruderzwist im Warschauer Pakt
    - 2.2.1. Der KSZE-Folgeprozeß in Wien
    - 2.2.2. Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze
  - 2.3. Massenflucht und Abschottungsversuche
  - 2.4. Die „Wende“ in der Reisefrage: Der Reisegesetz-Entwurf
3. Vor dem Bankrott: Die ökonomische Lage der DDR
4. Ost-Berlin – Moskau: „Die deutsche Frage – kein Problem der aktuellen Politik“
5. Ost-Berlin – Bonn: Das „Geheimkonzept für die BRD“ und sein Scheitern
6. Der Fall der Mauer
  - 6.1. Der Reisebeschluß des Zentralkomitees
  - 6.2. Die Pressekonferenz von Günter Schabowski
  - 6.3. Der Mauerdurchbruch
7. Ausblick
8. Anhang
  - 8.1. Verzeichnis der benutzten Archive
  - 8.2. Abkürzungsverzeichnis
  - 8.3. Literaturverzeichnis

### 1. *Einleitung*

Der Fall der Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 führte zum Ende der DDR. Die spontane Vereinigung von unten, die in dieser Nacht und an dem sich anschließenden Wochenende von Berlin ausgehend überall gefeiert wurde,<sup>1</sup> bildete die Overtüre für die staatliche Einheit Deutschlands.

Die Teilung Deutschlands währte fünfundvierzig Jahre. Die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung in den vier Besatzungszonen, aus denen 1949

1 Über fünf Millionen Menschen aus der DDR besuchten an diesem Wochenende die Bundesrepublik.

die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik hervorgingen, legten die Siegermächte des II. Weltkrieges fest. Sie blieben über all die Jahre für beide deutsche Staaten Garantmächte für deren Abgrenzung nach außen wie für die Aufrechterhaltung ihrer Ordnung nach innen. Während die „Westdeutschen“ nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur die ihnen von den Westmächten „verordnete Demokratie“<sup>2</sup> vor dem Hintergrund steigenden Wohlstandes akzeptierten, der demokratische Verfassungsstaat über vierzig Jahre einen stabilen Ordnungsrahmen bot und sich ein gesellschaftlicher Konsens über die im Grundgesetz verankerten Wertvorstellungen herausbildete, blieb der von der Sowjetunion oktroyierten kommunistischen Einparteienherrschaft in der DDR die innere Legitimität bis 1989 versagt.

Die staatliche Existenz der DDR war zu keinem Zeitpunkt Ausdruck der Volkssouveränität. Sie beruhte, wie die militärische Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 vor Augen führte, auf der Bestandsgarantie der Sowjetunion sowie deren imperialem Machtanspruch und Machtwillen und war nur durch die Einmauerung der Bevölkerung am 13. August 1961 aufrechtzuerhalten. Der Verzicht auf den Mauerbau, so Honecker 1992 vor dem Berliner Landgericht, hätte bereits 1961 zur Aufgabe der DDR geführt.<sup>3</sup> Bewacht von mit Maschinenpistolen bewaffneten Grenzsoldaten, gesichert mit Selbstschußanlagen und Minenfeldern, Betonplattenwänden, Metallgitterzäunen und Stacheldraht, Beobachtungstürmen und Bunkern, Kraftfahrzeugsperrgräben und Hundelaufanlagen, Kontakt- und Signalzäunen, sorgte die Mauer dafür, daß nicht abhanden kam, was jede Regierung als Lebenselixier dringend benötigt: ein Volk. Über achthundert Menschen, die das Land dennoch verlassen wollten, verloren bei der Flucht aus der DDR ihr Leben. Allein der Versuch, die Berliner Mauer zu überwinden, endete zwischen 1961 und 1989 für einhundertzweiundzwanzig Menschen tödlich; sie starben im Minenfeld oder im tödlichen Feuerhagel von Maschinengewehrsalven.<sup>4</sup> Tausende von Fluchtwilligen verfangen sich bereits bei der Vorbereitung ihrer Flucht im Netz der flächendeckenden Bespitzelung des Staatssicherheitsdienstes und wurden verhaftet, bevor sie überhaupt in die Nähe der Grenze kamen.

Die imperiale Machtformel für die Existenz der DDR und die Partnerschaft im sozialistischen Bruderbund war zwischen KPdSU und SED kein Geheimnis, sondern Gegenstand intimen Gedankenaustausches. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ablösung Walter Ulbrichts schärfte Leonid Breschnew dessen designiertem Nachfolger Erich Honecker im Juli 1970 ein: „Wir haben doch Truppen bei Ihnen. Erich, ich sage Dir ganz offen, vergesse

2 Vgl. Pirker 1977.

3 Vgl. den Abdruck der persönlichen Erklärung Honeckers vor dem Berliner Landgericht, in: Neues Deutschland, 4.12.1992.

4 Vgl. Arbeitsgemeinschaft 13. August (1994).

das nie: die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke – nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten.“<sup>5</sup> Einen zweiten Merksatz gab Breschnew Honecker nur einen Monat später auf den künftigen Weg als Generalsekretär der SED mit: „Es gibt, es kann und es darf zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der DDR und der BRD kommen.“<sup>6</sup> Diesbezügliche Absichten hatte Moskau offenbar Ulbricht unterstellt und so dessen Ablösung beschleunigt.

Auf westdeutscher Seite leitete der Mauerbau ein Umdenken bezüglich der weiteren Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen ein. Im Zuge der amerikanisch-sowjetischen Entspannungspolitik wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland als Handlungsmaxime der Regierungspolitik der fünfziger und frühen sechziger Jahre fallengelassen. Er machte allmählich einem „neuen deutschlandpolitischen Denken“ Platz, das sich schließlich im Grundlagenvertrag von 1972 niederschlug: „Das neue deutschlandpolitische Denken trennte die normative Ebene – also den Gegensatz der Ordnungssysteme und Wertvorstellungen – von der pragmatischen Ebene – der Kooperation über Systemgrenzen hinweg. Man vollzog den Übergang vom Alleinvertretungsanspruch zum Prinzip des Status der Gleichberechtigung zwischen beiden Staaten, verbunden mit dem Ziel, gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln.“<sup>7</sup> In politischen Grundsatzfragen – wie der nationalen Frage, in der die Bundesregierungen an das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes gebunden waren, und der Frage der Staatsbürgerschaft – wurden die unterschiedlichen Auffassungen jedoch festgeschrieben.<sup>8</sup>

Der Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch Bonns bewirkte eine Welle der internationalen Anerkennung der DDR. Doch trotz des außenpolitischen Stabilitätsgewinns blieb die innenpolitische Lage der DDR prekär. Der 17. Juni war zum Trauma der SED-Führung geworden, das durch die Volksaufstände und Arbeiterunruhen in den Nachbarländern stets wiederbelebt wurde. Die Wiederkehr eines Volksaufstandes in der DDR zu verhindern, wurde als Aufgabe nicht allein dem Staatssicherheitsdienst anvertraut, sondern zur obersten Maxime der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED gemacht. Das von Honecker (vor dem Hintergrund der im Dezember 1970 gegen die Erhöhung von Lebensmittelpreisen gerichteten polnischen Arbeiterdemonstrationen) inspirierte und vom VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossene Programm der „Einheit von

5 Protokoll einer Unterredung zwischen L.I.Breshnew und Erich Honecker am 28. Juli 1970 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2A/3196).

6 Zu den Gesprächen Gen. L.I.Breshnew, 20.8.1970, S. 3 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2A/3196).

7 Weidenfeld 1989, S. 20.

8 Vgl. die Präambel des Grundlagenvertrages vom 21.12.1972 sowie den Vorbehalt zu Staatsangehörigkeitsfragen durch die Bundesrepublik Deutschland, dok. in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1980, S. 205 ff.

Wirtschafts- und Sozialpolitik“ mit seinen Lohn- und Rentenerhöhungen, der Verbesserung der Versorgungs- und Wohnsituation sowie zahlreichen sozialpolitischen Maßnahmen zielte darauf ab, „mangelndes Legitimationseinverständnis durch materielle Versorgung und soziale Sicherheit zu kompensieren.“<sup>9</sup> Doch der erhoffte Effekt blieb aus. Stattdessen überforderte die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ die ökonomische Leistungsfähigkeit der DDR, trieb sie in eine wachsende Verschuldung nach innen und außen und trug so letztendlich dazu bei, die Existenzfähigkeit des Systems zu untergraben, zu dessen Stabilisierung sie erfunden worden war.<sup>10</sup>

Den realsozialistischen Nachbarländern ging es ökonomisch nicht besser, sondern schlechter. Eine Serie von Mißernten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die militärische Intervention in Afghanistan am 27. Dezember 1979 und die immensen Militärausgaben<sup>11</sup> erschöpften die Sowjetunion ökonomisch zusehends; sie zeigte sich immer weniger in der Lage, die politischen Kosten für den Unterhalt ihres Imperiums aufzubringen. Während sie der DDR 1978 noch mit einem 1,5 Milliarden Rubel-Kredit vorübergehend aus den Schwierigkeiten half, ließ sie Polen und Rumänien kurze Zeit später im Regen stehen: beide Länder sahen sich gezwungen, ihre Zahlungsunfähigkeit gegenüber den West-Gläubigern anzuzeigen. Der Verzicht auf eine direkte militärische Intervention in Polen 1981<sup>12</sup> und die ab 1982 wirksam werdenden Kürzungen der Erdöllieferungen zu RGW-Preisen an die Verbündeten, um mit dem Öl freie Devisen zu erwirtschaften, waren erste Anzeichen für die Erschöpfung der sowjetischen Globalstrategie, die zum damaligen Zeitpunkt freilich kaum erkannt wurden.<sup>13</sup>

Schon zu Beginn der achtziger Jahre sah sich die Sowjetunion außerstande, die DDR weiterhin vor dem drohenden ökonomischen Absturz und seinen unabsehbaren innenpolitischen Folgen zu bewahren. Als Hauptlieferant von Rohstoffen hatte die Sowjetunion in den siebziger Jahren im RGW von deren steigenden Preisen profitiert. Mit dem Fall der Rohstoffpreise in den achtziger Jahren wurde sie zum Verlierer, weil der Wertumfang der von den Verbündeten im Warenaustausch bereitzustellenden Güter sank. Die ökonomische Schwäche der Sowjetunion, deren Entscheidungszentrum zudem in der langen Siechtumsphase Breschnews durch Machtkämpfe um dessen

9 Lepsius 1994, S. 10.

10 Vgl. Hertle 1992a, 1992b, 1992c.

11 Realistischen westlichen Schätzungen zufolge lag der Anteil der gesamten sowjetischen Verteidigungsaufwendungen am Bruttosozialprodukt bei 15 bis 17 Prozent. Vgl. Weiß 1990, S. 310.

12 Zur Politik der SED-Führung gegenüber der Entwicklung in Polen 1980–1982 siehe Wilke u. a. 1993 a und 1993b.

13 Vgl. Sieber 1992.

Nachfolge gelähmt war<sup>14</sup>, vergrößerte den innerdeutschen Handlungsspielraum im Machtdreieck zwischen Moskau, Ost-Berlin und Bonn.

Seit dem 13. Dezember 1981, dem Tag der Verhängung des Kriegsrechts in Polen, richteten sich „die Sanktionen des Imperialismus“ auch gegen die DDR, klagte Honecker Ende 1982 gegenüber dem polnischen Außenminister Olszowski: „Die DDR hat seit diesem Zeitpunkt keinen Dollar Kredit erhalten.“ Dennoch sei es möglich, fuhr Honecker optimistisch fort, „auf Grund der unterschiedlichen Interessenlage der imperialistischen Staaten Lücken zu finde.“<sup>15</sup> Die Lückensuche, die die drohende Senkung des Lebensstandards in der DDR und die dabei zu erwartenden Konflikte zu vertagen half, fand ein halbes Jahr später in der Bundesrepublik ein erfolgreiches Ende. Nicht zuletzt aufgrund massiver Drohungen der SED-Spitze, daß „die Schotten (zur Bundesrepublik, d.Vf.) dichtgemacht“ würden, wenn der Handel mit der DDR „eingeschränkt oder nicht durchgeführt“ werde, und daß die DDR in diesem Fall eben ihre „Aufgaben mit Hilfe des RGW lösen“ werde,<sup>16</sup> gewährte die Bundesregierung der DDR in den Jahren 1983 und 1984 zwei Kredite über eine Milliarde bzw. 950 Millionen DM und stellte damit ihre Bonität auf den internationalen Finanzmärkten wieder her.<sup>17</sup> Als sein und des Bundeskanzlers

14 Zum „kurzen Schauspiel der Gerontokraten“ an der sowjetischen Führungsspitze anfang der achtziger Jahre vgl. Voslensky 1989. – Über den Zustand Breschnews während seiner letzten Lebensjahre äußerte sich der bulgarische Parteichef Todor Schiwkoff in einem Gespräch mit dem ungarischen Kádár-Nachfolger Károly Grósz im April 1989: „Sieben bis acht Jahre war Breshnew eine Leiche. Und Kádár weiß, und ich weiß, daß man absolut keinen Dialog mit ihm führen konnte. Wir gehen hin, ich sage ihm etwas, der Dolmetscher übersetzt es, und Tschernenko erklärt ihm, was ich gesagt habe. Dialoge kamen nicht zustande. Zum Schluß las Breshnew nicht einmal mehr, und Tschernenko las, was ihre Anmerkungen zu unserer Angelegenheit sind.“ (Über das Gespräch des Genossen Todor Schiwkow mit Genossen Károly Grósz, 17. April 1989, Residenz „Bojana“, in: SAPMO BArch, ZGA-FDGB, FDGB-BUVO o.Nr.) Die Aufzeichnung des Gespräches, die keinen Verfasser nachweist und derzufolge Schiwkow Grósz unverhüllt zur Niederschlagung der ungarischen Opposition aufforderte, wurde von Honecker am 6.6.1989 abgezeichnet und an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros verteilt.

15 Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRP, Stefan Olszowski, am 4.11.1982, S. 10 (BA/P, E-1-56275).

16 So die nach der Aufzeichnung Schalcks an Strauß übermittelte Position Honeckers (Alexander Schalck, Niederschrift über das geführte Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der CSU, F.J. Strauß, dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenninger, und Genossen Schalck am 5.6.1983 in Spöck/Chiemsee, Berlin, den 6.6.1983, S. 3, in: Deutscher Bundestag 1994/Anlagenband 3, Bl. 3395). – Bereits im August 1982 hatte Schalck dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Bräutigam, unter Hinweis auf das Krim-Gespräch zwischen Honecker und Breshnew versucht deutlich zu machen, daß die Bundesregierung in den Sog des „praktizierten Wirtschaftskrieges“ und der weiteren internationalen Zuspitzung einbezogen werde, „wenn nicht deutliche Signale zur Wiederherstellung der über Jahrzehnte hinweg praktizierten Kreditbeziehungen zwischen der DDR und internationalen Großbanken, darunter auch zu Banken der BRD, gegeben werden.“ (Alexander Schalck, Vermerk über ein Gespräch zwischen Genossen Schalck und Bräutigam am 26.8.1982, Berlin, den 26.8.1982, in: SAPMO BArch, ZPA-SED, Büro Mittag, vorl. SED 42177, Band 1)

17 Wie der Abschlußbericht des „Schalck-Untersuchungsausschusses“ des Bayerischen Landtages zeigt, sind die beiden Milliardenkredite viel zu selten als Sternstunde deutsch-deutscher Staatskunst und als einer jener Glücksfälle in der Politik gewürdigt worden, bei denen Staats-, Parteien-, Wirtschafts- und Privatinteressen zum Nutzen aller Seiten zusammengeführt und realisiert wurden. Mit der

zentrales Motiv hob der bayerische Ministerpräsident Strauß, der den ersten Kredit für die Bundesregierung einfädelt, gegenüber Honeckers Unterhändler Schalck hervor, „daß die Abkapselung der DDR im RGW der Entwicklung des Friedens in Europa, besonders der allseitigen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, nicht dienlich sein wird.“<sup>18</sup> Der politische Preis, den die DDR für ihre ökonomische Stabilisierung zu zahlen bereit war, war nicht gering und zeigte, wie hart sie der Kreditboykott getroffen hatte.<sup>19</sup> Erstens konzedierte sie mit dem Abbau der Tötungsautomaten an der innerdeutschen Grenze eine Veränderung des Grenzregimes, Erleichterungen im Reise- und Besucherverkehr sowie eine „großzügigere“ Genehmigungspraxis bei Übersiedlungsanträgen ihrer Bürger. Und zweitens ging sie mit dieser deutsch-deutschen Politik nach dem Scheitern der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche in Genf in einer Zeit härtester weltpolitischer Konfrontationen um die Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen und den Nachrüstungsbeschluß der NATO, untermauert mit Honeckers Formeln von einer „Politik der Schadensbegrenzung“ und „Koalition der Vernunft“, auf geradezu demonstrative Weise auf Abstand zur außenpolitischen Generallinie der Sowjetunion. Diese Generallinie verlangte von ihren Verbündeten, sich einem Rückfall in den Kalten Krieg unterzuordnen und sich auf eine neue „Eiszeit“ in den Ost-West-Beziehungen einzurichten. Im August 1984 wurden Honecker,

Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der DDR gelang es Strauß und Kohl auf der einen und Schalck und Honecker auf der anderen Seite zweifellos, den Eintritt einer politischen Krisensituation in der DDR zu vertagen, deren Lösung sich zur damaligen Zeit kaum von der polnischen – der Verhängung des Kriegsrechts – unterschieden hätte. Zum Wohle der deutschen Wirtschaft insgesamt blieb der innerdeutsche Handel erhalten. Darunter befand sich im speziellen auch das Fleischgeschäft mit der DDR. Dessen Weiterführung hatte der Rosenheimer Fleisshändler Josef März, ein Jugendfreund von Franz Josef Strauß, zu seinem Herzensanliegen gemacht. Trotzdem fand März Zeit, Schalck einen Zugang zu Strauß zu verschaffen, wodurch das Kreditprojekt vorangetrieben wurde. Eine spätere Mitteilung von Schalck an Staatssicherheitschef Mielke, das Unternehmen März wirke als „gedeckte Finanzquelle der CSU“, hat weder die CSU noch der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages bestätigen können (Alexander Schalck, Vermerk für Genossen Minister Mielke, Berlin, 27.10.1988).

In der leidigen Frage des Verbleibes der „Provisionen“, die sich bei beiden Krediten zusammengenommen auf rund siebzehn Millionen DM beliefen, schuf er jedoch Aufklärung: Sie flossen entsprechend der banküblichen Gepflogenheiten an die das kreditgebende Banken-Konsortium führende Bayerische Landesbank. Dort seien sie verblieben, sofern sie nicht weitergegeben wurden – an die anderen beteiligten Banken (vgl. Bayerischer Landtag 1994).

18 Ebd., S. 7 (Bl. 3399). Zu seiner politischen Motivation, den Kredit einzufädeln, vgl. Strauß 1989, S. 476.

19 In einer Information über die Kostenentwicklung im Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ teilte Schalck Günter Mittag 1988 rückblickend mit: „In den Jahren 1981–1983, in denen Kredite von den Banken überhaupt nicht gewährt und selbst ihre kurzfristigen Depoteinlagen von unseren Banken abgezogen wurden, mußte alles Geld über äußerst kurzfristige Warentransaktionen beschafft werden, die Kosten von 35–45%, zum Teil bei Ex-/Import-Geschäften bis zu 60% pro Jahr verursachten. Die Bezahlung dieser Kosten wiederum war auch nur durch derartige Transaktionen möglich, auch sie wurden praktisch bis zum Folgejahr kreditiert.“ Nach der Gewährung der Milliardenkredite ging die Kostenbelastung des Bereichs KoKo über zwanzig Prozent im Jahr 1985 auf fünfzehn Prozent im Jahr 1987 zurück (A. Schalck, Information zur Kostenentwicklung. Brief an Günter Mittag, Berlin, den 5.9.1988, S. 1).

Hager, Axen und Mielke zum Rapport nach Moskau zitiert. Tschernenko als Interims-Generalsekretär, Gorbatschow, der noch Landwirtschaftssekretär des ZK der KPdSU war, Verteidigungsminister Ustinow und Tschebrikow, der damalige KGB-Chef, saßen den SED-Politbüromitgliedern gegenüber. In scharfer Form wies Tschernenko Honeckers Formulierungen über die „Schadensbegrenzung“ und die „Koalition der Vernunft“ als Losungen zurück, die von denjenigen ausgenutzt würden, „die versuchen, ihre Politik zu tarnen, die Menschen durch Phrasen ohne Klassensinn zu täuschen.“<sup>20</sup> Als Beispiel für eine solche Phrase, die „nur Heuchelei, nur ideologische Tarnung“ sei, zitierte Ustinow Bundeskanzler Kohl, der in Übereinstimmung mit Honecker mehrfach erklärt hatte, daß von deutschem Boden nie mehr eine Gefahr für den Frieden ausgehen dürfe.<sup>21</sup> Die für die Kredite gewährten Reiseerleichterungen, kam Tschernenko zur Sache, seien „vom Standpunkt der inneren Sicherheit der DDR zweifelhaft und stellen einseitige Zugeständnisse an Bonn dar. Sie (Honecker und seine Begleitung, d.Vf.) erhalten dadurch finanzielle Vorteile, aber in Wirklichkeit sind das scheinbare Vorteile. Hier geht es um zusätzliche, finanzielle Abhängigkeiten der DDR von der BRD. Die Ereignisse in Polen sind eine schwerwiegende Lehre, aus der man Schlußfolgerungen ziehen sollte.“<sup>22</sup> Eine Schlußfolgerung der KPdSU gab Tschernenko der SED-Spitze mit auf den Heimflug. Er „bat“ die Ost-Berliner Genossen, vom Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Abstand zu nehmen, denn: „Wenn es zu einer Annäherung mit der BRD auf dem Wege der Schwächung der Positionen des Sozialismus durch ungewollte Ermunterung der Ansprüche Bonns gegenüber der DDR kommt, so würde das uns allen einen großen Schaden zufügen.“<sup>23</sup> Der höflichen sowjetischen Bitte mochte sich die SED-Führung nicht verschließen; der bereits geplante Besuch Honeckers wurde abgesagt.

Die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten wurden bereits im März 1985 mit der Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen der Supermächte gedämpft, doch die sowjetischen Befürchtungen bezüglich der ökonomischen Lage der DDR blieben virulent. Stetig wuchs ihre Verschuldung bei westlichen Banken, und trotz aller Abgrenzungsrethorik stieg die Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik, vor allem mit von den regelmäßigen Transferzahlungen, die ihr aus den über dreißig Verträgen und Vereinbarungen mit Bonn zufflossen<sup>24</sup>. Allen Regierungsparteien in Bonn war

20 Niederschrift über das Treffen zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Konstantin Ustinowitsch Tschernenko am 17. August 1984, S. 51 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2A/2678).

21 Ebd., S. 69.

22 Ebd., S. 48.

23 Ebd., S. 50.

24 Aufgrund von Abkommen und Vereinbarungen erhielt die DDR zwischen 1978 und 1989 über elf Milliarden DM von der Bundesrepublik (vgl. A. Schalck, Information zur Kostenentwicklung, Brief an Günter Mittag, Berlin, den 5.9.1988, S. 4). Über die Kanäle der evangelischen Kirche flossen im gleichen Zeitraum zusätzlich rund 2,4 Milliarden DM für den Freikauf von Häftlingen aus Bundesmitteln in die DDR (vgl. Whitney 1993, S. 400).

die Abmilderung der Folgen der Diktatur ein Gebot nationaler Solidarität; der DDR verhalf der schwunghafte Handel mit „humanitären Erleichterungen“, vor allem mit der vorzeitigen Freilassung von Häftlingen und der Erweiterung von Reisemöglichkeiten, solange zu dem dringend benötigten zusätzlichen Einkommen, wie die Säulen der Diktatur stabil blieben: die Bestandsgarantie der Sowjetunion und die Mauer.

Wie die folgende Studie zeigt, waren jedoch beide Grundpfeiler der Existenz der DDR am Vorabend der Maueröffnung brüchig geworden. Wegen der ökonomischen Krise ihres Landes sah sich die politische Führung der Sowjetunion seit 1987 gezwungen, auf die westliche Verhandlungsstrategie in Wien einzugehen, die Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen, eine Ausweitung der Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Hilfeleistungen von Zugeständnissen der Sowjetunion im humanitären Bereich auf der Wiener KSZE-Folgekonferenz abhängig machte. Ohne Abstimmung mit ihren Verbündeten und unter Verletzung insbesondere der Interessen der DDR waren Gorbatschow und Schewardnadse zu weitgehenden Zugeständnissen in Menschenrechtsfragen bereit, wozu auch die Zusicherung von Freizügigkeit gehörte. Spätestens seit der Unterzeichnung des Abschlußdokuments des Wiener KSZE-Folgetreffens im Januar 1989 war der SED-Spitze klar, daß sie der Frage der Reise- und Ausreisefreiheit nun nicht mehr allein wegen der Angriffe westlicher Staaten, sondern auch wegen der fehlenden Solidarität für ihre Position im eigenen Bündnis nicht mehr lange ausweichen konnte.

Die Auseinanderentwicklung der Interessen der realsozialistischen Bruderländer kulminierte am 10. September 1989 in der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Bürger. Eine doppelte Bewegung von Massenausreise und Massenprotest leitete danach den Umbruchprozeß in der DDR ein; die Staatsautorität erodierte. Der Selbstbefreiungsakt des Volkes, das am 9. November die Mauer durchbrach, führte den Zusammenbruch der SED-Diktatur nicht zuletzt deshalb so schnell herbei, weil die Sowjetunion ihr militärischen Beistand verweigerte.

## 2. *Der Zusammenbruch der DDR: Szenen des Zerfalls*

Nach der ausdrücklichen Ermunterung durch Michail Gorbatschow während seines Besuches zum 40. Jahrestag der DDR am 6. und 7. Oktober 1989 in Ostberlin („Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“<sup>25</sup>) und einer

25 „Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort“, lautete Gorbatschows Ausspruch bei einem Treffen mit dem SED-Politbüro; er bezog sich eigentlich auf seine eigenen Erfahrungen im Umgestaltungsprozeß der Sowjetunion. Vgl. Stenographische Niederschrift des Treffens der Genossen des Politbüros des Zentralkomitees der SED mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Michail Sergejewitsch Gorbatschow, am Sonnabend, dem 7. Oktober 1989 in Berlin-Niederschönhausen, dok. in: Mittag 1991, S. 367.

stürmisch verlaufenen zweitägigen Politbüro-Sitzung am 10. und 11. Oktober wurden Erich Honecker und mit ihm zwei seiner engsten Vertrauten – der Wirtschaftssekretär des ZK, Günter Mittag, und der Propagandachef Joachim Herrmann – am 18. Oktober 1989 aus dem Politbüro entfernt. Wie Honecker nach der Ablösung Ulbrichts im Jahre 1971 und dem Vorbild Gorbatschows getreu, kopierte Krenz die Konzentration der gesamten Macht in Partei und Staat auf seine Person. Mit einstimmigen Voten des Politbüros und Zentralkomitees übernahm er am 18. Oktober das Amt des Generalsekretärs des ZK der SED, kurze Zeit später folgte er Honecker auch in den Funktionen des Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates nach. Mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung ließ sich Krenz als einer der ersten Entscheidungen des Politbüros unter seiner Leitung den inoffiziellen, kapitalistischen Sektor der DDR-Planwirtschaft persönlich unterstellen.<sup>26</sup> Solange der neue Generalsekretär seine Macht durch die sofort eingeleitete Besetzung wichtiger Positionen im Apparat des ZK mit Vertrauenspersonen nicht abgesichert hatte, blockierte er Forderungen in der Partei nach Einberufung zunächst einer Parteikonferenz, später dann eines vorgezogenen Parteitages, – um schließlich doch dem Druck der Parteibasis, aber vermeintlich mit Zeitgewinn, nachgeben zu müssen.

Die Opposition, die sich immer mutiger und lautstarker artikulierte, wurde auch unter Krenz als Generalsekretär weiter bespitzelt und infiltriert.<sup>27</sup> Weil die ungenehmigten Demonstrationen auch nach dem Wechsel in der Spitzenfunktion weiter zunahmen, beriet das Politbüro am 24. Oktober auf Vorschlag von Staatssicherheitsminister Mielke und Innenminister Dickel „Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Formierung und zur Zurückdrängung antisozialistischer Sammlungsbewegungen“ wie des „Neuen Forum“, der Sozialdemokratischen Partei (SDP), des „Demokratischen Aufbruch“ und der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. An eine schnelle Ablösung Mielkes oder Dickels, der für die brutalen Stasi- und Polizeübergriffe auf Demonstranten vor allem in Dresden und Berlin verantwortlichen Minister, dachte zunächst keiner der Wendepolitiker. Krenz und seine Mitverschwörer gegen Honecker, Mittag und Herrmann verfügten über keine gemeinsame politische Konzeption, die über

26 Der Politbüro-Beschluß lautete: „Der Bereich Kommerzielle Koordinierung unter Leitung des Genossen Alexander Schalck wird dem Generalsekretär des ZK der SED unterstellt. Entscheidungen, die dem Generalsekretär des ZK vorgelegt werden, sind gleichzeitig dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR zur Kenntnis zu geben.“ Vgl. Protokoll Nr. 45 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.10.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2/2354).

27 Vgl. „Information über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme“, Berlin, 23.10.1989 (MfS, ZAIG, Nr. 471/89), sowie „Information über das Wirken des 'Neuen Forum', weiterer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme“, Berlin, 7.11.1989 (MfS, ZAIG, Nr. 496/89), dokumentiert in: Mitter/Wolle 1990.

die vage Zielvorstellung der Wiederherstellung eines engeren Schulterschlusses mit der Sowjetunion hinausgegangen wäre<sup>28</sup>; innenpolitisch war nicht eine zügige Reformpolitik, sondern Schadensbegrenzung das oberste Ziel. Unter „Wende“ verstanden sie vornehmlich den Beginn eines „ernstgemeinten politischen Dialogs“, mit dem die SED „vor allem die politische und ideologische Offensive“ ergreifen wollte, ohne „den Sozialismus auf deutschem Boden“ zur Disposition zu stellen.<sup>29</sup> Für die Zulassung zu diesem Dialog hatte Krenz in seiner Antrittsrede auf der 9. ZK-Tagung am 18. Oktober zwei Bedingungen formuliert: „Erstens: Alles, worüber wir uns einig sind und worüber wir uns streiten, muß eindeutig in seinem Ziel sein: den Sozialismus in der DDR weiter auszubauen, die sozialistischen Ideale hochzuhalten und keine unserer gemeinsamen Errungenschaften preiszugeben. Wer das in Zweifel zieht, stellt das Lebenswerk von Generationen in Frage. Zweitens: Unsere sozialistische deutsche Republik ist und bleibt ein souveränes Land. Wir lösen unsere Probleme selbst.“<sup>30</sup>

Wenn es der DDR auch an vielem mangelte, so sicher nicht an Problemen. Die Fähigkeit, Lösungen für sie zu finden, wurde der SED am dringendsten in der Frage des Reisens abverlangt, in der sich im Herbst 1989 alle Probleme der DDR bündelten. Die Massenflucht Zehntausender DDR-Bürger über Ungarn und die bundesdeutschen Botschaften in Warschau und Prag sowie über die Ständige Vertretung in Ost-Berlin unter Inkaufnahme der damit verbundenen Risiken für Leib und Leben beeinträchtigte nicht nur den Souveränitätsanspruch der DDR, sondern legte zugleich das Legitimitätsdefizit der SED-Herrschaft schonungslos vor der Weltöffentlichkeit bloß.

### 2.1. *Reisen und Ausreisen als Staatsproblem*

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war der Besucher- und Reiseverkehr von Ost nach West sprunghaft angestiegen. Je schlechter es wirtschaftlich um die DDR stand, umso erfolgreicher nutzte die Bundesregierung die Chance, die DDR in den innerdeutschen Verhandlungen über finanzielle Transfers und wirtschaftlichen Austausch zu „großzügigen“ Reiseerleichterungen zu bewegen. Der deutsch-deutsche Reiseverkehr nahm erheblich zu. Seine destabilisierenden Folgen, die westdeutsche Beobachter nicht wahrnahmen<sup>31</sup>, registrierte das Politbüro bereits im Februar 1988 mit großer Besorgnis. 1987 reisten 1.297.399 (1986: 573.000) Bürger in „dringenden Familienangelegenheiten“ ins „nicht-sozialistische Ausland“, rund 300.000 weitere Anträge wurden

28 Krenz und Schabowski räumen dies in ihren Darstellungen freimütig ein. Vgl. Krenz 1990; Schabowski 1991.

29 Zitate aus: Rede von Genossen Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED, auf der 9. Tagung des ZK der SED, 18. Oktober 1989, in: *Beginn der Wende und Erneuerung*, Berlin 1989.

30 Ebd., S. 20.

31 Vgl. etwa Kuppe 1989, S. 564.

entweder abgelehnt oder gar nicht erst angenommen. Zwar benutzten nur 3.009 Reisende (= 0,23 Prozent der genehmigten Reisen) ihren Westaufenthalt zur Flucht, jedoch handelte es sich bei ihnen zumeist um Träger hoher fachlicher Qualifikationen. Das Politbüro beurteilte die „Verunsicherung im Umfeld der betreffenden Personen“ und die durch den Ausfall von Arbeitskräften herbeigeführten zusätzlichen Probleme in den Betrieben ebenso realistisch wie die politischen Wirkungen der Reisen insgesamt: „Die Mehrzahl der Reisenden schätzt die soziale Geborgenheit in der DDR hoch ein. Bei nicht wenigen jedoch bestehen Illusionen über die tatsächliche Lage in der BRD und Westberlin. Sie lassen sich vom äußeren Erscheinungsbild in der BRD und Westberlin (Warenangebot, äußeres Bild der Städte, 'Freizügigkeit') blenden.“<sup>32</sup> Deshalb beschloß das Politbüro am 23. Februar 1988, „künftig gemeinsame Reisen von Ehepaaren, Eltern bzw. Elternteilen mit ihren erwachsenen Kindern, Bürgern, die in Lebensgemeinschaft leben, nicht mehr zuzulassen“<sup>33</sup>, die für die Antragstellung erforderlichen Verwandtschaftsverhältnisse einzuengen, die Antragsgründe zu verringern sowie bei Anträgen von Hoch- und Fachschulkadern sowie Spezialisten „gründliche Überprüfungen zur vorbeugenden Verhinderung eines möglichen Mißbrauchs dieser Reisen durchzuführen.“<sup>34</sup>

Auch was die Zahl der Ausreiseanträge betraf, mußte das Politbüro eine Verschärfung der Situation konstatieren: Gegenüber 70.000 Anträgen im Jahr 1986 war ihre Zahl 1987 auf 112.000 emporgeschnellt; 87 Prozent der Antragsteller waren jünger als vierzig Jahre. Weil sich demgegenüber die Genehmigungen der „Übersiedlungersuchen“ rückläufig entwickelt hatten (1985: 20.147; 1986: 16.902; 1987: 10.420), wuchsen die Unzufriedenheit und der Druck der Ausreisewilligen sowie ihre Bereitschaft zu offenem Protest: „In verstärktem Maße führen in letzter Zeit Übersiedlungersuchende Aktionen gegen den sozialistischen Staat durch. Insbesondere werden Zusammenrottungen, illegale Zusammenkünfte, Provokationen oder Schweigedemonstrationen und -spaziergänge durchgeführt. Sie verbreiten antisozialistische Schriften. Diese Aktionen lassen Organisationscharakter erkennen. Verschiedene Kräfte sind auch bemüht, Organisationen von Übersiedlungersuchenden bzw. Organisationen, die sich mit solchen Fragen befassen, zu schaffen, z. B. 'Arbeitsgruppe für Staatsbürgerschaftsrecht'. Die im Zusammenhang mit den Ereignissen am 17. Januar 1988 erfolgten Übersiedlungen von Provokateuren haben zu verstärkten Aktivitäten eines Teils der Übersiedlungersuchenden geführt. In Berlin erschienen z. B. an einem Tag (09.02.1988) 1.344 Bürger bei den Räten der Stadtbezirke. Eine sachliche Gesprächsführung mit diesen ist in der Regel

32 „Entwicklung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR in dringenden Familienangelegenheiten nach nichtssozialistischen Staaten und Westberlin im Jahre 1987“, Geheime Verschlusssache, ZK 02 – Politbüro – Beschlüsse, Nr. 8/88 vom 23.2.1988, S. 7 (SAPMO BArch, FDGB, A 200.13552).

33 Ebd., S. 12.

34 Ebd., S. 13.

nicht möglich. Ihr Auftreten ist extrem aggressiv, höhnisch und arrogant. Verschiedene drohen mit demonstrativen Aktionen, insbesondere am 1. Mai. Diese Entwicklung zeigt, daß die ideologische Einflußnahme des Gegners bei einem Teil unserer Bürger Wirkung hat. In zunehmendem Maße versucht er, Bürger der DDR in Gegensatz zur Politik der Partei und des Staates zu bringen und sie zum Verlassen der DDR zu inspirieren. Übersiedlungersuchende sollen in die feindlichen Bestrebungen zur Schaffung einer inneren Opposition mit konterrevolutionärer Zielsetzung einbezogen werden. Demagogisch werden einige individuelle Rechte, wie Freizügigkeit und Reisefreiheit, als erstrangige Menschenrechte deklariert.“<sup>35</sup>

Die erste Konsequenz, die das Politbüro aus diesen Schwierigkeiten zog, bestand darin, die nachgeordneten Parteigliederungen auf allen Ebenen und unter ihrer Anleitung die Massenorganisationen, insbesondere FDGB und FDJ, zu einer politisch-ideologischen Gegenoffensive aufzufordern.<sup>36</sup> Besonderer Wert wurde darauf gelegt, daß das unmittelbare Ziel – das Zurückdrängen der „Übersiedlungersuchen“ – in erster Linie auf dem Weg integrativer Überzeugungsarbeit erreicht werden solle, damit „die Bürger ehrlich und dauerhaft von ihrem Ersuchen Abstand nehmen und wieder fest in unsere Gesellschaft eingegliedert werden.“<sup>37</sup> An der praktischen Umsetzung des dabei eigens hervorgehobenen Ausschlusses „ungerechtfertigter arbeitsrechtlicher Maßnahmen“ wird allerdings deutlich, daß damit nicht der Verzicht auf handfeste Repression, sondern allenfalls deren geschmeidigere Handhabung gemeint war. Die vertraulichen „Orientierungen des Obersten Gerichts, des Generalstaatsanwalts der DDR und des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand des FDGB zur einheitlichen Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme, die sich bei Anträgen von Bürgern auf ständige Ausreise ergeben“<sup>38</sup>, stellten nichts anderes als eine Schikaneanweisung zur Herbeiführung rechtlich haltbarer Kündigungsgründe

35 „Information über den gegenwärtigen Stand bei Übersiedlungersuchen nach der BRD und Berlin (West)“, Vertrauliche Verschlusssache, ZK 02 – Politbüro – Beschlüsse, Nr. 16/88 vom 19.4.1988, S. 3/4 (SAPMO BArch, FDGB, A 200.13552).

36 Ebd., S. 6/7.

37 Ebd., S. 7/8.

38 Vgl. die „Orientierungen des Obersten Gerichts, des Generalstaatsanwalts der DDR und des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand des FDGB zur einheitlichen Behandlung arbeitsrechtlicher Probleme, die sich bei Anträgen von Bürgern auf ständige Ausreise ergeben“, Anlage 4 zur „Dienstanweisung Nr. 2/1988 zur Zurückdrängung von Antragstellungen auf ständige Ausreise nach nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin sowie zur vorbeugenden Verhinderung, Aufklärung und Bekämpfung damit in Zusammenhang stehender feindlich-negativer Handlungen“ des Ministers für Staatsicherheit vom 10.12.1988 (BStU, ZA, Dok. 103535). Vgl. auch die Dokumentation der Schikaneanweisungen des MfI und MfS gegen Ausreisewillige in: Lochen/Meyer-Seitz 1992.

dar, um der Staatsmacht peinliche Schläppen vor den Kreisgerichten zu ersparen.<sup>39</sup>

## 2.2. *Bruderzwist im Warschauer Pakt*

### 2.2.1. *Der KSZE-Folgeprozeß in Wien*

Der innenpolitischen Repression und Willkür wurden jedoch durch neue außenpolitische Entwicklungen seit 1987 zunehmend engere Grenzen gezogen. Wenig spektakulär, hatte das Folgetreffen der KSZE in Wien zunächst den gewohnten Verlauf genommen: „1986, 1987 und teilweise sogar noch 1988 ergingen sich die sowjetischen Unterhändler in Polemik, Konfrontation und scharfer Zurückweisung. Alles war so wie früher.“<sup>40</sup> Doch das äußere Bild trog, denn spätestens seit Mitte 1987 sah sich die sowjetische Führung wegen der ökonomischen Krise ihres Landes gezwungen, auf die westliche Verhandlungsstrategie in Wien einzugehen, die Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen, eine Ausweitung der Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Hilfeleistungen von Zugeständnissen der Sowjetunion im humanitären Bereich abhängig machte. Zum offenen Entsetzen der SED-Führung waren Gorbatschow und Schewardnadse im Zuge ihrer Bestrebungen, „in größtmöglichem Maße günstige äußere Bedingungen für die innere Umgestaltung“ (Schewardnadse) der Sowjetunion zu schaffen, ohne Abstimmung mit ihren Verbündeten – und wie die SED-Führung meinte, vornehmlich auf deren Kosten – zu weitgehenden Zugeständnissen in Menschenrechtsfragen bereit.<sup>41</sup>

Bereits die Gewährleistung rechtlicher Verfahren bei der Inanspruchnahme von Menschen- und Freiheitsrechten, die vor diesem Hintergrund und ungeachtet

39 Betriebliche Kündigungen oder fristlose Entlassungen, die von den Betrieben mit der Antragstellung auf ständige Ausreise bzw. deren Ablehnung begründet wurden, mußten von den Kreisgerichten regelmäßig kassiert werden, weil das Arbeitsgesetzbuch der DDR dafür nicht einmal eine formale Handhabe bot.

40 Voß 1993, S. 93. Dr. Hans Voß war Stellvertreter des Leiters der DDR-Delegation in Wien.

41 Vgl. Schewardnadse 1991a. – Der SED-Spitze war dieses Einschwenken seit Juli 1987 bekannt: „Im Interesse eines für die sozialistischen Staaten positiven Abschlusses des Wiener Treffens und insbesondere der Vereinbarung eines Mandats für Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa ist die Sowjetunion zu Zugeständnissen vor allem im Bereich der Menschenrechte, der menschlichen Kontakte und der Information bereit. Entsprechende Hinweise wurden durch Genossen Loginow auf einer Beratung der stellvertretenden Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages zum Wiener Treffen in Warschau bereits gegeben. (...) Zugleich erklärte der sowjetische Delegationsleiter, falls Bruderstaaten in bestimmten Fragen den vorgeschlagenen Zugeständnissen nicht zustimmen könnten, müßten sie ihre Positionen auf dem Treffen selbst vertreten.“ (Herbert Krolikowski, Entscheidungsbedarf im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines abschließenden Dokuments des Wiener Treffens, 14.7.1987 (BA/P Mdl 54467) – Zum Junktim-Vorgehen der Nato-Staaten vgl. das Blitztelegramm des Leiters der DDR-Delegation auf der Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz, Peter Steglich, an Außenminister Oskar Fischer, 4.2.1988 (BA/P Mdl 54467). – Zur Wahrnehmung der Entwicklung der sowjetischen Verhandlungsstrategie in Wien aus bundesdeutscher Sicht siehe Wrede 1990 (Hans-Heinrich Wrede war Mitglied der bundesdeutschen Delegation in Wien).

nachdrücklicher Hinweise der DDR-Führung auf ihre besonderen Schwierigkeiten mit diesem Punkt<sup>42</sup> im Mai 1988 zugestanden wurde, setzte die DDR unter den Zwang, rechtliche Bestimmungen zur gerichtlichen Nachprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen und eine revidierte Reiseverordnung zu erarbeiten. Am 13.12.1988 im Gesetzblatt veröffentlicht<sup>43</sup>, wurde sie als formale Beseitigung der bisherigen Rechtlosigkeit trotz einer ganzen Reihe einschränkender Bestimmungen als Fortschritt dargestellt. Wegen der gegenüber vorher restriktiveren Genehmigungspraxis löste die Reiseverordnung aber bereits nach kurzer Zeit eine Welle heftiger Kritik aus, so daß sie schon im März 1989 liberalisiert werden mußte.<sup>44</sup>

In allen Fragen erweiterter zwischenmenschlicher Kontakte und garantierter Freizügigkeit im September 1988 in heilloser Isolierung geraten und faktisch nur noch mit der rumänischen Ceausescu-Diktatur im Bunde, legte die DDR-Führung sich bei den Formulierungen zur Abschaffung des Zwangsumtausches und zur Zulassung unabhängiger Menschenrechts- und Überwachungsgruppen bis zuletzt quer, mußte aber nach massiven Vorhaltungen des sowjetischen Delegationsleiters Kaschlew gegenüber Honecker am 15.1.1989 einlenken. Und so anerkannte schließlich die SED, die mit der Mauer geradezu das Symbol für die Verletzung von Freizügigkeit als Menschenrecht geschaffen hatte, mit dem Wiener Schlußdokument die Verpflichtung, das Recht eines jeden auf Ausreise aus jedem Land, darunter seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land uneingeschränkt zu achten, dieses Recht gesetzlich zu garantieren und die Einhaltung dieser Verpflichtung beobachten zu lassen.<sup>45</sup> Innerstaatlich jedoch, so tönte Honecker im Politbüro, bleibe es beim Mindestumtausch und keiner Legalisierung von Helsinki-Gruppen. Die DDR lasse sich weder „ausplündern“ noch denke sie daran, „konterrevolutionäre Aktivitäten“ zu legalisieren.<sup>46</sup>

42 Vgl. HA Grundsatzfragen und Planung (des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten), Bericht über die Konsultationen mit dem Leiter der Abteilung Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa des Außenministeriums der UdSSR, Genossen J.S. Derjabin, am 22.7.1987 in Moskau (BA/P Mdl 54467).

43 Vgl. Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland vom 30. November 1988, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1988, Teil I, Nr. 25, Berlin, den 13. Dezember 1988.

44 Hintergrund war das sogenannte „Onkel-und-Tanten-Problem“: Entgegen der vorherigen stillschweigenden Praxis wurden die Verwandtschaft des Ehepartners des Verwandten nach der Reiseverordnung vom 30.11.1988 nicht mehr als reisebegründendes Verwandtschaftsverhältnis akzeptiert und entsprechende Reiseanträge abgelehnt.

45 Vgl. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Abschließendes Dokument des Wiener KSZE-Folgetreffens. Wien, 15. Januar 1989, dokumentiert in: Deutschland Archiv 4/1989, S. 467 ff.

46 Vgl. Crome/Franzke 1993 sowie die Aufzeichnungen von Krenz über die Sitzungen des Politbüros im Januar 1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/60).

Während die Bruderländer mit Ausnahme Rumäniens und der CSSR das Abschlußdokument euphorisch „als bahnbrechenden Erfolg“ bewerteten<sup>47</sup>, plagten die SED-Spitze zwiespältige Gefühle: Wichtigstes Ergebnis sei zwar einerseits die vereinbarte Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen; andererseits sei es den westlichen Staaten jedoch gelungen, „mit den Festlegungen im 'humanitären Bereich' ein sofort gegen die sozialistischen Länder nutzbares Einmischungsinstrumentarium zu erreichen.“<sup>48</sup> Die Attacken der NATO-Staaten richteten sich insbesondere gegen die DDR, beschwerte sich Axen Ende Januar in Moskau: „Der Gegner gebraucht für seine Angriffe gegen die DDR die für die UdSSR gültigen Losungen der Perestroika als vergiftete Pfeile.“<sup>49</sup> Mit der festen Absicht, die Heuchelei der siebziger Jahre fortzusetzen und die KSZE-Verpflichtungen in dem sicheren Bewußtsein zu unterzeichnen, sie unter keinen Umständen zu erfüllen, ging die SED-Spitze in die Phase nach Wien. Jenseits aller feierlichen Proklamationen und hinter der Fassade scheinbar rechtsförmiger Verfahren beherrschte der lange Arm des MfS den kurzen Dienstweg in das Innen- und Justizministerium sowie in die Gerichte; das MfS blieb auch nach der Unterzeichnung des Wiener Dokuments die letzte Entscheidungsinstanz über den Umfang der Rechte der Bürger.<sup>50</sup>

Auch in den äußeren Beziehungen behalf man sich zunächst wie zuvor, als die erwarteten „Einmischungen“ begannen. Auf acht Seiten hielt die Bundesregierung der DDR im April 1989 in einem „Non-paper“ Verletzungen der menschlichen Dimension des Abschlußdokumentes vor und drückte die Erwartung aus, daß die DDR die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen werde.<sup>51</sup> Der stellvertretende Außenminister Kurt Nier schickte den Leiter der Ständigen Vertretung, Franz Bertele, der das Papier in Ost-Berlin überreichte, mit der Warnung vor jeglichem Versuch zurück, „unter Berufung auf die KSZE-Dokumente in die DDR hineinwirken und destabilisieren zu wollen.

47 Vgl. den Bericht über die Tagung der Außenminister der WV-Staaten am 11./12.4.1989 in Berlin in den Notizen von Krenz aus der Politbürositzung vom 18.4.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV/2.039/72, Bl. 23).

48 Vgl. ebd.

49 Bericht über die Konsultationen mit dem ZK der KpDSU am 26. und 27. Januar 1989 in Moskau zu Fragen der weiteren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit SED-SPD, S. 19 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.035/60).

50 So wurde nach der ab 1. Juli 1989 bestehenden gesetzlichen Möglichkeit zur gerichtlichen Nachprüfung von Entscheidungen der DVP über Reiseanträge zwischen dem Mdi und MfS vereinbart, „daß die VPKÄ die zuständige Kreisdienststelle des MfS über alle Fälle der Beantragung der gerichtlichen Nachprüfung zu Reiseentscheidungen der DVP informiert und das weitere Vorgehen in den Fällen, wo der abgelehnten Entscheidung ein Einspruch des MfS zugrunde lag, fallbezogen abgestimmt wird“. Die Federführung verblieb auch unter den neuen Bedingungen beim MfS (vgl. die „Orientierungen zur konsequenten Durchsetzung der Festlegungen der 3. Durchführungsbestimmung zur DA 4/1985 des Genossen Minister“ des Leiters der BVfS Magdeburg, Generalmajor Müller, dok. in: Pechmann/Vogel 1991, S. 176–179).

51 Vgl. Non-paper der Bundesregierung, von Bertele am 18.4.1989 übergeben (BA/P Mdi 54467).

Dies beschwöre die Gefahr von Rückschritten in den Beziehungen herauf.“<sup>52</sup> Und in dem zwei Monate später überreichten, ebenfalls inoffiziellen Antwortpapier teilte Außenminister Fischer lapidar im alten Stil mit: „Über Fragen der Wahrung der Rechtsordnung der DDR gibt es für niemanden, auch nicht in der BRD, ein Mitspracherecht.“<sup>53</sup>

Die schlimmsten Befürchtungen der DDR wurden auf dem KSZE-Informationsforum im April 1989 in London und der Pariser Menschenrechtskonferenz im Juni 1989 noch übertroffen. Während Polen und Ungarn, die das Presse- und Meinungsmonopol der Partei bereits aufgegeben hatten, in London als Musterschüler des KSZE-Prozesses auftraten und die Sowjetunion mit dem wiederum nicht mit den Verbündeten abgestimmten Vorschlag eines gesamteuropäischen Fernsehprogramms Sympathiepunkte sammelte, wurden die Pressezensur und die restriktiven Arbeitsbedingungen für Journalisten in der DDR, Bulgarien, Rumänien und der CSSR angeprangert. Auf der Menschenrechtskonferenz in Paris schließlich hagelte es Vorwürfe gegen die DDR: ihre restriktive Ausreisepaxis, der Schießbefehl an der Mauer und immer wieder die Mauer selbst wurden zum zentralen Thema der Tagung.<sup>54</sup> Die außenpolitische Isolierung der DDR verwandelte sich in einen innenpolitischen Eklat, als Ungarn am 2. Mai 1989 mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs zu Österreich begann.

### 2.2.2. *Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze*

Am Ende der achtziger Jahre befand sich neben Polen auch Ungarn in einer verzweifelten wirtschaftlichen Lage. Was der DDR neben ihrer regulären Kreditaufnahme als „müheloses Einkommen“ aus den Verträgen mit der Bundesrepublik an Devisen zufließ, mußten beide Staaten zusätzlich als Kredit mobilisieren. Zwischen 1985 und 1987 hatte sich die Nettoverschuldung Ungarns verdoppelt. Erste ökonomische Reformen führten nicht zu einer Stabilisierung; die Realeinkommen sanken, die Preissteigerungsrate erreichte fast zwanzig Prozent.<sup>55</sup> Anfang 1989 war das Land mit siebzehn Milliarden Dollar im Westen verschuldet und benötigte allein 2,5 Milliarden Dollar jährlich für den Zins- und Kapitaldienst. Ökonomische Hilfe aus Moskau war nicht zu erwarten; schon 1987 hatte Gorbatschow einen entsprechenden Wunsch Jaruzelskis für Polen nicht erfüllen können. Mit den Beschlüssen des Zentralkomitees vom

52 Vermerk über ein Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Kurt Nier, mit dem Leiter der BRD-Vertretung, Bertele, am 18. April 1989 im MfAA, S. 2 (BA/P Mdi 54467).

53 Non-paper der DDR-Regierung vom 6.6.1989 (BA/P Mdi 54467).

54 Vgl. den detaillierten Bericht in der FAZ, 7.6.1989.

55 Vgl. Vermerk über das Gespräch des Genossen Mittag mit Genossen Miklós Németh, Mitglied des Politbüros und Sekretär der USAP, am 8.9.1988 in Berlin (SAPMO BArch, ZPA-SED, vorl. SED 41801).

Februar 1989, das Machtmonopol der kommunistischen Partei aufzugeben und zum Mehrparteiensystem überzugehen sowie das Grenzsicherungssystem zu Österreich zu verändern, schlug Ungarn den kürzesten Weg zurück nach Europa ein. In schneller Folge wurden in der ersten Jahreshälfte auf die führende Rolle der Partei verzichtet und die Parteienomenklatur für Staatsfunktionen, die der Arbeiterpartei den alleinigen Zugriff auf alle führenden Staatsämter vorbehielt, abgeschafft; die „Konterrevolution“ des Jahres 1956 wurde parteioffiziell in einen Volksaufstand umbewertet, womit der Partei die Legitimationsbasis entzogen war<sup>56</sup>, und der kommunistische Jugendverband wurde aufgelöst.<sup>57</sup> Einigen Bruderländern stockte der Atem; die ungarische Parteiführung verfüge offensichtlich nicht mehr über den Willen, „die politische Macht zu verteidigen. Der Prozeß einer spürbaren Erosion sozialistischer Machtverhältnisse, Errungenschaften und Werte hat sich beschleunigt und alle gesellschaftlichen Gebiete ergriffen“, teilte Honecker den 1. Sekretären der SED-Bezirksleitungen mit. Die DDR werde alles tun, um „zur Verteidigung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse in Ungarn beizutragen.“<sup>58</sup>

Die Ankündigung der Veränderung des Grenzregimes wurde zunächst weder im Westen als sensationell noch im Osten als besorgniserregend empfunden. Noch am 6. Mai ging DDR-Verteidigungsminister Keßler in einer Information an Honecker über den Beginn der „planmäßigen Demontage des Grenzsignalzaunes an der Staatsgrenze der Ungarischen Volksrepublik zu Österreich“ davon aus, daß es sich lediglich um eine grenzkosmetische Maßnahme handele und die ungarische Regierung die weitere Sicherung der Grenze gewährleisten werde.<sup>59</sup> Am 3. März 1989 hatte der frischbestellte ungarische Ministerpräsident Németh Moskau seinen Antrittsbesuch abgestattet und die Beschlüsse seiner Partei erläutert. Gorbatschow, so Németh, habe nicht nur die beabsichtigte Einführung des Mehrparteiensystems begrüßt, sondern ihn ausdrücklich auf das Ende der Breshnew-Doktrin aufmerksam gemacht: Die Zeiten seien zu Ende, in denen die Sowjetunion andere Länder politisch oder militärisch angreife, um einen anders gearteten sozialistischen Versuch zu stoppen.<sup>60</sup> Ohne auf Widerspruch zu stoßen, habe er Gorbatschow über die

56 Zum Systemwandel in Ungarn vgl. Józsa 1992; Brunner 1993.

57 Vgl. auch die diesbezügliche Information von Keßler an Honecker, 16.5.1989 (MZA AZN 32665, Bl. 101/102).

58 Schreiben von Erich Honecker an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED, 26.4.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.035/73, Bl. 202/203).

59 Vgl. Schreiben von Keßler an Honecker, 6.5.1989 (MZA AZN 32665, Bl. 78/79). Dazu paßt der Bericht Schabowskis, Keßler habe in der Politbürositzung vom 4.5.1989 erklärt, „daß sich trotz Abbaus der befestigten Grenze am Grenzregime selbst nichts ändern werde. Bürger der DDR, die über Ungarn in den Westen zu fliehen versuchen, würden auch künftig von ungarischen Grenzern daran gehindert werden.“ (Schabowski 1991, S. 221)

60 Vgl. die Ausführungen Némeths über sein Gespräch mit Gorbatschow in: Kurz 1991a, S. 132/33. Beim Besuch des Parteivorsitzenden der USAP, Karóly Grósz, am 24.3.1989 in Moskau wiederholte Gorbatschow diese Äußerungen und betonte die ausschließlich eigene Verantwortung jeder Bruderpartei für die Lösung der Probleme und für die Wahl des Schrittmahes. Jegliche

Pläne zum Abbau der Grenze informiert, allerdings ohne einen konkreten Zeitpunkt anzugeben. „An der Schwelle des 3. Jahrtausends gibt es keine abgeschlossenen Gesellschaften mehr. Deshalb können wir uns auch nicht selbst isolieren“, führte Németh in Moskau aus. „Wir müssen zur äußeren Welt nicht nur die Fenster, sondern auch die Türen öffnen (...).“<sup>61</sup> Németh zufolge hielt es Gorbatschow zu diesem Zeitpunkt genausowenig wie er selbst für wahrscheinlich, daß nach der Öffnung der Türen „womöglich Millionen unzufriedener Menschen aus dem Osten in den Westen flüchten könnten.“<sup>62</sup>

Von Fernsehstationen weltweit übertragen, durchtrennten ungarische Grenzsoldaten am 2. Mai 1989 den „Eisernen Vorhang“; die Demontage des Stacheldrahtzaunes zu Österreich begann. Mindestens genauso elektrisierend auf die Ausreisewilligen in der DDR wirkte einen Monat später der Beitritt Ungarns zur Genfer Flüchtlingskonvention, um Zehntausende aus ihren Dörfern vertriebene Flüchtlinge aus Rumänien den Gepflogenheiten des Völkerrechtes entsprechend versorgen zu können. Waren es in den Monaten Mai, Juni und Juli noch einzelne, die aus der DDR nach Ungarn kamen, um die Flucht in den Westen zu wagen, so setzte mit Beginn der Sommerferien ein starker Flüchtlingsstrom ein. Doch wenn es auch schon Schlupflöcher im Zaun gab: Noch wurde die Grenze zu Österreich bewacht, und bis Mitte August kam es nicht nur zu zahlreichen Festnahmen und Rückführungen in die DDR, in der die Betroffenen mit harten Strafen wegen versuchter Republikflucht zu rechnen hatten, sondern auch zu Toten.<sup>63</sup>

Alle Seiten wurden von der Fluchtwelle überrascht. Zwischen Ost-Berlin, Budapest und Bonn setzte ein wochenlanges Tauziehen um die politische Lösung des Flüchtlingsproblems ein. Weil ihr die Dimension des Ausreisestroms aus den Händen glitt, hatte die DDR Anfang August das Mandat von Rechtsanwalt Vogel eingeschränkt. Am 7. August teilte Vogel dem Ministerium für innerdeutsche Beziehungen mit, daß er Zufluchtsuchenden in allen Vertretungen der Bundesrepublik nur noch Straffreiheit bei Verlassen der Vertretung und Rückkehr in die DDR, nicht aber mehr wie bisher eine schnelle positive Entscheidung des Ausreiseantrags zusagen könne.<sup>64</sup> Die DDR versteifte sich zunächst auf diese Position und forderte ihre Bürger ultimativ

Einmischung in die inneren Angelegenheiten sei ausgeschlossen. Vgl. das Telegramm von König an Sieber/Ott vom 28.3.1989, das auf Informationen des stellvertretenden ZK-Abteilungsleiters Mussatow über das Treffen Gorbatschow/Grósz an den DDR-Botschafter in Moskau beruhte (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/294).

61 Auszug aus der Rede Némeths, in: Ständige Vertretung der Paritätischen Regierungskommission, Information über den Besuch des Vorsitzenden des Ministerrates der UVR, Gen. Miklós Németh, in der UdSSR, Moskau, den 6.3.1989, S. 5 (BA/P E-1-56305).

62 Németh, in: Kurz 1991a, S. 134.

63 Zum Zusammenwirken von Kriminalpolizei, MfS und den Meldestellen der DVP bei der Strafverfolgung von DDR-Bürgern, deren Fluchtversuch von den ungarischen Grenzern vereitelt worden war und die in die DDR abgeschoben wurden, siehe die Hinweise der Hauptabteilung Paß- und Meldewesen des MdI, in: BA/P MdI 41780.

64 Vgl. Whitney 1993, S. 290; FAZ, 9.8.1989.

zu sofortiger Rückkehr auf; von der ungarischen Regierung erwartete sie deren Abschiebung.

Die Bundesregierung reagierte auf die Information Vogels mit förmlichem Protest, aber auch mit der Schließung der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin am 8. August, in der sich zu diesem Zeitpunkt 130 DDR-Bürger aufhielten; am 14. August folgte die Schließung der Botschaft in Budapest. Bei nahezu jeder Begegnung mit den Spitzen der SED hatten bundesdeutsche Politiker ihr Desinteresse an einer Ausreisewelle aus der DDR betont. Regierungs- und Oppositionspolitiker warnten nun öffentlich die DDR-Bürger vor einer Flucht und begannen eine Diskussion darüber, ob und wieviele Flüchtlinge die Bundesrepublik aufnehmen wolle oder könne. DDR-Bürger, die alles aufgegeben hatten, weil sie der Unterdrückung und Drangsalierung überdrüssig waren, keine Zukunftsperspektive für sich sahen und sich ein besseres Leben im Westen erhofften, blieben derweil sich selbst überlassen – und der Solidarität ungarischer Hilfsorganisationen und Unterstützer. Etwa Mitte August entschied sich das Auswärtige Amt angesichts der aufrüttelnden Fernsehbilder über die Notlage der Flüchtlinge und ihre verzweifelten, oft vergeblichen Versuche, die Grenze zu überwinden oder gar zu durchbrechen, zu einer Kurskorrektur.<sup>65</sup> Zwar blieb die Botschaft in Budapest geschlossen, doch stellten Diplomaten, zum Teil in Uniformen des ungarischen Malteser-Caritas-Dienstes gekleidet, der mit dem Bau von Zeltlagern für die Flüchtlinge begonnen hatte, wenigstens bundesdeutsche Pässe aus. Das war im wesentlichen ein symbolischer Schritt, denn den Pässen fehlte der ungarische Einreisestempel, ohne den eine legale Ausreise nach wie vor nicht möglich war.<sup>66</sup> Doch das Warten gewann mit dem Paß eine Perspektive.

Für die ungarische Regierung begann eine Gratwanderung zwischen Bündnissolidarität und Flüchtlingskonvention: Das geheime Zusatzprotokoll zum „Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Ungarn über den visafreien grenzüberschreitenden Reiseverkehr“ vom 20. Juni 1969 verpflichtete Ungarn zu gewährleisten, „daß Bürger des anderen Staates nicht nach dritten Staaten, für die Reisedokumente keine Gültigkeit haben, ausreisen“; die Flüchtlingskonvention dagegen enthielt die Festlegung, Flüchtlinge nicht in den Staat zurückzuschicken, aus dem sie geflohen waren. Als klügste Lösung entschied sich die ungarische

65 Tatenlos hatte man bis dahin zugeschaut, wie MfS-Mitarbeiter in Budapest versuchten, fluchtwillige DDR-Bürger zu identifizieren. Das ebenfalls geschlossene bundesdeutsche Konsulat versorgte die in seiner Nähe schutzsuchenden DDR-Bürger lediglich über einen Gartenschlauch mit Wasser und stellte Klopapier zur Verfügung. Erst Berichte in den Medien führten zu einer veränderten Haltung: „Als die 'Bildzeitung' in einer (übrigens korrekt recherchierten) Reportage über den Hinauswurf von vier schutzsuchenden DDR-Bürgern aus der bundesdeutschen Botschaft berichtete und daraufhin für 200 DDR-Flüchtlinge gleich ein ganzes Hotel anmietete, besann man sich beschämt in Bonn gerade noch rechtzeitig. Das Auswärtige Amt vollzog eine Kurswende und entschied sich unter dem Druck der Öffentlichkeit zu einer engagierten Flüchtlingshilfe.“ (Kurz 1991a, S. 143/44)

66 Vgl. Kurz 1991a, S. 144 ff.

Regierung zunächst dafür, den Ausgang der Verhandlungen zwischen den deutschen Staaten abzuwarten.

Deren Standpunkte lagen weniger weit auseinander, als es eine an Honecker gerichtete Botschaft Kohls vom 14. August nahelegte. Der Kanzler wies Honecker darauf hin, daß es ausschließlich in der Verantwortung der DDR liege, ihren Bewohnern eine Perspektive zu bieten und dadurch die Übersiedlungen zu stoppen. Verändere sich die Lage nicht, seien auf die Dauer „Belastungen unserer Beziehungen mit negativen Auswirkungen in allen Bereichen nicht auszuschließen.“<sup>67</sup> Weil die Bundesregierung jedoch offenkundig diese Belastungen mit ihren unabsehbaren Folgen für die deutsch-deutschen Beziehungen vermeiden wollte, lag ihr an einer Beruhigung der Situation.<sup>68</sup> Der DDR-Niederschrift eines Gesprächs zwischen Bundesminister Seiters und DDR-Staatssekretär H. Krolikowski am 18. August zufolge verlief die Unterredung zwar ergebnislos, doch war Seiters der DDR entgegengekommen. Er forderte, „daß die DDR zu der früher geübten Praxis zurückkehrt oder – wenn sie das nicht für möglich halte – wenigstens die Zusage gebe, daß die Ausreiseanträge der sich jetzt in den Vertretungen befindlichen Leute von den Behörden der DDR nochmals geprüft werden.“<sup>69</sup> Krolikowski entgegnete, daß die DDR Versuche einzelner Bürger, „unter Umgehung der Rechtsordnung Sonderrechte für sich in Anspruch zu nehmen“, nicht hinnehme. Die Forderung von Seiters sei ihm unverständlich, „da sie hinter den rechtlichen Möglichkeiten jedes Bürgers der DDR noch zurückbleibe. Die Rechtspraxis der DDR sei hinreichend bekannt und daraus ergebe sich, daß jeder Bürger umfassende Möglichkeiten habe, Verwaltungsentscheidungen prüfen zu lassen. Eine Bevorteilung der Bürger, die sich widerrechtlich in Botschaften der BRD aufhalten, sei nicht möglich.“<sup>70</sup>

Nur einen Tag nach der Begegnung von Seiters und Krolikowski kam es zur größten Massenflucht von DDR-Bürgern seit dem Mauerbau. Die Paneuropa-Union des Europa-Abgeordneten Otto von Habsburg, der ungarische Reformpolitiker Imre Pozsgay, Mitglied des Politbüros der USAP und Staatsminister, sowie ungarische Oppositionsgruppen hatten zu einem Picknick an die ungarisch-österreichische Grenze bei Sopron geladen, um durch

67 Zit. nach Przybylski 1992, S. 110.

68 Dies war der Tenor einer Pressekonferenz von Bundeskanzler Kohl am 22. August, auf der er mit Blick auf die Botschaftsbesetzungen vor einer „Stunde des Klamauks“ warnte und die Entschlossenheit der Bundesregierung betonte, die bisherige Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit der DDR fortzusetzen. Vgl. zur zurückhaltenden Politik der Bundesregierung auch John 1991, S. 73/74, sowie den Noten- bzw. Briefwechsel Kohl – Honecker vom 14.8. (Przybylski 1992, S. 110) und 30.8.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/304, Bl. 115–117).

69 Vermerk über das Gespräch des Staatssekretärs und 1. Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Dr. Herbert Krolikowski, mit dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes der BRD, Rudolf Seiters, am 18. August 1989 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, S. 2 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.035/86).

70 Ebd., S. 4.

die symbolische Öffnung eines Grenztors für ein Niederreißen der Grenzen und ein geeintes Gesamteuropa zu demonstrieren. Ort und Zeitpunkt des Festes waren jedoch ebenfalls unter DDR-Flüchtlingen in Budapest verbreitet worden. Annähernd 900 angereiste DDR-Bürger ließen an diesem Tag ihr Hab und Gut in Ungarn zurück und stürmten durch das Grenztor nach Österreich, wo die Behörden sich ebenso auf den Massenansturm vorbereitet zeigten wie in der Bundesrepublik.<sup>71</sup>

Die DDR reagierte mit wütender Propaganda, tat aber am 23. August in einem Franz Bertele unterbreiteten Vorschlag den ersten Annäherungsschritt; die Botschaften der Bundesrepublik könnten zusätzlich zur Straffreiheit verkünden, „daß die betroffenen Bürger der DDR nach Rückkehr in ihre Heimatorte gleiche Rechte wie andere Bürger der DDR auch im Hinblick auf die Verordnung vom 30.11.1988 haben. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme von Rechtsmitteln und der gerichtlichen Nachprüfung einschließlich der anwaltlichen Vertretung vor den staatlichen Organen und Gerichten.“<sup>72</sup> Der Hinweis auf die „gleichen Rechte“ sei so zu verstehen, „daß die Reismöglichkeiten für die betroffenen Bürger entsprechend der allgemeinen Gesetzgebung nicht eingeschränkt werden.“<sup>73</sup> Eine Woche später teilte Bertele mit, die Bundesregierung habe Zweifel, ob eine Lösung auf der Grundlage der DDR-Vorstellungen möglich sei, und bitte um weitere Präzisierungen. Am 31. August legte die DDR als letztes Angebot dar, daß alle Flüchtlinge nach Verlassen der Botschaften und Rückkehr in die DDR bei den zuständigen Abteilungen Innere Angelegenheiten vorsprechen könnten. Diese Vorsprachen würden als Wiederholung der Antragstellung auf ständige Ausreise gewertet. Die anwaltliche Mitwirkung von Rechtsanwalt Vogel und seines Büros werde gewährleistet sowie die anwaltliche Vertretung an den Heimatorten sichergestellt.<sup>74</sup> Damit war die DDR nach ihrem Empfinden den Forderungen von Seitzers vom 18. August im wesentlichen nachgekommen und der Status quo ante nahezu wiederhergestellt.<sup>75</sup> Wenn daher eine Niederschrift des DDR-Außenministeriums als Reaktion von Bertele auf diesen Vorschlag festhielt,

71 Zum „paneuropäischen Picknick“ vgl. die Berichterstattung in der FAZ, 21.8.1989.

72 Schreiben von Oskar Fischer an Erich Honecker, 29.8.1989, Anlage 2 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.035/73, Bl. 271). Wie ein entsprechendes Schriftstück des MfS belegt, führte auch bei diesem Angebot das MfS die Feder des MfAA (vgl. Schreiben von E. Mielke an G. Mittag, 21.8.1989: Vorschlag für weitere Maßnahmen zur Lösung der StäV- und Botschaftsprobleme, in: BStU, ZA, SdM 55, Bl. 1–4).

73 Ebd. (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.035/73, Bl. 272).

74 Aktivitäten der DDR gegenüber der BRD im Zusammenhang mit dem widerrechtlichen Aufenthalt von DDR-Bürgern in diplomatischen Vertretungen der BRD, Anlage zu: Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Oskar Fischer, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31.8.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.035/73, Bl. 283/84).

75 Tatsächlich wurden in den folgenden Monaten die Ausreisearträge fast aller Ungarn- und Botschaftsflüchtlinge, die aufgrund dieser von DDR-Vertretern vor Ort bekanntgegebenen Zusage in die DDR zurückgekehrt waren, positiv beschieden.

er gehe davon aus, „daß die Bundesregierung diesem Verfahren zustimmen wird“, lag das durchaus nicht aus der Welt.<sup>76</sup> Mit Sicherheit nutzte das DDR-Außenministerium die Weitergabe der Einschätzung Berteles aber auch zu dem Versuch, die ungarische Seite zu beeindrucken oder zu verunsichern. Doch dafür war es zu spät.

Denn in der Zwischenzeit waren die Ungarn, von dem immer noch steigenden Flüchtlingsstrom unter erheblichen innen- und außenpolitischen Druck gesetzt, unter Zugzwang geraten. Ungarische Oppositionsgruppen protestierten gegen die hinhaltende Behandlung der Flüchtlinge und forderten, ihnen politisches Asyl zu gewähren.<sup>77</sup> Eine Auslieferung der Flüchtlinge an die DDR hätte nicht nur dem eingeleiteten Zivilisierungsprozeß des kommunistischen Systems in Ungarn widersprochen; sie wäre letzten Endes darauf hinausgelaufen, das mühsam erworbene internationale Ansehen durch einen einzigen Schritt zu verlieren – mit allen Konsequenzen auf wirtschaftlichem Gebiet. Warum sollte ausgerechnet das reformfreundige Ungarn, das kurz vor freien Wahlen und dem Wandel zum Rechtsstaat stand, „für ein System, in dem die Menschen nicht leben wollen“ (Horn) und das sich jeglichen Reformen verschloß, eine zweite Mauer außerhalb der DDR verteidigen, die für Ungarn selbst durch die Ausgabe von weltweit unbeschränkt gültigen Reisepässen schon seit 1988 überflüssig geworden war?<sup>78</sup> Wenn die kommunistische Partei im übrigen in den ersten freien Wahlen, in denen sie ohnehin nach eigener Einschätzung nur einen Stimmenanteil von vierzig Prozent zu erwarten hatte, vollends untergehen und sich innenpolitisch ins Abseits manövrieren wollte, brauchte sie sich nur mit der DDR zu verbünden.

Bei führenden ungarischen Reformpolitikern siegte letztendlich der Überlebenswille. Die ungarische Regierung traf die Entscheidung, für ihre Verbündeten im Warschauer Vertrag nicht länger die Rolle des Grenzpolizisten zu spielen. Die ausgebliebene sowjetische Intervention zunächst gegen die angekündigte, dann die vollzogene Veränderung des Grenzregimes zu Österreich und schließlich gegen die Massenflucht anläßlich des „paneuropäischen Picknicks“ konnte als ausreichende Grundlage für die Einschätzung dienen, daß Moskau die Grenzfrage insgesamt tatsächlich als innere ungarische Angelegenheit betrachtete. Am 25. August flogen Ministerpräsident Németh und Außenminister Horn überraschend zu Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher nach Bonn. Wie auch immer der vertrauliche Besuch zustande kam – die bundesrepublikanische Seite schweigt dazu – und was genau vereinbart wurde: In Budapest wurde in den nächsten Tagen der Entschluß gefaßt, das Reiseabkommen mit der DDR mitsamt Geheimprotokoll

76 SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.035/73, Bl. 284. Vermutlich war Bertele nicht über den Inhalt des Gespräches von Kohl und Genscher mit Németh und Horn informiert.

77 Vgl. Reuth/Bönte 1993, S. 56.

78 Horn 1991, S. 322.

außer Kraft zu setzen und so den DDR-Bürgern die ungehinderte Ausreise zu ermöglichen. Die Bundesregierung gewährte Ungarn im Gegenzug, aber zeitlich versetzt, einen zusätzlichen Kredit über 500 Millionen DM<sup>79</sup> und versprach die Aufhebung des Visazwangs und politische Hilfe beim angestrebten EG-Beitritt Ungarns.<sup>80</sup> Von diesem Ergebnis ließ sich Horn auch bei einem Blitzbesuch am 31. August in Ost-Berlin von Außenminister Fischer und Günter Mittag, der zu dieser Zeit Honecker vertrat, nicht mehr abbringen. Den für Ungarn einzig denkbaren alternativen Weg, den DDR-Bürgern zuzusichern, daß ihre Ausreiseanträge positiv entschieden würden, schlugen Fischer und Mittag aus, obwohl sie über die Bonn-Budapester-Verhandlung im Bilde waren.<sup>81</sup> Die DDR werde nicht zulassen, „daß DDR-Bürger versuchen, sich Vorteile gegenüber dem Gesetz zu verschaffen.“<sup>82</sup>

In der Nacht vom 10. zum 11. September 1989 öffnete Ungarn die Grenze zu Österreich, und Zehntausende begeisterte und überglückliche Deutsche aus der DDR reisten in den nächsten Tagen und Wochen über Österreich in die Bundesrepublik. Wie verhielt sich die Sowjetunion zu diesem Schritt, der schließlich auch die militärische Trennlinie zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO durchlöchernte? War die sowjetische Führung von der ungarischen Regierung überhaupt konsultiert worden? Die Vormacht, so Außenminister Horn, sei erst am letzten Tag informiert worden: „Es war offensichtlich, daß sie schon lange von unserem Vorhaben wußten. (...) Da wir uns bis zum letzten Moment in Schweigen gehüllt und die Sowjets nicht in die Sache einbezogen hatten, kamen sie umhin, dazu Stellung nehmen zu müssen.“<sup>83</sup> Wie Hohn mußte der SED-Spitze, die selbstverständlich von Moskau Unterstützung erbeten hatte, der Antwortbrief Schewardnades in den Ohren klingen. Bereits der erste Satz brüskierte die DDR und ließ keinerlei schnelle Hilfe erwarten: Die Versuche von DDR-Bürgern, illegal in die BRD zu gelangen, berührten „nicht direkt die Beziehungen UdSSR-DDR“, belehrte der sowjetische Außenminister seinen Ost-Berliner Amtskollegen, um besänftigend einzuräumen, daß sie vom „Standpunkt der langfristigen

79 Der 500-Millionen-DM-Kredit der Bundesregierung ergänzte bereits eingeleitete Kreditaktionen der Länder Bayern und Baden-Württemberg über jeweils 250 Millionen DM (vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 110, 24.10.1989, S. 952; Neue Zürcher Zeitung, 22.10.1989).

80 Vgl. Kurz 1991a, S. 157.

81 Außenminister Horn hatte am 28.8.1989 den DDR-Botschafter Vehres über die Verhandlung in Bonn informiert. An dieser Stelle irrt Kurz, der davon ausgeht, daß die Ost-Berliner Regierung nichts von dem Bonner Treffen erfuhr (vgl. Kurz 1991a, S. 157).

82 Vgl. Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Oskar Fischer, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31.8.1989, sowie: Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genossen Günter Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. 8.1989 (SAPMO BAArch, ZPA-SED, IV 2/2.035/73, Bl. 275 ff. und 287 ff.).

83 Horn 1991, S. 326.

Interessen unserer beiden Länder und der Positionen des Sozialismus in Europa“ gleichwohl „von nicht geringer Bedeutung“ seien. Quelle der entstandenen Schwierigkeiten sei das von Bonn beanspruchte Obhutrecht für alle Deutschen. Schewardnades kämpferischer Vorschlag lautete: „Was meinen Sie, Genosse Minister, sollten wir nicht in diesem Zusammenhang die Möglichkeit erwägen, die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit aktiver auf das Problem der Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR seitens der BRD und auf die Folgen dieser Nichtanerkennung zu lenken und vielleicht auch dieses Problem in die internationalen Foren zu tragen?“ Als praktischen Schritt, um den Kanzler, der vor den Bundestagswahlen „nicht allzu unverwundbar ist“, „zum Überlegen (zu) zwingen“, schlug Schewardnadse die Androhung vor, „die Zahl der Übersiedler in diesem und im nächsten Jahr spürbar zu verringern“ – ein glatter Anschlag auf die Devisenkasse der DDR.<sup>84</sup> Wenn es noch eines letzten Zeichens bedurfte, um dem SED-Politbüro zu bedeuten, daß die Sowjetunion das Grenzregime zu Österreich als innere Angelegenheit Ungarns betrachtete, war sie auch dazu bereit: Den von Oskar Fischer im September mehrfach vorgetragenen Wunsch nach Einberufung einer Sitzung des Außenministerkomitees der Warschauer-Vertrags-Staaten, auf der die DDR den „Verrat der Ungarn“, wie es fortan im Politbüro hieß, brandmarken wollte, lehnte Schewardnadse kurz und bündig ab.<sup>85</sup>

### 2.3. *Massenflucht und Abschottungsversuche*

Das Bündnis ihres Bruderlandes Ungarn mit dem imperialistischen Klassenfeind BRD und die Zuschauerhaltung der Sowjetunion mußte die SED-Spitze als schlimme Demütigung empfinden. Sie reagierte zutiefst verärgert und gereizt. Auf die eigene Kraft verwiesen, war für Günter Mittag auf der Politbürositzung vom 12. September als erstes die Frage zu behandeln, wie „das Loch Ungarn zuzumachen“<sup>86</sup> sei, denn die Beantragung von Reisen nach Ungarn war – wie in den Meldestellen der Stadt Magdeburg – überall in der DDR sprunghaft angestiegen. Und nicht nur der Abteilung Paß- und Meldewesen im Volkspolizei-Kreisamt Magdeburg fiel auf, daß die Reisezeit mit drei bis vier Tagen häufig auffällig kurz und selbst im Oktober noch als Campingurlaub geplant wurde.<sup>87</sup> Um „schwere Einbußen“ zu vermeiden, schlug Mittag als interne Regelung vor, „die Ausreisen nicht mehr so global durchzuführen

84 Brief von E. Schewardnadse an O. Fischer (Übersetzung aus dem Russischen), 1.9.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/304, Bl. 118–120).

85 Mitteilung an den Vf.

86 Politbürositzung vom 12.9.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/77, Bl. 27).

87 Vgl. VPKA Magdeburg/Paß- und Meldewesen, Information zur aktuellen Tendenz bei der Beantragung von Reisen in die Ungarische Volksrepublik, VR Bulgarien und SR Rumänien, 13.9.1989 (ARCHIV REGPRÄS MBG/DEZ 23, AZN 17030).

wie bisher. Wieso müssen die wackligen Kandidaten fahren? Diese interne Regelung darf allerdings nicht unsere Partei und die Masse der Bevölkerung betreffen. Wir würden sie verärgern. MfS und MdI sollen diese Maßnahmen durchführen.“<sup>88</sup> Auf der Grundlage eines MfS-„Maßnahmeplans zum rechtzeitigen Erkennen und zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen nach der bzw. durch die Ungarische Volksrepublik“<sup>89</sup> wies das MdI bereits am nächsten Tag seine Dienststellen an, im Zusammenwirken mit dem MfS und unter konsequenter Gewährleistung des internen Charakters der Maßnahmen bei „begründetem Verdacht des ungesetzlichen Verlassens der DDR“ Reisen nach Ungarn zu suspendieren. Anträge von „wackeligen Kandidaten“ waren unter weiter Auslegung der Versagungsgründe wie etwa Schutz der nationalen Sicherheit abzulehnen sowie großzügig „zeitweilige“ Ausschlüsse vom Reiseverkehr anzuordnen. Umgekehrt sei sicherzustellen, daß diese Maßnahmen „gegenüber Bürgern, zu denen keine Hinweise auf den beabsichtigten Mißbrauch der beantragten Reise vorliegen“, nicht un gerechtfertigt angewendet würden.<sup>90</sup> Auf diese Weise halste die SED-Führung die Lösung ihres politischen Dilemmas letztendlich den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden auf.

Die hektischen und aufgeregten Aktionen des Politbüros waren nicht geeignet, die Situation zu beruhigen, geschweige denn das Ausreiseproblem zu lösen. Oppositionsgruppen wie das „Neue Forum“, „Demokratie Jetzt“ und die „Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei“ wandten sich mit ersten Aufrufen an die Öffentlichkeit.<sup>91</sup> Und in der zweiten Septemberhälfte setzte sich nicht nur die Fluchtbewegung über Ungarn fort, sondern ausreisefordernde DDR-Bürger hielten auch die Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Warschau besetzt. Als Reaktion auf die ungarische Grenzöffnung hatte die CSSR ihre Grenze zu Ungarn für DDR-Bürger geschlossen und ihnen damit den Fluchtweg versperrt. Mit dieser freundschaftlichen Geste gegenüber der SED-Führung erwies sie sich selbst jedoch einen Bärendienst. Ende September befanden sich über zehntausend DDR-Bürger auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag.

In dieser angespannten Situation arbeitete Wolfgang Herger, Leiter der Abteilung Sicherheitsfragen des Zentralkomitees, drei Vorschläge zur generellen Lösung der Reiseproblematik für die Parteiführung aus:

1. Die sofortige Anerkennung der Staatsbürgerschaft durch die Bundesregierung öffentlich zu fordern und die Erweiterung der Reisemöglichkeiten

88 Politbürositzung vom 12.9.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/77, Bl. 27).

89 Vgl. BStU, ZA, RS-MfS 100, Bl. 1 ff. Der MfS-Maßnahmeplan vom 13.9.1989 ist dokumentiert in: Mitter/Wolle 1990, S. 151 ff.

90 Fernschreiben des MdI an die Chefs der BDVP, 13.9.1989 (BA/P MdI 41780).

91 Vgl. die September-Aufrufe der genannten Gruppen, in: Schüddekopf 1990, S. 29 ff.

- der DDR-Bürger von der Erfüllung dieser Forderung abhängig zu machen (Variante I).
2. Zeitweilige Schließung aller Grenzen, verbunden mit der Ankündigung, daß die Regierung der DDR noch vor Weihnachten erweiterte Reisemöglichkeiten schafft, verbunden mit der Aufforderung an die Bundesrepublik, sofort die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen (Variante II).
  3. Die Erweiterung der Reisemöglichkeiten unter Anwendung folgender Prinzipien öffentlich anzukündigen: Jeder DDR-Bürger kann einen Paß erhalten und ein Visum beantragen, wenn damit keine staatlichen Verpflichtungen verbunden sind (wie die Ausstattung mit Devisen, d.Vf.); Einschränkungen gelten nur aus Gründen der nationalen Sicherheit für Geheimnisträger, Wehrpflichtige und Bürger mit laufenden Gerichtsverfahren; das Recht auf Aus- und Wiedereinreise wird gesetzlich garantiert (Variante III).<sup>92</sup>

Hergers selbst plädierte für die Umsetzung der dritten Variante, „weil sie auf eine strategische, also dauerhafte Lösung zielt. Sie würde allerdings den Verlust von weiteren Zehn- oder Hunderttausenden Bürgern bedeuten.“<sup>93</sup> Die erste Variante lehnte er als reine Propaganda ab, weil sie nur zu einer Verhärtung des Verhältnisses zur Bundesrepublik führen würde. Die zweite Variante verstand er als Provokation, weil die Schließung aller Grenzen, wie er schrieb, die Situation bis zur Unbeherrschbarkeit anzuheizen imstande wäre.<sup>94</sup> Die Entscheidung über eine dieser Varianten, so der Vorschlag Hergers, den er Anfang Oktober Krenz übergab, sollte mit der Rede Honeckers zum 40. Jahrestag der DDR veröffentlicht werden. Krenz, der die Ausarbeitung Hergers am 3. Oktober an Honecker weiterleitete, schloß sich der Empfehlung seines Abteilungsleiters jedoch nicht an. Stattdessen schlug er Honecker die Umsetzung der zweiten Variante vor – also ausgerechnet jener Lösung, die zunächst mit der Schließung aller Grenzen verbunden und nach Hergers Ansicht geeignet war, den Kessel DDR zum Platzen zu bringen. Mit dem Vermerk „Zurück zur Aussprache“ schickte Honecker das Papier am 3. Oktober an Krenz zurück.<sup>95</sup> Die Grenze der DDR zur CSSR wurde noch am gleichen Tag geschlossen – aber ohne die Ankündigung, sie nach einer Erweiterung der Reisemöglichkeiten in einer überarbeiteten Reiseverordnung wieder zu öffnen.

Am 30. September und 4. Oktober ließ die Parteiführung etwa 14.000 ausreisewillige DDR-Bürger aus den Prager und Warschauer Botschaften der

92 Vorschläge zur generellen Lösung des Problems der illegalen Ausreisen, in: BStU, ZA, RS-MfS 101, Bl. 2–3.

93 Ebd.

94 Ebd., Bl. 3.

95 Ebd., Bl. 1.

Bundesrepublik in verriegelten Zügen der Deutschen Reichsbahn in die Bundesrepublik reisen.<sup>96</sup> „Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt“, schleuderte ihnen das „Neue Deutschland“ in einem von Honecker redigierten haßerfüllt-bitteren Kommentar nach. „Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.“<sup>97</sup> Der Transport erfolgte über das Territorium der DDR. Damit sollte zum einen nach dem Motto „Wer die DDR verläßt, egal über welchen Weg, darf es nicht als Staatsbürger der DDR tun“, Souveränität demonstriert werden.<sup>98</sup> Zum anderen wollte sich der SED-Staat des Eigentums der „Abtrünnigen“ bemächtigen und mußte deshalb in den Zügen ihrer Personaldokumente habhaft werden.<sup>99</sup> Nur in Kenntnis der Personalien war es schließlich möglich, Sperrmaßnahmen über die Ausgereisten zu verhängen und Besuchsreisen in die DDR sowie die Benutzung der Transitstrecken zu verhindern.<sup>100</sup> Statt den ungestörten Ablauf der Festlichkeiten der Partei- und Staatsführung zum 40. Jahrestag der DDR zu gewährleisten, leiteten die Durchfahrt der Züge aus Prag und die Grenzschießung zur CSSR den Übergang zum offenen Protest in der DDR ein.

#### 2.4. Die „Wende“ in der Reisefrage: Der Reisegesetz-Entwurf

Die Entscheidung der DDR-Führung vom 3. Oktober, den paß- und visafreien Verkehr mit der CSSR auszusetzen<sup>101</sup>, kam den massiv vorgetragenen Wünschen der CSSR-Regierung entgegen, die ein Übergreifen der Instabilität

96 Zur Fahrt des ersten Zuges in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober 1989 vgl. den Augenzeugenbericht des engen Mitarbeiters von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Frank Elbe, in: Kiessler/Elbe 1993, S. 33 ff. – Zum Ablauf und den Hintergründen auf der Basis des Archivmaterials der SED-Führung siehe Przybylski 1992, S. 112 ff.; aus der Sicht der Bundesregierung John 1991, S. 95 ff.; Whitney 1993, S. 292 ff.

97 Neues Deutschland, 2.10.1989.

98 Vgl. Modrow 1991, S. 13.

99 Am 10. Oktober 1989 übernahm das Präsidium des Ministerrates einen entsprechenden Beschluß des Politbüros vom 9. Oktober 1989. Weil die betroffenen Personen „in größter Weise gegen die Rechtsordnung der DDR verstoßen haben“, verfügte Stoph, daß das Vermögen der in die Bundesrepublik ausgereisten Botschaftsflüchtlinge nach den Rechtsvorschriften über „ungenehmigte ständige Ausreisen“ zu behandeln sei (Verfügung Nr. 128/1989 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 10.10.1989). Auf der Grundlage der in den Zügen eingezogenen Personaldokumente wurde das Vermögen der Ausgereisten von staatlichen Treuhändern gesichert, erfaßt und verwertet (129. Sitzung des Präsidiums des Ministerrates der DDR, 12.10.1989, in: BA/P C-20 I/4–6520, Bl. 18 ff.).

100 Die Wegnahme der Pässe im Zug durch MfS-Mitarbeiter hat Frank Elbe eindrucksvoll beschrieben: „Etwa hundert Beamte der Staatssicherheit betreten den Zug. Sie gehen jeweils in Dreiergruppen in ein Abteil und nehmen den Menschen nach einem absurden System die Ausweise ab: Der erste nimmt den Ausweis ab, der zweite guckt hinein und der dritte steckt ihn in einen schwarzen Koffer. Es entsteht Unruhe. Die Stimmung gegen die Stasi-Beamten schlägt in Aggression um, als sich herausstellt, daß keine Ersatzpapiere bzw. Ausreisepapiere ausgestellt werden. Viele empfinden den Verlust ihrer Identitätspapiere als den letzten gemeinen Tritt, den ihnen das Regime verpaßt.“ (Kiessler/Elbe 1993, S. 43)

101 Der Innenminister, der als Verantwortlicher für diese Entscheidung benannt wurde, hat sie nach seiner Auskunft ebenso wie der Leiter der zuständigen Hauptabteilung Paß- und Meldewesen des MdI aus den Medien erfahren (Mitteilungen an den Verfasser). Eine erste Mitteilung des MdI über die Aussetzung des paß- und visafreien Reiseverkehrs mit der CSSR an die nachgeordneten Dienststellen

auf ihr Land befürchtete. Mit ihrer Erweiterung auf den Transitverkehr nach Bulgarien und Rumänien am 4. Oktober 1989<sup>102</sup> hatte sich die SED-Führung international vollends in die Isolation manövriert. Mit dem Rücken an der Wand, sah sie sich von übermächtigen Feinden umstellt: „Der Imperialismus ist zu einem Generalangriff gegen den Sozialismus von Berlin bis Peking übergegangen, um ihn zu destabilisieren und schließlich zu beseitigen.“<sup>103</sup> Die Schließung der Ventile nach außen erhöhte, wie von Herger vorhergesehen, den Druck im Innern; die Bürger reagierten empört, erregt und aufgebracht, teilweise mit Streikandrohungen, auf die weiteren Einschränkungen ihrer Reisemöglichkeiten, die wegen der Proteste sukzessive aufgelockert werden mußten.<sup>104</sup> Eine erste Welle von Demonstrationen ergriff das Land. Trotz des gewaltsamen und brutalen Einschreitens der Staatsmacht in der Zeit bis zum 9. Oktober<sup>105</sup> waren sie nicht zu stoppen; die Leipziger Montagsdemonstrationen nahmen Massencharakter an.<sup>106</sup> Die Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober, die den Sturz von Erich Honecker vorbereitete, versuchte zumindest zaghaft, das erhitzte Klima abzukühlen, indem sie Reisemöglichkeiten in einem Katalog anzustrebender politischer Ziele positiv erwähnte.<sup>107</sup>

In seiner Antrittsrede als Generalsekretär des ZK der SED versprach Egon Krenz unmittelbar nach der Absetzung Honeckers am 18. Oktober, „einen Gesetzentwurf über Reisen von DDR-Bürgern ins Ausland vorzubereiten. Wir gehen davon aus, daß dieser Entwurf nach öffentlicher Aussprache in der Volkskammer behandelt und beschlossen werden sollte. Im Zusammenhang

erfolgte mit Fernschreiben vom 3.10.1989, 17.10 Uhr; genaue Festlegungen wurden um 21.15 Uhr nachgesendet (ARCHIV POLPRÄS PDM, Ordner Fernschreiben Mdl-Chef-Nachgeordnete, September 1989 – Dezember 1990).

102 Der entsprechende Beschluß des Politbüros vom 4.10.1989 lautete: „Die Entscheidung über die zeitweilige Aussetzung des paß- und visafreien Verkehrs mit der CSSR wird ab sofort auch auf den Transitverkehr von Bürgern der DDR nach Bulgarien und Rumänien erweitert. Das betrifft sowohl den Grenzverkehr über die Straße, über die Schiene und – bezüglich Ungarn – auch durch Flugzeug.“ Vgl. Protokoll Nr. 41 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 4.10.1989, S. 3 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2/2350).

103 Fernschreiben von Armeegeneral Dickel an die Chefs der BDVP, 4.10.1989 (BA/P Mdl 41781).

104 Vgl. die entsprechenden Informationen und Fernschreiben des Mdl, in: BA/P Mdl 41781. So wurde die Einreisesperre in die CSSR für Bürger in den Grenzkreisen der Bezirke Karl-Marx-Stadt und Dresden aufgrund der starken Proteste bereits am 18. Oktober faktisch aufgehoben (vgl. Fernschreiben des Mdl an die BDVP, betr. Reiseverkehr CSSR, vom 18.10.1989, in: ARCHIV POLPRÄS PDM, Ordner FS, PM, Oktober 1989 – Dezember 1990).

105 Zu den Vorgängen in Dresden im Zusammenhang mit der Grenzschließung zur CSSR am 3.10.1989 und der Durchfahrt der Züge aus Prag siehe Bahr 1990; zu den Ost-Berliner Demonstrationen am 7./8.10.1989 Dahn u. a. 1991.

106 Vgl. Neues Forum Leipzig 1989. Zu der für die weitere Entwicklung entscheidenden Leipziger Montagsdemonstration vom 9.10.1989 siehe Kuhn 1992.

107 „Gemeinsam wollen wir über alle grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft beraten, die heute und morgen zu lösen sind. (...) Es geht um die Weiterführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es geht um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihren Nutzen für alle, um demokratisches Miteinander und engagierte Mitarbeit, um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung, um lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt.“ Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei, in: „Neues Deutschland“, 12.10.1989.

damit könnten ebenfalls die zeitweilig getroffenen einschränkenden Maßnahmen zum Reiseverkehr in sozialistische Bruderländer aufgehoben beziehungsweise modifiziert werden.“<sup>108</sup> Durch einen Bericht des „Neuen Deutschland“ über die Politbüro-Sitzung vom 24. Oktober wurde die Erwartungshaltung eine Woche später weiter hochgeschraubt. Dort hieß es, daß das Politbüro eine Erweiterung der Reisemöglichkeiten beraten habe; vorgesehen sei, daß „jeder Bürger das Recht hat, einen Reisepaß zu erwerben und mit einem Visum – ohne Vorliegen verwandschaftlicher Verhältnisse und bisher geforderter Reisegründe – nach allen Staaten und nach Berlin (West) zu reisen.“<sup>109</sup>

Was hinderte die SED-Führung daran, dieses Vorhaben zügig und ohne Einschränkungen umzusetzen und endlich Reisefreiheit und Freizügigkeit zu gewähren? Einen wichtigen Grund hatte Krenz bereits in seiner ZK-Rede am 18. Oktober erwähnt: „(Die) Weigerung der BRD, die Staatsbürgerschaft der DDR uneingeschränkt zu respektieren, (bleibt) ein sehr ernstes Hindernis für die Verwirklichung der von uns in Aussicht genommenen Schritte für den Reiseverkehr in die BRD, nach Berlin (West) und in andere kapitalistische Staaten. Das Festhalten an der 'Obhutspflicht' für alle Deutschen ist – da kann man sich drehen und wenden, wie man will – Teil der revanchistischen Grundkonzeption der BRD, die im Widerspruch zum Völkerrecht und zum Grundlagenvertrag steht.“<sup>110</sup> Damit brachte Krenz ungeachtet des veränderten Regimes an der ungarisch-österreichischen Grenze, der Ausreisewelle über die CSSR sowie der veränderten innenpolitischen Lage der DDR seine Hoffnung zum Ausdruck, der seit Jahren erfolglosen Politik der SED, die Gewährung sogenannter „menschlicher Erleichterungen“ für die Menschen in der DDR von weitreichenden politischen Zugeständnissen Bonns abhängig zu machen, nunmehr im Schnellverfahren zum Durchbruch verhelfen zu können.

Denn Eile war für Krenz geboten. Die Kontrollfähigkeit der SED-Regierung und ihre Souveränität nahmen tagtäglich ab. Auf dem Tisch des Krenz unterstellten Leiters der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, Wolfgang Herger, bündelten sich die Informationen von MfS und Mdi über die statistische Entwicklung der Reise- und Ausreiseanträge sowie die Lage in den Volkspolizeikreisämtern und die Berichte über die Stimmung der SED-Mitglieder und ergaben ein alarmierendes Bild. In den ersten neun Monaten des Jahres 1989 waren 1.314.912 Privatreisen in das „nichtsozialistische Ausland“ genehmigt worden, das waren sechzehn Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig waren 387.178 Anträge mangels rechtlicher Grundlagen gar nicht erst angenommen worden. Die Zahl der Nicht-Rückkehrer stieg im Verhältnis zu den Genehmigungen von Quartal zu Quartal an: Hatte sie 1987

108 Egon Krenz, Rede auf der 9. Tagung des ZK der SED, 18. Oktober 1989, in: Beginn der Wende und Erneuerung, Berlin/Ost 1989, S. 27.

109 „Neues Deutschland“, 25.10.1989.

110 Egon Krenz, Rede auf der 9. Tagung des ZK der SED, 18. Oktober 1989, in: a.a.O., S. 27.

noch bei 0,23 Prozent gelegen (1986: 0,20 Prozent), so betrug sie im ersten Quartal 1989 0,36, im zweiten 0,64 und im dritten 0,93 Prozent.

Auch die „Zurückdrängung“ von Ausreiseanträgen war erfolglos geblieben: Seit dem Inkrafttreten der Reiseverordnung vom 30. November 1988 hatten 160.785 Personen Anträge auf ständige Ausreise aus der DDR gestellt, von denen bis zum 30. September 1989 86.150 genehmigt wurden.<sup>111</sup> Diese hohe Zahl erteilter Genehmigungen, so hieß es in einer späteren Politbüro-Vorlage aus dem Ministerium Mielkes, „war zwingend erforderlich zur Verringerung des von diesem Potential ausgehenden Drucks auf die staatlichen Organe und zur Abwendung außenpolitischen Schadens für die DDR. Deshalb wurde die Mehrzahl der Genehmigungen nicht aufgrund der in der Verordnung festgelegten humanitären Gründe, sondern aus sicherheitspolitischen Erwägungen erteilt.“<sup>112</sup> Rund 50.000 Bürger – darunter die Nicht-Rückkehrer von genehmigten Privatreisen – hatten zudem die DDR in den ersten drei Quartalen „ungesetzlich“ verlassen; die Zahl der verhinderten und vollendeten Grenzdurchbrüche war emporgeschwellt, die Risikobereitschaft enorm gewachsen.<sup>113</sup>

Zugleich nahm der Druck auf die Dienststellen des Paß- und Meldewesens im Oktober 1989 erheblich an Schärfe zu. Mit „Unverständnis und Empörung“ reagierten die Bürger auf die Einschränkung ihrer ohnehin begrenzten Reisemöglichkeiten; sie würfen den Mitarbeitern des Paß- und Meldewesens „Betondenken“ vor, klagte das MdI. Zahlreiche Bürger drohten offen Konsequenzen an: „Die Gespräche mit Bürgern eskalieren zum Teil in harte Auseinandersetzungen, die bis Beschimpfungen der Angehörigen reichen. (Man fühle sich bestraft, weil man in der DDR bleiben wolle; die VP mache willkürlich wieder einmal, was sie wolle; die Maßnahmen stellen einen Vertrauensbruch dar; man fühle sich eingesperrt und müsse wohl Konsequenzen bezüglich der eigenen Aktivität bis hin zur Beantragung der eigenen Ausreise ziehen).“<sup>114</sup> Die Bürger, so das MdI, fragten zudem verstärkt nach den rechtlichen Grundlagen für die Einschränkung des Reiseverkehrs nach Ungarn, Bulgarien und Rumänien; nur „unter Aufbietung aller physischen und psychischen Kräfte“ gelinge den „Genossinnen und Genossen des Paß- und Meldewesens“ noch die Lösung ihrer Aufgaben.<sup>115</sup>

111 Vgl. Information zu Privatreisen nach § 7, Absätze 1 und 2, der Verordnung vom 30. November 1988 über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland (Monat September 1989), Berlin, den 09.10.1989, o. Vf. (Ministerium des Innern).

112 Egon Krenz/Erich Mielke/Gerhard Schürer/Friedrich Dickel/Oskar Fischer, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED. Betreff: Regelungen zu Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland, Entwurf, o. D., S. 5 (im Politbüro am 24. Oktober 1989 behandelt, aber nicht verabschiedet).

113 Ebd.

114 Ministerium des Innern, Information vom 07.10.1989, S. 2.

115 Information zu Privatreisen nach § 7, Absätze 1 und 2, der Verordnung vom 30. November 1988 über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland (Monat September 1989), Berlin, den 09.10.1989, o. Vf. (Ministerium des Innern), S. 1.

Mit dieser Situation war der Kreis der stellvertretenden Minister und ZK-Abteilungsleiter bestens vertraut, den Wolfgang Herger am Vormittag des 10. Oktober in seinem Arbeitszimmer im Gebäude des Zentralkomitees zu einer zweistündigen Beratung über die Reiseproblematik geladen hatte: Lothar Ahrendt, stellvertretender Innenminister der DDR; Herbert Krolikowski, stellvertretender Außenminister der DDR; Generalmajor Werner Irmeler, Leiter der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) im MfS; Klaus Sorgenicht, Leiter der ZK-Abteilung Staats- und Rechtsfragen; Hans Dietze, stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen sowie Konteradmiral Peter Miethe, stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. Vor diesem Kreis stellte Herger seine drei Varianten zur generellen Lösung der Reisefrage mit mehr Erfolg dar. Wie er neigten die Sicherheitsfunktionäre der dritten Variante zu. Man kam zu dem Ergebnis, auf der Ebene der stellvertretenden Minister und Abteilungsleiter des Zentralkomitees eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des MdI und Beteiligung des MfAA, MfS, MfJ, der Staatlichen Plankommission, des Generalstaatsanwaltes sowie der beiden ZK-Abteilungen für Sicherheitsfragen und Staats- und Rechtsfragen einzurichten und eine „komplexe“ Politbüro-Vorlage vorzubereiten, die eine Einschätzung der Lage, die Entwürfe einer neuen Reiseverordnung und eines Auswanderungsgesetzes beinhalten sollte.

War damit die Reisefreiheit schon beschlossene Sache? Keinesfalls, denn hinter der Verständigung auf Hergers „globale Variante“ verbargen sich mindestens zwei große Unsicherheiten: Wie groß würde zum einen der Verlust an Bürgern – und damit an Arbeitskräften – bei einer nach ihrem Verständnis allzu weitreichenden und großzügigen Reiseregulation sein? Allein den durch die Abwanderung von DDR-Bürgern des Jahres 1989 verursachten Produktionsausfall veranschlagte Irmeler auf zwei Milliarden Mark. Ließ die vorliegende Zahl der Antragsteller auf ständige Ausreise nicht das Schlimmste, ein „Ausbluten“ der DDR, befürchten? Die zweite Unsicherheit war nicht minder gravierend: Wie sollte der zu erwartende Anstieg der Reisetätigkeit angesichts der allen bekannten Devisenknappheit der DDR finanziert werden? Auf beide Fragen wußte auch Herger keine Antwort. So einte die Beteiligten – bis hin zum Vertreter des MfS – nur die Erkenntnis, daß die alte politische Linie der repressiven Zurückdrängung von „Übersiedlungersuchen“, wie Ausreisearträge demütigend bis November 1988 genannt wurden, durch die in Wien eingegangenen internationalen Verpflichtungen und die offene ungarisch-österreichische Grenze nicht aufrechtzuerhalten war. Die Grundlage für eine neue Linie – das sollten die kommenden Wochen erweisen – ergab sich daraus noch nicht.

In den Tagen nach der Sitzung in Hergers Büro informierte dieser Krenz über die Beratungsergebnisse seiner Stellvertreter-Runde. Einen Tag vor der Ablösung Honeckers lud Krenz die für die Reisefrage verantwortlichen Minister

und ZK-Abteilungsleiter zu einer Sitzung in sein Arbeitszimmer ein: Erich Mielke, Friedrich Dickel, Oskar Fischer, Hans-Joachim Heusinger, Gerhard Schürer, Gerhard Wendlandt, Günter Böhme und Wolfgang Herger. Am Ende der einstündigen Besprechung am 16. Oktober stand eine Festlegung auf das einzuschlagende Verfahren: die Grundsätze des zukünftigen Reisegesetzes sollten am 24. Oktober anhand einer ersten Vorlage im Politbüro erörtert, anschließend vom Ministerrat zu einem Gesetzentwurf ausgearbeitet, danach zur öffentlichen Diskussion gestellt und schließlich noch im Jahre 1989 von der Volkskammer als Gesetz verabschiedet werden. So wurde es gemacht: Am 24. Oktober faßte das Politbüro zu „Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland“ den bereits erwähnten Beschluß: „1. Der Entwurf des Gesetzes zu Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland und Varianten für die Finanzierung der Reisen sind dem Politbüro kurzfristig vorzulegen. (...) 2. Zur breiten Diskussion des Gesetzentwurfes ist eine Argumentation auszuarbeiten.“<sup>116</sup>

Eine Woche später lagen die Entwürfe auf dem Tisch des Politbüros. Friedrich Dickel, der als Berichterstatter zur Sitzung zugelassen war, erinnert sich, daß das als Stoph-Vorlage eingereichte Papier gegenüber dem unter seiner Federführung erarbeiteten Gesetzentwurf um einiges restriktiver ausgefallen war; Stoph habe ihn „im Alleingang“ verändert.<sup>117</sup> Schon in dem ersten Entwurf der Durchführungsverordnung wurde der Gesamtreisezeitraum mit der Begründung auf dreißig Tage festgelegt, daß sich „die Befristung an der Länge eines durchschnittlichen Urlaubs (orientiert) und (...) damit volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten (Planung der Arbeitskräfte, Sicherung der Produktion usw.)“ entspreche<sup>118</sup> – der Phantasie der SED-Bürokraten schien ein Ausflug am Wochenende vollkommen suspekt. Die Kürze der Reisezeit korrespondierte in verdächtiger Weise mit der Länge des Paragraphen, der die Versagungsgründe für Reiseanträge enthielt.<sup>119</sup> Für den Fall, daß die lange Liste der individuellen Versagungsgründe immer noch nicht ausreichen sollte, wurde der Ministerrat mit einer Generalklausel (§ 14) ermächtigt, „bei Vorliegen außergewöhnlicher gesellschaftlicher Erfordernisse zeitweilig einschränkende Festlegungen zur Erteilung von Genehmigungen zu treffen.“<sup>120</sup>

116 Protokoll Nr. 45 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.10.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2/2354).

117 Mitteilung an den Vf.

118 Argumentation zum Entwurf des Reisegesetzes, S. 2.

119 § 6 – Versagungsgründe – lautete:

- (1) Die Genehmigung für eine Reise wird versagt, wenn das zum Schutz der nationalen Sicherheit notwendig ist.
- (2) Die Genehmigung für eine Reise kann auch versagt werden, wenn
  - a) der Antragsteller aufgrund seiner jetzigen oder früheren Tätigkeit Kenntnisse besitzt, die zur Verhinderung von Gefahren, Schäden und anderen erheblichen Nachteilen für die Deutsche Demokratische Republik geheimzuhalten sind,
  - b) eine gegen den Antragsteller gerichtete Anzeige geprüft wird, ein gegen ihn eingeleitetes Strafverfahren noch nicht abgeschlossen ist oder Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit zu verwirklichen sind,
  - c) Tatsachen vorliegen, die darauf schließen lassen, daß der Antragsteller beabsichtigt, gegen zoll-

Bezeugten diese Einschränkungen das anhaltend tiefsitzende Mißtrauen der SED-Führung gegenüber „ihrem“ Volk, so war zu befürchten, daß umgekehrt das Mißtrauen des Volkes weiter wachsen würde, wenn es Kenntnis von den im Politbüro diskutierten Finanzierungsvarianten erhielt. Sie waren so deprimierend ausgefallen, daß es nicht einmal für ratsam gehalten wurde, sie der leitenden SED-Nomenklatura bekannt zu machen. Vergleichsrechnungen zu den Regelungen in Ungarn und der CSSR schlossen deren Übernahme von vornherein aus – und das, obwohl die DDR seit je beanspruchte, das ökonomisch stärkste Land im RGW zu sein. Die ungarische Lösung – jedem Bürger einmal in drei Jahren konvertierbare Devisen in Höhe des Gegenwertes von 30.000 Forint zur Verfügung zu stellen, addierte sich für die DDR auf einen jährlichen Devisenbedarf von 3,9 Milliarden Valutamark und war ebenso unbezahlbar wie die Regelung der CSSR, Reisenden in das NSW pro Tag und Person alle drei Jahre einen Höchstbetrag von 10.000 Kcs in Devisen umzutauschen; sie hätte der DDR die Bereitstellung von 4,7 Milliarden Valutamark abverlangt. Zwei weitere Varianten schieden ebenfalls aus: Den Reisenden alle drei bis vier Jahre in Anlehnung an die Ausstattung bei Dienstreisen 200 Valutamark zu geben, summierte sich bei nur drei Millionen Reisenden pro Jahr auf 7,1 Milliarden Valutamark; der verhältnismäßig bescheidenere Ansatz, allen Bürgern zwischen achtzehn und fünfundsiebzig Jahren alle drei Jahre einmalig 100 Valutamark im Verhältnis eins zu eins einzutauschen, wurde mit 1,1 Milliarden Valutamark ebenfalls außerhalb der Möglichkeiten gesehen. So votierte das Politbüro für die billigste Lösung: den Bürgern einmalig im Jahr fünfzehn DM gegen fünfzehn Mark der DDR einzutauschen; ein Betrag, der für den Reisenden lächerlich gering war, in den Staatshaushalt jedoch – zusammen mit den zu erwartenden Ausgleichszahlungen an die Deutsche Bundesbahn – ein zusätzliches Loch von rund 400 Millionen Valutamark reißen würde.

Während Paragraph 14 – der Ministerrats-Ermächtigungs-Artikel zur beliebigen Einschränkung und Aussetzung des Reiserechts – nach neuerlichen

und devisenrechtliche Bestimmungen zu verstoßen bzw. spekulative Handlungen zu begehen oder Reisen dazu mißbraucht hat.

(3) Die Genehmigung für eine ständige Ausreise kann über die Festlegungen der Absätze 1 und 2 hinaus versagt werden, wenn

a) ein Wehrpflichtiger sich durch die ständige Ausreise seiner gesetzlichen Pflicht zur Ableistung des aktiven Wehrdienstes entzieht,

b) die ständige Ausreise die gesundheitliche oder soziale Betreuung anderer Bürger beeinträchtigt oder Fürsorgepflichtverletzungen zur Folge hat.

(4) Genehmigungen können auch aus anderen als den in den Absätzen 2 und 3 genannten Gründen versagt werden, wenn das ebenfalls zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist.“

In: Willi Stoph, Erich Mielke, Gerhard Schürer, Friedrich Dickel, Oskar Fischer, Wolfgang Herger, Klaus Sorgenicht, Vorlage für das Politbüro des ZK der SED, Betreff: Entwurf des Gesetzes über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in das Ausland, o. D. (am 31.10.1989 im Politbüro behandelt).

Beratungen auf der folgenden Politbüro-Sitzung am 3. November ersatzlos gestrichen und die lange Reihe der Versagungsgründe zugunsten einer Anlehnung an Artikel 12 der Konvention über zivile und politische Rechte gekürzt wurde<sup>121</sup>, blieb es bei der Festlegung, die Reisenden mit lediglich fünfzehn DM auszustatten und generell die Genehmigung einer Reise vom Anspruch auf den Erwerb von Reisezahlungsmitteln abzukoppeln.<sup>122</sup>

Mit der Veröffentlichung des Reisegesetz-Entwurfes am 6. November war für jedermann sichtbar und erfahrbar der Versuch der SED-Führung gescheitert, die Quadratur des Kreises zu lösen und einerseits dem Verlangen nach Reisefreiheit mit einer weitgehenden Regelung nachzukommen, andererseits aber den Befürchtungen über ein Ausbluten der DDR durch möglichst restriktive Bestimmungen Rechnung zu tragen, in jedem Fall aber zusätzliche Kosten zu vermeiden. In welchem Zustand aber mußte sich die Wirtschaft der DDR befinden, wenn es die Devisenlage des Landes nur erlaubte, Reisende als Bittsteller in den Westen fahren zu lassen?

### 3. *Vor dem Bankrott: Die ökonomische Lage der DDR*

Die Erleichterung, die Honecker am Tage seiner Ablösung empfand<sup>123</sup>, und die schlechte Prognose, die sich Krenz im Hinblick auf die Dauer seiner Amtszeit selbst gestellt hatte, beruhten gleichermaßen auf ihrer Kenntnis der verzweifelten wirtschaftliche Lage der DDR. In der ersten von Krenz geleiteten Politbürositzung am 24. Oktober 1989 wurde nicht nur die Erarbeitung des Reisegesetzentwurfes beschlossen, sondern es wurde darüber hinaus dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, aufgetragen, im Rahmen einer Arbeitsgruppe, der der Außenhandelsminister Gerhard Beil, sein Staatssekretär, der Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und Stasi-Obrist Alexander Schalck, der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Arno Donda, sowie der Finanzminister Ernst Höfner angehörten, „eine Analyse der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Situation“ auszuarbeiten. Daneben sollte Schürer für die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED,

121 § 6 lautete in der am 6.11.1989 veröffentlichten Fassung:

„(1) In Übereinstimmung mit Artikel 12 der Konvention über zivile und politische Rechte darf die Genehmigung für eine Reise nur dann versagt werden, wenn dies zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist.

(2) Die Versagung der Genehmigung für Reisen in das Ausland trägt Ausnahmecharakter.“ Vgl. Gesetz über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in das Ausland – Reisegesetz – (Entwurf), in: „Neues Deutschland“, 6.11.1989.

122 Ebd., § 5.

123 Vgl. Erich Honecker, in: Andert/Herzberg 1990, S. 32/33.

die für den 8. bis 10. November 1989 anberaumt war, einen Beschlusßentwurf über notwendige Wirtschaftsreformen in der DDR vorlegen.<sup>124</sup>

Natürlich war die dramatische ökonomische Lage auch dem Politbüro bekannt, und Krenz selbst war in den vergangenen Jahren von Schalck und Schürer eingehend über den drohenden Zusammenbruch unterrichtet worden. Nie hatte dem Politbüro jedoch eine detaillierte Gesamtanalyse vorgelegen. Für Krenz hatte diese nicht allein deshalb äußerste Priorität, weil er vor dem 9. Plenum des Zentralkomitees ein Bekenntnis für mehr Offenheit und eine größere Nähe zur Wahrheit abgelegt hatte; wenn man schon die Augen vor der prekären ökonomischen Lage nicht mehr verschließen konnte, mußten die Zahlen zu Beginn seiner Amtszeit auf den Tisch. Noch war die Hauptschuld am ökonomischen Desaster Honecker und Mittag zuzuweisen; jeder Tag Zeitverzug mußte jedoch dazu führen, daß der neue Generalsekretär – über die politische Verantwortung, die er ohnehin trug, hinaus – auch für die ökonomische Lage zur Verantwortung gezogen wurde. Nicht zuletzt engte die ökonomische Krise den politischen Handlungsspielraum der SED in der „Wende“ ein; der Bericht der Wirtschaftsfunktionäre sollte für die SED-Führung eine gemeinsame Grundlage für eine realistische Politik schaffen.

Mit ihrer „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“, die dem Politbüro am 31. Oktober vorlag, konfrontierten Schürer, Schalck, Beil, Donda und Höfner das Führungszentrum mit einer niederschmetternden Bilanz der DDR-Wirtschaft insgesamt wie in allen relevanten Einzelbereichen und -funktionen.<sup>125</sup>

Unter dem Aspekt kurzfristiger Handlungszwänge dominierte allerdings ein Problem alle anderen: die zwischen 1970 und 1989 von rund zwei auf 49 Mrd. Valutamark (VM) angestiegene Staatsverschuldung gegenüber dem westlichen Ausland, zu der nach dem Stand von 1988 noch 123 Mrd. Mark (1970: 12 Mrd. M) im Inland kamen. Wie ein als „Geheime Kommandosache“ ausschließlich Krenz übermitteltes Zusatzpapier deutlich machte, hatte die Westverschuldung, deren Anstieg wegen bereits absehbar unzureichender NSW-Exporte 1990 auf 57 Mrd. VM vorhergesagt wurde, allein deshalb noch nicht zur Zahlungsunfähigkeit der DDR geführt, weil sie durch Buchungstricks systematisch verschleiert wurde.<sup>126</sup> Der springende Punkt der Analyse bestand darin, daß alle ins Auge gefaßten – und vermutlich auch darüber hinaus

124 Vgl. Protokoll Nr. 45 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 24.10.1989 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2/2354).

125 Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck, Ernst Höfner, Arno Donda, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 27. Oktober 1989. Detailliert zu dieser Vorlage: Hertle 1992 b sowie das Gespräch mit Gerhard Schürer (Hertle 1992c).

126 Gerhard Schürer, Zur Zahlungsfähigkeit der DDR (Zusatzinformation zur GVS „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“), Geheime Kommandosache b 5-1156/89, Berlin, 27. Oktober 1989, S. 1-3.

denkbaren – Maßnahmen zur Reformierung und Stärkung der DDR-Wirtschaft schon vom Ansatz her ungeeignet waren, die zur kurzfristigen Sicherung der Zahlungsfähigkeit notwendigen Exportüberschüsse herbeizuschaffen. „1985“, so die Autoren, „wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen, heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen.“<sup>127</sup>

Welche Möglichkeiten der Wirtschaftsreform auf längere Sicht auch bestehen und welche Chancen in der angestrebten verstärkten Kooperation mit Ländern wie Frankreich, Österreich und Japan immer liegen mochten – Ländern, bei denen man glaubte, ein Interesse an der Stärkung der DDR als Gegengewicht zur Bundesrepublik voraussetzen zu können –; bevor sich diese ökonomischen Fragen überhaupt stellten, mußte die politische gelöst werden: die Kreditwürdigkeit der DDR zu erhalten, für die es ökonomisch schon längst keine Grundlage mehr gab. Dabei wurde der Bundesrepublik die Schlüsselrolle zugewiesen. Für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit sei es unerlässlich, „mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von zwei bis drei Milliarden Valutamark über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln“ und dafür notfalls die Einnahmen aus der Transitpauschale der Jahre 1996 bis 1999 als Sicherheit einzusetzen.<sup>128</sup> Damit würde zwar die Verschuldung erhöht, aber zumindest Zeit gewonnen und ein eventuelles Diktat des Internationalen Währungsfonds vermieden.

Um die konservativ-liberale Bundesregierung für diesen Kredit zu erwärmen, solle ihr gegenüber – aber ausdrücklich unter Ausschluß jeder Idee von Wiedervereinigung und der Schaffung einer Konföderation – erklärt werden, „daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR-BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen.“<sup>129</sup> Dafür wurde die Forderung gestellt: „Dies müßte jedoch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, daß unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Milliarden Mark entstanden ist.“<sup>130</sup> Als „Zeichen

127 Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck, Ernst Höfner, Arno Donda, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 27. Oktober 1989, S. 19.

128 Ebd., S. 21. Die Einnahmen aus der Transitpauschale der Jahre 1991 bis 1995 waren bereits verplant.

129 Ebd., S. 22.

130 Ebd., S. 22.

der Hoffnung und der Perspektive“ und um einen zeitlichen Rahmen für die Umsetzung ihres Angebots abzustecken, griffen die Autoren einen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf<sup>131</sup> und empfahlen, „1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten.“<sup>132</sup>

Es bedurfte wenig Phantasie, die Wirkungen vorauszusehen, die eine Veröffentlichung der in der Analyse der führenden Wirtschaftsfunktionäre dargelegten Fakten zur Lage der DDR-Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt in der Bevölkerung hervorgerufen hätten. So beschloß das Politbüro am 31. Oktober 1989, nach Auskunft Schürers ohne längere Aussprache, den Schlußfolgerungen der Analyse zwar als „Arbeitsgrundlage“ zuzustimmen, sie jedoch, um die Mitglieder des Zentralkomitees der SED nicht zu schockieren, der 10. ZK-Tagung nur wohltdosiert, nämlich in „ausgewogener Form“, in der Rede von Egon Krenz vorzustellen.<sup>133</sup> Sollte es die ursprüngliche Intention Schürers und seiner Mitautoren gewesen sein, sich angesichts des drohenden Bankrotts vorsichtig einer Konföderationsdiskussion zu öffnen, so wurde ihr Vorstoß verschleiert. Aus Rücksichtnahme auf die zuvörderst an der Sowjetunion orientierten Politbüromitglieder hatte Krenz Schürer nicht nur gedrängt, den Ausschluß jedes Gedankens an Wiedervereinigung und Konföderation in die Vorlage aufzunehmen und dadurch jeder diesbezüglichen Diskussion nach Möglichkeit aus dem Weg zu gehen. Im Reinschriftenprotokoll wurde zudem jener Passus aus der Vorlage gestrichen, in dem „die heute existierende Form der Grenze“, mithin die Mauer, zur Disposition gestellt wurde.<sup>134</sup> Die Ausradierung allein konnte jedoch nicht aus der Welt schaffen, daß die führenden Ökonomen den Vorschlag, die Mauer gegenüber der Bundesregierung als Tauschmittel für neue Kredite einzusetzen, als letzte Möglichkeit in Betracht zogen, das politische und ökonomische Überleben der DDR zu sichern. In der Begründung seiner Vorlage im Politbüro hatte Schürer seine Tauschüberlegungen ausdrücklich hervorgehoben: „Auf der letzten Seite sind wir bis zur großen Politik der Form der Staatsgrenze gegangen. Wir wollen deutlich machen, wie weit Überlegungen angestellt werden sollen. Diese

131 Vgl. die Rede Reagans vom 12.6.1987 vor dem Brandenburger Tor, in: Der Tagesspiegel, 13.6.1987.

132 Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck, Ernst Höfner, Arno Donda, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 27. Oktober 1989, S. 22.

133 Der Beschluß lautete vollständig: „1. Die Analyse der ökonomischen Lage der DDR wird zur Kenntnis genommen; den Schlußfolgerungen wird als Arbeitsgrundlage zugestimmt. 2. Die Analyse und die Schlußfolgerungen sind in ausgewogener Form dem Entwurf der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen E. Krenz, für die 10. Tagung des ZK zugrunde zu legen.“ (Protokoll Nr. 47 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 31.10.1989; SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2/2356)

134 Vgl. die Reinschrift in SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2/2356 mit der ursprünglichen Vorlage in SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2A/3252.

Gedanken sollen aufmerksam machen, daß wir jetzt vielleicht für solche Ideen noch ökonomisches Entgegenkommen der BRD erreichen können.“ Und voraussehend fuhr er fort: „Wenn die Forderungen erst von der Straße oder gar aus Betrieben gestellt werden, wäre die Möglichkeit einer Initiative von uns wieder aus der Hand genommen.“<sup>135</sup>

#### 4. Ost-Berlin – Moskau: „Die deutsche Frage – kein Problem der aktuellen Politik“

Mit der Perspektive eines drohenden ökonomischen Bankrotts im Gepäck, flog Krenz im unmittelbaren Anschluß an die Politbüro-Sitzung am späten Nachmittag nach Moskau, um den für die DDR lebensnotwendigen „Gleichklang der Herzen mit der KPdSU und der UdSSR“ wiederherzustellen und Rat und Tat bei der sowjetischen Vormacht einzuholen.

Der Niederschrift des Vier-Augen-Gesprächs am 1. November 1989 zufolge empfahl Gorbatschow einleitend seinem Gast, sich von komplizierten Problemen keinen Schrecken einjagen zu lassen und auch in stürmischen Auseinandersetzungen „keine Angst vor dem eigenen Volk zu bekommen.“<sup>136</sup> Auch in der Sowjetunion habe man die Perestroika noch nicht voll im Griff: „Das Pferd sei gesattelt, aber der Ritt noch nicht vollendet. Man könne immer noch abgeworfen werden.“<sup>137</sup> Nach diesen aufmunternden Worten berichtete Krenz, daß am Vortage eine ungeschminkte Analyse der wirtschaftlichen Lage behandelt worden sei: „Eine solche Analyse sei im Politbüro noch niemals diskutiert worden.“<sup>138</sup> Gorbatschow zeigte Verständnis: Auch er habe den Staatshaushalt nicht gekannt, als er Generalsekretär wurde. Noch unter Andropow habe er mit Ryschkow den Auftrag erhalten, die Lage der Volkswirtschaft zu untersuchen, „weil man spürte, daß dort etwas faul war. Als sie jedoch die volle Wahrheit herausfinden wollten, wurden sie zurückbeordert. Heute sei ihm klar, warum das geschah. Im Grunde genommen existierte der Staatshaushalt damals gar nicht mehr. Die Folgen davon habe man heute noch auszubaden.“<sup>139</sup>

Krenz erläuterte dem Generalsekretär der KPdSU, „man sei auf dem 9. Plenum mit dem Vorsatz angetreten, der Wahrheit ins Auge zu sehen. Wenn er jedoch die Wahrheit über die Volkswirtschaftslage vor dem ZK darlege, dann

135 Gerhard Schürer, Begründung zur Vorlage „Analyse der Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“, Berlin, 30.10.1989, S. 9 (Redemanuskript).

136 Niederschrift des Gesprächs des Genossen Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 1.11.1989 in Moskau, Berlin, 1.11.1989, S. 2.

137 Ebd., S. 2

138 Ebd., S. 9.

139 Ebd., S. 10.

könne dies einen Schock mit schlimmen Folgen auslösen.“<sup>140</sup> Gorbatschow unterbrach Krenz schnell und teilte ihm mit, „in der Sowjetunion sei die reale Lage der DDR bekannt gewesen. Man sei auch über die Beziehungen zur BRD und darüber informiert gewesen, was dort für Probleme heranreifen. Die Sowjetunion sei immer bemüht gewesen, ihre Pflichten gegenüber der DDR zu erfüllen. Abgesehen von der Tatsache, daß wegen großer innerer Schwierigkeiten zwei Millionen Tonnen Erdöl gestrichen werden mußten, habe man stets verstanden, daß die DDR ohne die Sowjetunion nicht funktionieren kann. Diese Unterstützung sei die internationalistische Pflicht der Sowjetunion. Man habe sich jedoch gleichzeitig gefragt, warum die Sowjetunion in dieser Lage in so aufdringlicher Weise mit den Erfolgen der DDR traktiert werde. Dies war besonders schwer zu ertragen, weil man die wirkliche Lage der DDR kannte. Genosse Gorbatschow sagte, er habe einmal versucht, mit Genossen Honecker über die Verschuldung der DDR zu sprechen. Dies sei von ihm schroff zurückgewiesen worden, da es solche Probleme nicht gebe.“<sup>141</sup>

Im weiteren Verlauf des Gespräches kam Krenz jedoch auf sein Anliegen zurück: „Die sowjetischen Genossen seien zwar über die ökonomische und politische Lage der DDR gut informiert, er wolle trotzdem die gegenwärtige ökonomische Situation charakterisieren, weil sie der Führung der SED gegenwärtig bei politischen Entscheidungen, die dringend notwendig sind, die Hände bindet.“<sup>142</sup> Daraufhin referierte er die Rahmendaten des ökonomischen Desasters der DDR: den Rückgang der Akkumulationsrate für produktive Investitionen, das Sinken des Wirtschaftswachstums, die Nichterfüllung des Planes, schleichende Inflation, Stützung der Mikroelektronik mit jährlich 3 Milliarden Mark, Auslandsschulden in Höhe von 49 Milliarden Valutamark und ein Defizit in der Bilanz konvertierbarer Devisen von 12,1 Milliarden US-Dollar zum Ende des Jahres 1989. Allein für die schon laufenden Zinszahlungen in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar müsse die DDR 62 Prozent des jährlichen, in Devisen eingehenden Exporterlöses aufbringen. Gorbatschow tat erstaunt und fragte, „ob diese Zahlen exakt seien. So prekär habe er sich die Lage nicht vorgestellt.“<sup>143</sup> Krenz jedoch konnte ihn nicht trösten: „Der Zustand der Zahlungsbilanz sei gegenwärtig in der DDR nicht bekannt“, erwiderte er, aber „wenn man real vorgehen und das Lebensniveau ausschließlich auf die eigene Leistung gründen wollte, müsse man es sofort um 30 Prozent senken. Dies sei jedoch politisch nicht zu verantworten.“<sup>144</sup>

Welche Hilfe erhoffte sich Krenz von Gorbatschow? An eine wirtschaftliche Unterstützung war angesichts der eigenen Nöte der Sowjetunion nicht zu

140 Ebd., S. 10.

141 Ebd., S. 10.

142 Ebd., S. 13.

143 Ebd., S. 15.

144 Ebd., S. 15.

denken. Mehr als das Versprechen, daß die Sowjetunion alles daran setzen werde, die bereits eingegangenen Verpflichtungen an Rohstofflieferungen gegenüber der DDR zu erfüllen, konnte Krenz Gorbatschow nicht abringen. Ob er dieses Versprechen allerdings einlösen könne, zog Gorbatschow selbst in Zweifel: Viele Republiken der Sowjetunion, „die vorwiegend Rohstoffe lieferten, (stellten) die Frage der Neuaufteilung des Nationaleinkommens mit den Republiken, wo die Finalproduktion konzentriert sei. Sie drohten, wenn diese Proportionen nicht verändert würden, könne es zu einer Einstellung der Rohstofflieferungen kommen. Darüber werde im Obersten Sowjet beraten.“<sup>145</sup> So konnte Gorbatschow dem Ost-Berliner Verbündeten nur einen bescheidenen Rat mit auf die Rückreise geben – „aus eigener Erfahrung“, wie das Protokoll vermerkt: „Genosse Krenz und die Führung der SED müsse jetzt in allgemeiner Form einen Weg finden, um der Bevölkerung mitzuteilen, daß man in den letzten Jahren über seine Verhältnisse gelebt habe. Dies könne Genossen Krenz persönlich jetzt noch nicht angelastet werden. Allmählich sei es jedoch notwendig, die ganze Wahrheit auszusprechen. Zunächst brauche man Zeit für eine umfassende Analyse. Später sei jedoch eine volle Information nicht zu umgehen, weil man sonst die zunehmenden Schwierigkeiten Genossen Krenz selbst anlasten werde. Die Gesellschaft müsse jedoch heute bereits allmählich an diesen Gedanken gewöhnt werden.“<sup>146</sup> Wenn sich angesichts der übermächtigen Probleme die gegenseitige Hilfe auf solche Ratschläge für taktische Verhaltensweisen beschränkte, war die Perspektive für beide Partner alles andere als rosig.

Ein zweites Thema lag Krenz am Herzen: Er ersuchte Gorbatschow, „klarer darzulegen, welchen Platz die SU der BRD und der DDR im gesamteuropäischen Haus einräumt. Dies sei für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD von großer Bedeutung. Er erläuterte weiter, daß zwischen der DDR und anderen sozialistischen Ländern ein wichtiger Unterschied bestehe. Die DDR sei in gewisser Weise das Kind der Sowjetunion, und die Vaterschaft über seine Kinder müsse man anerkennen.“<sup>147</sup> Gorbatschow stimmte Krenz zu und berichtete, daß in jüngsten Gesprächen mit Margaret Thatcher und François Mitterrand, mit Jaruzelski und Andreotti alle von der Bewahrung der Realitäten der Nachkriegszeit, einschließlich der Existenz zweier deutscher Staaten, ausgegangen seien: „Das Gleichgewicht in Europa solle nicht gestört werden, weil niemand wisse, welche Folgen dies habe.“<sup>148</sup> Im wesentlichen stimmten dem auch die Amerikaner zu. „Nach seiner Meinung bestehe in der Gegenwart die beste Politik darin, die bisherige Linie weiterzuführen.“ Die menschlichen Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten solle man

145 Ebd., S. 18/19.

146 Ebd., S. 16.

147 Ebd., S. 19.

148 Ebd., S. 20.

nicht verhindern, man müsse sie jedoch „unter Kontrolle halten und steuern. Dazu sei es notwendig, einige Korrekturen an der Politik anzubringen, um das Verständnis des Volkes zu erlangen.“<sup>149</sup> Im übrigen strebe die Sowjetunion eine engere partnerschaftliche Bindung der BRD an sich an; davon werde dann auch die DDR profitieren, hob Gorbatschow als richtige Reihenfolge hervor. Die Bundesrepublik sei zu einer breiteren Zusammenarbeit bereit, „erwarte jedoch, daß die Sowjetunion bei der Wiedervereinigung Hilfestellung leiste.“<sup>150</sup> Für die DDR, so Gorbatschow, sei es wichtig, „ihre Beziehungen zur BRD zu erhalten und kontinuierlich weiter zu entwickeln. Dabei sei Vorsicht geboten, damit der ideologische Gegner keine Positionen erhalte, die er ausnutzen könne. Es werde also dabei bleiben, daß die DDR die Rohstoffe aus der Sowjetunion erhalte und gleichzeitig ihre Beziehungen zur BRD vorsichtig weiter entwickle, um andererseits zu vermeiden, in die Umarmung der BRD zu geraten.“<sup>151</sup>

Zusammenfassend machte Gorbatschow in Bezug auf zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten der deutsch-deutschen Beziehungen deutlich, daß die deutsche Frage nicht auf der Tagesordnung stehe, vielmehr die alte Politik fortzusetzen sei: „Es gehe darum, die bisherige Politik weiterzuführen, die Erfolge gebracht habe. Darauf könne die DDR und ihr Volk stolz sein. Es gebe keinen Grund, Vermutungen anzustellen, wie sich die deutsche Frage einmal lösen wird. Die gegenwärtigen Realitäten müßten berücksichtigt werden. Dies sei das wichtigste. Wenn die Tendenz der Annäherung in Europa mehrere Jahrzehnte lang anhalte und sich die Integrationsprozesse unabhängig von den Gesellschaftssystemen, jedoch bei eigenständiger Entwicklung der Politik, Kultur, des Entwicklungsweges und der Traditionen fortsetzen und der Austausch von geistigen und materiellen Gütern sich entwickle, dann könne die Frage möglicherweise eines Tages anders stehen. Aber dies sei heute kein Problem der aktuellen Politik. In der aktuellen Politik müsse die bisherige Linie weitergeführt werden. Genosse Gorbatschow bat Genossen Krenz, dies den Genossen des Politbüros zu übermitteln. Darüber gebe es auch Verständigung der Sowjetunion mit ihren früheren Partnern aus der Zeit der Antihitlerkoalition.“<sup>152</sup>

An dieser Stelle brachte Krenz vorsichtig den Einwand, daß das in der sowjetischen Außenpolitik eingeführte Schlagwort von der „Entideologisierung der Beziehungen“ zwischen den Staaten und die Betonung „allgemein menschlicher Werte“, auf das Verhältnis BRD-DDR angewandt, den Verzicht auf die Verteidigung des Sozialismus bedeute. Beides führe dazu, daß „Fragen wie die Mauer und das Grenzregime zur BRD (...) neu aufgeworfen (würden). Die

149 Ebd., S. 21.

150 Ebd., S. 22.

151 Ebd., S. 23.

152 Ebd., S. 24.

DDR befinde sich in der komplizierten Situation, diese nicht mehr recht in die heutige Zeit passenden, aber weiterhin notwendigen Dinge zu verteidigen.“<sup>153</sup> Gorbatschow äußerte dazu die Meinung, „daß dies alles neu durchdacht werden müsse. Die Zeit dafür sei reif. Wenn die DDR nicht die Formel dafür finde, die es ermögliche, daß die Menschen ihre Verwandten besuchen könnten, dann wäre das für die Gesellschaft der DDR ein sehr unbefriedigender Zustand. Die DDR werde erneut Ultimaten gestellt bekommen. Sie müsse jedoch die Initiative selbst in die Hand nehmen. In der Sowjetunion sei man bereit, über solche Maßnahmen zu beraten. Die DDR spüre jedoch besser, was zu tun sei. Es sei sicher notwendig, einige konkrete Schritte zu tun, die man aber stets mit bestimmten Verpflichtungen und Aktionen der anderen Seite verknüpfen müsse. Es sei an der Zeit, auf Kanzler Kohl, der nun Kontakt zu Genossen Gorbatschow und Genossen Krenz hergestellt habe, stärkeren Druck auszuüben.“<sup>154</sup> Zwar sei Kohl, schätzte Gorbatschow ein, „keine intellektuelle Leuchte, sondern ein Kleinbürger. Von diesen Schichten werde er auch am besten verstanden. Aber er sei trotz allem ein geschickter und hartnäckiger Politiker. Schließlich sei auch Reagan populär gewesen und habe sich relativ lange gehalten. Dies treffe auch auf Kohl zu.“<sup>155</sup>

Krenz erläuterte daraufhin, daß die DDR beabsichtige, den Schußwaffengebrauch an der Grenze zur Bundesrepublik zu vermeiden; noch vor Weihnachten werde die Verabschiedung eines Reisegesetzes anvisiert, demzufolge jeder DDR-Bürger die Möglichkeit erhalte, einen Paß und ein Ausreisevisum für Reisen in alle Länder zu erwerben. Man könne allerdings die Reisenden nicht mit genügend Valutamitteln ausstatten und werde öffentlich darlegen müssen, daß die Devisen aus dem Zwangsumtausch dafür nicht ausreichen. Als denkbare Lösung schlug Gorbatschow vor, hinzuzufügen, „daß ein Weg die allmähliche Konvertierbarkeit der Mark der DDR wäre. Dies wäre ein Anreiz für die Werktätigen, besser zu arbeiten, eine höhere Arbeitsproduktivität und Qualität anzustreben, wodurch solche Ziele erreichbar würden.“<sup>156</sup>

Welche Schlußfolgerungen sollte Krenz aus seiner Begegnung mit Gorbatschow ziehen? Die atmosphärische Seite des Besuches hatte er mit Bravour gemeistert: Die Zeit der politischen Distanz Ost-Berlins zum Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion war beendet, der Gleichklang wiederhergestellt: In allen besprochenen Fragen, so Krenz stolz vor der Presse in Moskau, bestünde Einmütigkeit.<sup>157</sup> Was die strategische Seite des Verhältnisses zur Bundesrepublik betraf, hatte Krenz nicht den Mut aufgebracht, die weiterreichenden Pläne seiner Ökonomen auf den Tisch zu legen. Sie konfligierten zu

153 Ebd., S. 25.

154 Ebd., S. 25.

155 Ebd., S. 28.

156 Ebd., S. 26/27.

157 Neues Deutschland, 2.11.1989.

deutlich mit den sowjetischen Interessen, denn entgegen seinen Äußerungen war die deutsche Frage für Gorbatschow natürlich eine Frage der aktuellen, allerdings sowjetischen Politik. Die staatliche Existenz der DDR mit ihrer gesicherten Grenze und der Anwesenheit eines Besatzungskontingents von rund 350.000 Soldaten der Sowjetarmee wirkte sich aus sowjetischer Sicht ausgesprochen förderlich auf die Bereitschaft der Bundesregierung aus, nicht nur wie viele ihrer westlichen Verbündeten kostenneutrale Sympathie für den Erfolg der Umgestaltungspolitik Gorbatschows zu bekunden, sondern sich mit ökonomischen und finanziellen Unterstützungsleistungen zu engagieren. Nicht im mindesten dachte Gorbatschow daran, sich durch eine zu weitgehende Annäherung der DDR an die Bundesrepublik, geschweige denn durch ihre Preisgabe, die Grundlage für diese hoffnungsfroh stimmende Beziehung zwischen Moskau und Bonn selbst zu entziehen oder gar vom kleinen Bruder in Ost-Berlin zerstören zu lassen.

Helfen, mußte Krenz dies weiterhin erkennen, konnte die Sowjetunion auch der „gewendeten“ SED-Führung nicht. Die sowjetische Antwort auf die ökonomischen Nöte der DDR, deren politische und ökonomisch-strategische Abhängigkeit vom Westen Krenz besonders hervorgehoben hatte, bestand in nicht mehr als einem Schulterzucken; der Sowjetunion ging es wesentlich schlechter. Das von einer Versorgungskrise größten Ausmaßes und aufbrechenden Nationalitätenkonflikten geplagte Mutterland der Oktoberrevolution sah sich zu einem wirtschaftlichen Sonderbonus zur Unterstützung der „Wende“ in der DDR außerstande; der Hinweis von Gorbatschow, es sei absurd sich vorzustellen, die Sowjetunion könne vierzig Millionen Polen aushalten, konnte letztendlich auch als auf die DDR gemünzt verstanden werden.<sup>158</sup>

Das Dilemma für Krenz und seine Ökonomen war damit komplett: Den Staatsbankrott unmittelbar vor Augen und mit den Forderungen einer immer ungeduldiger werdenden Bevölkerung konfrontiert, sahen sie sich auf eine Bündnisraison verpflichtet, die ihnen genau dort einen Riegel vorschob, wo ihre Diagnose allein noch Handlungsspielraum ergeben hatte. Gorbatschows Vorschläge liefen darauf hinaus, einer Bevölkerung, die aus Unzufriedenheit bereits jetzt zu Zehntausenden davonlief, schonend beizubringen, daß sie bislang über ihre Verhältnisse gelebt habe und sich in Zukunft auf bescheideneren Verhältnisse einstellen müsse. Wollte sich Krenz dieser Logik mit ihren unkalkulierbaren Folgen für die inneren Verhältnisse in der DDR nicht beugen, dann blieb nur der Versuch, es unter der Hand doch mit einer kalkulierten Erweiterung der deutsch-deutschen Kooperationsspielräume zu versuchen. DDR-Spezialist für die Beziehungen zu Bonn war Alexander Schalck. Mehr

158 Niederschrift des Gesprächs des Genossen Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, mit Genossen Michail Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, am 1.11.1989 in Moskau, Berlin, 1.11.1989, S. 24.

denn je hing das Schicksal der DDR nach dem Moskauer Spitzentreffen von der Bundesrepublik ab und damit von Schalcks Verhandlungsgeschick – aber noch mehr von seinen Verhandlungstrümpfen.

##### 5. Ost-Berlin – Bonn: Das „Geheimkonzept für die BRD“ und sein Scheitern

Als enger Vertrauter von Krenz war Schalck bereits Tage vor dem Sturz Honeckers damit befaßt, konzeptionelle Vorläufe für den künftigen Generalsekretär zu schaffen und Strategiepapiere zu entwerfen. Unter seiner Regie wurden Materialien zum Stand der inneren und äußeren Verschuldung aktualisiert und Vorschläge ausgearbeitet, wie wenigstens der Auftakt der Ära Krenz mit einem kurzfristig verbesserten Konsumgüterangebot glanzvoll gestaltet werden könnte. Daneben schlug er Krenz am 13. Oktober die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor, „die Ziele und Möglichkeiten einer für die DDR nützlichen Zusammenarbeit mit der BRD und anderen NSW-Staaten einschätzt und Vorschläge unterbreitet.“<sup>159</sup> Er dachte dabei vor allem an industrielle Projekte, die nach dem Prinzip der Gestattungsproduktion oder als gemischte Unternehmen vornehmlich mit bundesdeutschen Partnern in Angriff genommen werden sollten. Dem Verhalten der Bundesregierung und der westdeutschen Wirtschaft maß Schalck eine Signalfunktion für die Kooperationsbereitschaft der übrigen westlichen Industriestaaten mit der DDR bei.

Schalck initiierte aber nicht nur, was Schürer Mitte Oktober als „Geheimkonzept für die BRD“ notierte.<sup>160</sup> Frühzeitig befaßte er sich zusammen mit der stellvertretenden Finanzministerin Herta König und dem Außenhandelsbankpräsidenten Waldemar Polze mit der Finanzierung der anvisierten Reiseregulierung. Zehn Millionen Reisende, ausgestattet mit fünfzehn DM pro Person und Jahr, verursachten nach seiner Berechnung im Jahr 1990 Mehrbelastungen für die DDR in Höhe von 300 Millionen DM, für die es im Devisenhaushalt der DDR keine Deckung gab.<sup>161</sup> „Ich würde es deshalb unbedingt für zweckmäßig halten“, teilte Schalck Krenz in einem weiteren Schreiben ebenfalls am 13. Oktober mit, „unmittelbar nach Beschlußfassung und noch vor Veröffentlichung der Regelungen auf informellem Wege in Gesprächen mit der BRD-Regierung einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Ermöglichung dieser seit langem von der BRD angestrebten Regelung

159 Schreiben von Alexander Schalck an Egon Krenz, 13.10.1989 (I), S. 3.

160 Vgl. „Plan und Ablauf“, S. 2 (handschriftliche Aufzeichnungen von Gerhard Schürer, ohne Datum. Sie entstanden nach Auskunft Schürers nach der PB-Sitzung vom 10./11.10.1989).

161 Auch mittelfristig sah Schalck keine Chance, Reisenden mehr als fünfzehn DM pro Jahr einzutauschen: Erst zu „einem späteren Zeitpunkt (evtl. Mitte der 90er Jahre) sollte geprüft werden, inwieweit Möglichkeiten bestehen, alle drei Jahre für DDR-Bürger einen Betrag in freien Devisen unter Berücksichtigung eines noch festzulegenden Umrechnungskurses für Auslandsreisen in das NSW bereitzustellen.“ (Schreiben von Alexander Schalck an Egon Krenz, 13.10.1989 (II), S. 3

zu erhalten. Mit den Bundesministern der BRD Schäuble und Seiters sollten, gegebenenfalls durch mich, Varianten zur Reduzierung der finanziellen Mehrbelastungen der DDR erörtert werden.“<sup>162</sup> Reisefonds-Vorschläge, wie sie von westdeutschen Politikern in die Diskussion gebracht worden waren, lehnte Schalck zu diesem Zeitpunkt ab, weil sie die alleinige Verfügungsgewalt der DDR über die Geldmittel einschränkten. Stattdessen solle die BRD entweder einen Pauschalbetrag zwischen 300 und 500 Millionen DM bezahlen oder aber das Minussaldo der Deutschen Reichsbahn entweder ganz oder in weiten Teilen übernehmen. Krenz bedankte sich für diese Ideen und gab Schalck auf der Grundlage einer von ihm vorgelegten Direktive am 19. Oktober grünes Licht für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesregierung.<sup>163</sup>

Das informelle Gespräch von Schalck mit Seiters und Schäuble am 24. Oktober im Bundeskanzleramt geriet zu einem ersten Abtasten der deutsch-deutschen Möglichkeiten nach der Wende. Schalck bekräftigte die Absicht der SED-Führung unter Krenz, innenpolitisch weitgehende Reformen durchzusetzen und kündigte weitere Maßnahmen zur „Realisierung einer demokratischen Mitbestimmung“ sowie den „Ausbau der Rechtsstaatlichkeit“ an. Die sozialistische Ordnung der DDR und die führende Rolle der SED stünden dabei jedoch nicht zur Disposition. Mit allen Bevölkerungskreisen werde der Dialog geführt; ein Bedarf an neuen Organisationen wie dem „Neuen Forum“ und der SDP, erklärte Schalck auf Nachfrage, bestehe nicht. Die DDR sei bereit, „auf der Basis der Gleichberechtigung und zum gegenseitigen Vorteil auf vielen Gebieten weitergehende Schritte der Zusammenarbeit zu sondieren und zu verhandeln.“<sup>164</sup> Dieses umfassende Kooperationsangebot betreffe die politischen und ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Eine Verständigung auf eine „neue Stufe“ der Beziehungen bis hin zur Einführung von Formen der Zusammenarbeit, wie sie mit sozialistischen Staaten erprobt würden, sei denkbar.

Bei der Ausarbeitung des Reisegesetzes, so verwies Schalck auf sein schwerwiegendstes Problem, betrachte die DDR „die völkerrechtswidrigen Praktiken der BRD hinsichtlich der DDR-Staatsbürgerschaft als ein ernstes Hindernis.“<sup>165</sup> Wenn schon nicht die Anerkennung selbst, so erwarte die DDR doch die Beseitigung zumindest einiger „der wesentlichen praktischen Unzuträglichkeiten der Nichtanerkennung der Personalhoheit der DDR“ wie die Ausstellung von vorläufigen Reiseausweisen und Pässen für Bürger der DDR und

162 Schreiben von Alexander Schalck an Egon Krenz, 13.10.1989 (II), S. 2.

163 Vgl. Alexander Schalck, Direktive für ein informelles Gespräch mit dem Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes der BRD, Rudolf Seiters, sowie mit dem Mitglied des Vorstandes der CDU, Wolfgang Schäuble, 19.10.1989.

164 Alexander Schalck, Vermerk über ein informelles Gespräch des Genossen Alexander Schalck mit dem Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes der BRD, Rudolf Seiters, sowie mit dem Mitglied des Vorstandes der CDU, Wolfgang Schäuble, am 24.10.1989, S. 2.

165 Ebd., S. 4.

die Aufnahme von DDR-Bürgern in bundesrepublikanischen Botschaften. Der unbegrenzte Reiseverkehr, wie ihn die DDR zu gestatten beabsichtige, gehöre einerseits zum langjährigen Forderungskatalog aller führenden westdeutschen Politiker, komme andererseits die DDR aber teuer zu stehen. „Im Interesse einer schnellen Einführung dieser Regelungen, im Interesse der Entwicklung der Gesamtbeziehungen und im Interesse der Menschen sollten deshalb für einen Ausgleich der zusätzlichen ökonomischen Belastungen gemeinsame Lösungen gefunden werden“, appellierte Schalck an seine westdeutschen Gesprächspartner.<sup>166</sup>

Die Darlegungen Schalcks mußten einen zwiespältigen Eindruck vermitteln: So weitreichend seine Kooperationsangebote waren, so deutlich ließen sie die wirtschaftlichen Nöte der DDR erkennen. Insbesondere auf die Vorschläge zur wirtschaftlichen Kooperation reagierten Seiters und Schäuble reserviert; sie äußerten Sorge über die mangelnde Effektivität der Wirtschaft und die Höhe der Verschuldung der DDR. Eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Bildung gemischter Unternehmen sowie die erforderliche Übernahme von Kreditbürgschaften und erst recht die Ausreichung neuer Kredite erforderten eine Wende zu größerer Effektivität; Subventionen beispielsweise müßten abgebaut und die internationale Konkurrenzfähigkeit der DDR-Betriebe gesichert werden, hielten sie Schalck vor.

Demgegenüber wurden das vorgesehene Reisegesetz begrüßt und die Bereitschaft erklärt, über finanzielle Zuschüsse nachzudenken. Wie Schalck festhielt, fiel seinen Gesprächspartnern sinnigerweise als erster Gedanke ein, „ob bei allen Reisen von DDR-Bürgern in die BRD die Kosten für die Rückfahrt von der BRD übernommen werden könnten.“<sup>167</sup> Eine Änderung ihrer Position in der Staatsbürgerschaftsfrage schlossen beide kategorisch aus. In der für die DDR entscheidenden Frage, „Klarheit darüber zu erhalten, inwieweit die Regierung der BRD zu einem konstruktiven Dialog und zum Ausbau der Zusammenarbeit auf allen Gebieten gleichberechtigt und zum gegenseitigen Vorteil bereit ist“<sup>168</sup>, vertröstete Seiters Schalck auf ein zweites informelles Gespräch, in dem nach der Unterrichtung des Kanzlers eine Antwort der Bundesregierung erfolgen werde.

Auch nach der Wende, das machte das Gespräch deutlich, sah die SED-Führung die größte Einschränkung ihrer Herrschaftsgewalt über ihr „Staatsvolk“ im bundesdeutschen Vertretungsanspruch für alle Deutschen, wie ihn die Präambel des Grundgesetzes fixierte. Zu den „offenen politischen Grundforderungen der DDR“ zählten seit der Geraer-Rede Honeckers im Jahr 1980 in erster Linie die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR, die Anerkennung

<sup>166</sup> Ebd., S. 5.

<sup>167</sup> Ebd., S. 9.

<sup>168</sup> Alexander Schalck, Direktive für ein informelles Gespräch mit dem Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes der BRD, Rudolf Seiters, sowie mit dem Mitglied des Vorstandes der CDU, Wolfgang Schäuble, 19.10.1989, S. 3.

der innerdeutschen Grenze als Grenze von souveränen Staaten sowie die Auflösung der Erfassungstelle Salzgitter. Während die SED diesen Zielen in ihrer Politik mit der SPD näherkam, hatte die konservativ-liberale Bundesregierung die Geraer Forderungen stets als unannehmbar zurückgewiesen. Für sie galt – und das hatte Bundeskanzler Kohl gegenüber Erich Honecker während dessen Besuchs in Bonn im September 1987 noch einmal bekräftigt: „An den unterschiedlichen Auffassungen der beiden Staaten zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, kann und wird dieser Besuch nichts ändern. Für die Bundesregierung wiederhole ich: Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser Ziel. Wir stehen zu diesem Verfassungsauftrag, und wir haben keine Zweifel, daß dies dem Wunsch und Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland entspricht.“<sup>169</sup>

In einem Telefongespräch am 26. Oktober beharrte Kohl Krenz gegenüber auf diesem Standpunkt. Von Krenz darauf hingewiesen, daß seitens der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem neuen DDR-Reisegesetz nachgedacht werden müsse, „ob nicht zumindest einige praktische Fragen zukünftig so gehandhabt werden, daß die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR deutlicher wird“, reagierte Kohl mit der Belehrung, daß man in dieser Frage prinzipiell zu keinem gemeinsamen Ergebnis kommen könne: „Herr Staatsratsvorsitzender! Ich will jetzt in dem Zusammenhang einfach mal wiederholen, was ich damals Ihrem Vorgänger gesagt habe, und das war, glaube ich, eine ganz wichtige Arbeitsgrundlage. Es gibt in unseren Beziehungen eine Reihe von Grundfragen, wo wir aus prinzipiellen Gründen nicht einig sind und nie einig werden. Wir haben da zwei Möglichkeiten. Das eine, das wir uns über diese Themen unterhalten und zu keinem Ergebnis kommen, das ist relativ fruchtlos. Oder aber – und das schätze ich sehr viel mehr, und das, glaube ich, ist auch der richtige Weg, daß man eben die gegenseitigen Ansichten respektiert und in allen Feldern, wo man vernünftig zusammenarbeiten kann, die Zusammenarbeit zum Wohle und im Interesse der Menschen sucht.“<sup>170</sup> Während Krenz drängte, „möglichst bald auch Ergebnisse zu erreichen, die darauf hinweisen, daß beide Seiten bestrebt sind, die Beziehungen auf eine – ich darf das wohl so sagen – neue Stufe zu heben“<sup>171</sup>, hielt sich der Kanzler bedeckt und mahnte kleine Schritte an: Die Neuregelung der Reisefreiheit

169 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 83, Bonn, den 10. September 1987, S. 705/706. Zum Besuch Honeckers in der Bundesrepublik im September 1987 vgl. Hertle/Wilke 1991 sowie die Dokumentation in: Honecker 1994.

170 Gespräch zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, und dem Bundeskanzler der BRD, Herrn Helmut Kohl, am 26. Oktober 1989, von 8.30 bis 8.44 Uhr. Mitschnitt, S. 6/7.

171 Ebd., S. 4.

sowie eine Amnestie für die wegen Republikflucht Verurteilten und die bei den Oktober-Demonstrationen Verhafteten zu erreichen, lag ihm ebenso am Herzen wie den Status der Botschaftsflüchtlinge zu klären.<sup>172</sup>

Die Bundesregierung konnte sich in der kompromißlosen Haltung, die sie in grundsätzlichen Fragen gegenüber den politischen Forderungen der SED einnahm – großzügig zeigte sie sich allenfalls in finanzieller Hinsicht, wenn es um die Gewährung menschlicher Erleichterungen ging –, in der letzten Oktoberwoche durch die tagtägliche Veränderung der innenpolitischen Lage der DDR zunehmend bestätigt fühlen. Im selben Umfang, in dem der innenpolitische Druck auf die SED wuchs, konnte sie entweder ihre Bereitschaft zu politischen und finanziellen Konzessionen senken oder den Preis dafür in die Höhe treiben.

Seit der großen Demonstration am 4. November in Berlin und der Kundgebung auf dem Alexanderplatz ging die Initiative des politischen Handelns endgültig von der Volksbewegung auf der Straße aus. Während Krenz und Stoph sowie die für die bewaffneten Organe zuständigen Politbüro-Mitglieder und Minister an diesem Tag die militärische und polizeiliche Einsatzleitung im MfI übernommen hatten, beobachteten die übrigen Politbüro-Mitglieder und die ZK-Mitarbeiter den wenige hundert Meter entfernten Vorbeimarsch der Demonstranten hinter den Fenstern des ZK-Gebäudes wie aus einem Versteck, statt wie gewohnt den defilierenden Massen von der Ehrentribüne aus zu winken zu können. Einige Politbüro-Mitglieder ergriff nackte Furcht: Rings um den Alexanderplatz versammelten sich bis um zehn Uhr mehrere hunderttausend Menschen, die Presse- und Meinungsfreiheit, Parteienvielfalt und freie Wahlen sowie die Abschaffung aller Privilegien der SED-Nomenklatura forderten. Die von Krenz am Vorabend angekündigten Reformvorschläge des SED-Aktionsprogramms blieben damit bereits im Denkansatz weit hinter den Forderungen der Demonstranten zurück.<sup>173</sup>

Als Schalck am 6. November erneut mit Seiters und Schäuble zusammentraf, hatte sich die Verhandlungsposition der SED-Führung somit weiter verschlechtert. Schon bei der Vereinbarung des Termins hatte ihm Seiters signalisiert, daß sich die Bundesregierung erst ab dem 14. November, nämlich nach der Polenreise des Kanzlers, zu verbindlichen Angeboten zum Reisekomplex imstande sehe. Die Führung unter Krenz jedoch stand unter Zeitdruck. Schalck blieb nur noch die Flucht nach vorne: Die Zurückhaltung seiner Verhandlungspartner ignorierend trug er vor, was sich die DDR konkret unter wirtschaftlicher Zusammenarbeit vorstellte: „Die DDR wäre bereit, in den nächsten zwei Jahren objektgebunden langfristige Kredite, die aus den neu zu schaffenden Kapazitäten zu refinanzieren sind, bis zur Höhe von zehn Milliarden VE

172 Ebd., S. 4. Die beiden letzten Wünsche des Kanzlers wurden innerhalb von fünf Tagen erfüllt.

173 Zur Demonstration vom 4. November 1989 siehe Hahn u. a. 1990 sowie Initiativgruppe 1990.

(Verrechnungseinheiten, d. Vf.) aufzunehmen.“<sup>174</sup> Daneben – also zusätzlich – werde es als erforderlich angesehen, „die Bereitstellung zusätzlicher Kreditlinien in freien Devisen, die beginnend im Jahre 1991 jährlich zwei bis drei Milliarden DM betragen könnten, zu erörtern.“<sup>175</sup> Seiters und Schäuble waren die Augen für den Abgrund geöffnet, in dem die DDR-Wirtschaft zu versinken drohte. Mit einmaligen Milliarden-Krediten wie in den Jahren 1983 und 1984 war der DDR nicht mehr zu helfen. Der Vorschlag Schalcks lief auf nicht weniger als eine dauerhafte Beteiligung der Bundesregierung an der Regulierung des Schuldendienstes der DDR hinaus – und mit seinem Vorschlag hatte er dezent die Frage nach dem politischen Preis der Bundesregierung in den Raum gestellt. Seiters und Schäuble waren überfordert; sie taktierten hinhaltend: Zu dieser Frage „seien noch weitere Überlegungen durch die Bundesregierung erforderlich. Derzeitig sei man noch nicht in der Lage, konkrete Vorschläge für verbindlich zu treffende Absprachen zu unterbreiten“, lautete die für Schalck wenig befriedigende Antwort.<sup>176</sup> Doch zumindest in der Frage der Reisefinanzierung, die der KoKo-Chef wiederum als aktuell dringlichsten Schwerpunkt ansprach, schien sich die Bundesregierung zu bewegen. Zu Schalcks Vorstellung, den Reisenden einmal jährlich dreihundert DM zum Kurs von 1:4,4 umzutauschen, unterbreitete Seiters erste Konturen einer Lösung, die er allerdings, wie er hervorhob, „freibleibend äußerte.“<sup>177</sup> Unter der Voraussetzung, daß der Zwangsumtausch aufgehoben werde und das Begrüßungsgeld entfalle, „könnte ein valutaseitiger Reisezahlungsfonds mit Mitteln der BRD eingerichtet werden (bei 12,5 Millionen Reisenden wäre das eine Größenordnung von rd. 3,8 Mrd. DM).“<sup>178</sup> Über die Verwendung des aus dem Umtausch entstehenden Ostmark-Fonds beanspruche die Bundesrepublik ein Mitbestimmungsrecht. Um diese Regelung innenpolitisch durchsetzen zu können, müsse die DDR jedoch einigen politischen Erfordernissen Rechnung tragen. Diese teilte Seiters seinem Ost-Berliner Gesprächspartner am folgenden Tag nach Rücksprache mit dem Bundeskanzler als generelle, an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR gestellte Bedingungen telefonisch mit. Wenn die DDR materielle und finanzielle Unterstützungsleistungen der Bundesrepublik in Anspruch nehmen wolle, sollte sie willens sein, „öffentlich durch den Staatsratsvorsitzenden zu erklären, daß die DDR bereit ist, die Zulassung von oppositionellen Gruppen und die Zusage zu freien Wahlen in zu erklärenden Zeiträumen zu gewährleisten. Dabei ist zu beachten, daß dieser Weg nur möglich ist, wenn die SED auf ihren absoluten Führungsanspruch verzichtet.“

174 Alexander Schalck, Vermerk über ein informelles Gespräch des Genossen Alexander Schalck mit dem Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes der BRD, Rudolf Seiters, sowie mit dem Mitglied des Vorstandes der CDU, Wolfgang Schäuble, am 6.11.1989, S. 2.

175 Ebd., S. 2.

176 Ebd., S. 7.

177 Ebd., S. 5.

178 Ebd., S. 4.

Erfülle die DDR diese Bedingungen, halte der Bundeskanzler „viele für machbar und alles für denkbar.“<sup>179</sup> Am Morgen des 8. November machte der Bundeskanzler in der Debatte des Bundestages zur Lage der Nation seinen Forderungskatalog öffentlich: Wenn die SED auf ihr Machtmonopol verzichte, unabhängige Parteien zulasse und freie Wahlen verbindlich zusichere, sei er bereit, „über eine völlig neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen.“<sup>180</sup>

Ähnliche Bedingungen wären in den deutsch-deutschen Verhandlungen vor diesem Zeitpunkt undenkbar gewesen und hätten zu einer schweren Krise, wenn nicht zum Abbruch der Beziehungen geführt. Die Deutschland-Politik aller Bundesregierungen beruhte spätestens seit dem Abschluß der Verträge zu Beginn der siebziger Jahre auf dem Grundsatz, die DDR nicht zu destabilisieren. Durch die zumeist blutige Niederschlagung der Volksaufstände in der DDR, Ungarn, der CSSR und Polen in den Jahren 1953, 1956, 1968, 1970 und 1976 waren die Hoffnungen auf einen politischen Umschwung von innen stets zunichte gemacht worden; die Sowjetunion zeigte sich zur militärischen Verteidigung ihres Imperiums bereit. Als Arbeitsgrundlage für eine verantwortungsvolle, „realistische“ Politik ergab sich aus diesen Erfahrungen für alle Bonner Regierungen der Leitgedanke, daß die Politik für die Menschen in der DDR „deshalb nicht mit den Menschen, sondern nur mit den Herrschern betrieben werden (konnte). Dort, bei den Herrschern, lag der Schlüssel für kurzfristige Erleichterungen und mittelfristige Reformen.“<sup>181</sup> Protestierende DDR-Bürger konnten dieser Logik zufolge „Verhandlungen für das Wohl der Menschen in der DDR nur im Wege stehen“<sup>182</sup> – zugleich ein Grund für die parteiübergreifende Geringschätzung der Bürgerbewegung in der DDR. Diese „realistische Prämisse“, stellt Ash zu Recht fest, war „bis 1989 in der west-deutschen DDR-Politik vorherrschend.“<sup>183</sup> So hatte etwa Kanzleramtsminister Schäuble noch am 1. März 1989 seinem Gesprächspartner Schalck auf dessen Ausführungen über die politischen und wirtschaftlichen Probleme der DDR versichert, daß die Bundesregierung diese Schwierigkeiten nicht ausnutzen werde: „Wir wollen das wirtschaftliche Gefälle nicht vergrößern“, versprach Schäuble damals.<sup>184</sup>

Doch am 8. November leitete die Bundesregierung einen vorsichtigen Wandel ein: Die drei Forderungen des Bundeskanzlers signalisierten Schalck und

179 Schreiben von Alexander Schalck an Egon Krenz, 7.11.1989, S. 1/2.

180 Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, 173. Sitzung, 8.11.1989, Stenographischer Bericht, S. 13017. Um sicher zu gehen, daß die SED-Führung die Bundestagsrede von Kohl am 8.11.1989 nicht verpaßte, ließ Seiters Schalck am Abend des 7. November gesondert auf den Kanzlerauftritt hinweisen (vgl. Aktenvermerk von A. Schalck, 7.11.1989, 18.15 Uhr).

181 Ash 1993, S. 269.

182 Ash 1993, S. 272.

183 Ash 1993, S. 271.

184 Zit. nach Filmer/Schwan 1992, S. 225.

Krenz, daß die langjährige Arbeitsgrundlage der deutsch-deutschen Beziehungen mit der Entwicklung des Bürgerprotests zu einer Volksbewegung gegen die Diktatur und den immer sichtbareren Zerfallserscheinungen der SED brüchig wurde. Noch herrschte jedoch in Bonn selbst für den Fall weitgehender Kooperationsmöglichkeiten mit einer demokratisch veränderten DDR – an eine kurzfristige Annäherung oder gar Vereinigung wurde auch zu diesem Zeitpunkt im Kanzleramt nicht gedacht<sup>185</sup> – gleichermaßen Unsicherheit hinsichtlich der Reaktionen der Sowjetunion wie auch der westlichen Verbündeten. Und innenpolitisch wurden die Stimmen aus der SPD-Opposition lauter, die den Kanzler zu einem Treffen mit Krenz und zu massiver wirtschaftlicher und politischer Unterstützung der DDR aufforderten. Als sich Kohl die Forderungen der Volksbewegung in der DDR zu eigen machte, aber gleichzeitig auch Konzessionsbereitschaft gegenüber der SED-Führung zeigte, betrat er vorsichtig ein neues Terrain der deutsch-deutschen Beziehungen.

Für Schalck stellte sich die Lage zwar ernst, aber nicht aussichtslos dar. Ökonomische Unterstützung, soviel war zumindest ihm seit längerem klar, war von der konservativen Regierung nur für den Preis politischer Zugeständnisse zu haben. Bevor man diese unter dem Druck der Demonstrationen ohne Gegenleistung an die DDR-Opposition verschenken mußte, war es allemal besser, sie an Bonn zu verkaufen. Kohls Forderungen waren an die 10. Tagung des Zentralkomitees adressiert, die zeitgleich mit der Sitzung des Bundestages am Morgen des 8. November begonnen hatte.<sup>186</sup> Als Mitglied der Redaktionskommission für das Aktionsprogramm der SED, das dem Plenum zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollte, konnte Schalck abschätzen, daß es nicht unmöglich sein würde, die Bonner Bedingungen in zwei Tagen weitgehend zu erfüllen, denn der reformbremsende erste Entwurf des Aktionsprogramms war nach der Berliner Demonstration in den Papierkorb gewandert. Die Gefahr vor Augen, daß sich die SED unter dem Druck der Massendemonstrationen zu weiteren politischen Zugeständnissen gezwungen sehen könnte und diese dann in den Verhandlungen mit Bonn keinen Pfifferling mehr wert wären, steuerte Schalck auf dem kürzesten Weg ein Spitzentreffen zwischen Kohl und Krenz an. Am Nachmittag des 8. November versuchte er noch von der ZK-Tagung aus Minister Seiters für eine Zwischenlandung des Bundeskanzlers auf seinem Rückflug von Polen zu gewinnen, um ein „mehrstündiges Arbeitsgespräch“ in Ost-Berlin durchzuführen.<sup>187</sup> Seiters hielt das nach Rücksprache mit dem Kanzler nicht für möglich.<sup>188</sup> Doch

185 Mitteilung an den Vf.

186 Zum Ablauf der 10. ZK-Tagung siehe Stephan 1993, S. 312 ff.

187 Vgl. Telefonische Durchsage (von Schalck, d.Vf.) an Bundesminister Seiters, 8.11.1989, 16.30 Uhr (Abschrift).

188 „Rückruf von Herrn Speck (Büroleiter von Kanzleramtsminister Seiters, d. Vf.) betreffs unserer (Schalcks, d. Vf.) Nachricht, 8.11.89, 16.10 Uhr: 'Bundesminister Seiters hat mit dem 1. Mann gesprochen. Das wird nicht gehen. Herr Seiters erinnert nochmals an das letzte Gespräch mit Ihnen'“. (Die Uhrzeiten der beiden Telefonate sind offensichtlich nicht korrekt, d. Vf.).

Schalck gab nicht auf und wandte sich am folgenden Tag – es war bereits der 9. November – erneut an den Kanzleramtschef, um zumindest eine generelle Zusage für kurzfristig mögliche Gespräche zu erhalten: „Werter Gesprächspartner! Habe Ihre telefonische Nachricht erhalten. Interpretiere die Antwort persönlich so, daß Möglichkeit besteht, bei positiver Entscheidung zu den 3 Grundfragen, wie sie durch BK vor dem Bundestag gestellt wurden, die auch in Übereinstimmung mit letztem Gespräch stehen – kurzfristig in konstruktive Gespräche einzutreten. Möglicherweise auch mit dem BK. Bestätigen Sie mir bitte Ihre, diese Position, unter allen Umständen, damit ich weiter auf dieser Grundlage arbeiten kann. Mit besten Grüßen.“ Eine Antwort aus Bonn aber traf an diesem Tag nicht mehr ein – der Kanzler selbst war am Mittag mit großem Troß zu seinem fünftägigen Staatsbesuch nach Polen aufgebrochen.<sup>189</sup>

Die ZK-Tagung nahm zwar einen chaotischen Verlauf, doch bis zum Abend des 9. November bestand für Schalck, zumindest was seine Bonner Mission betraf, Anlaß zur Zufriedenheit. Nachdem bereits am ersten Sitzungstag grundsätzlich beschlossen worden war, Anmeldungen zur Gründung von Vereinigungen auf der Grundlage der DDR-Verfassung anzunehmen<sup>190</sup>, und das Innenministerium einen entsprechenden Antrag des „Neuen Forum“ noch am gleichen Tag bestätigt hatte, verschaffte die Arbeit der Redaktionsgruppe für das Aktionsprogramm Schalck den erforderlichen Verhandlungshintergrund. Die SED gab den Forderungen der Demonstranten nach und bekannte sich in dem Grundsatzdokument nicht nur zur Verabschiedung eines Gesetzes über Vereinigungsfreiheit, sondern auch zu freien, allgemeinen, demokratischen und geheimen Wahlen und zu einer demokratischen Koalitionsregierung.<sup>191</sup> Doch kaum schien von DDR-Seite alles beseitigt, was dem Ziel einer neuen Stufe der deutsch-deutschen Kooperation im Wege stehen konnte, schlug die Nachricht von der Pressekonferenz Schabowskis und der Öffnung der Grenze wie eine Bombe im Gebäude des Zentralkomitees ein. Schalck war entsetzt, alle Pläne zunichte. Jetzt war für ihn nichts mehr zu retten, das letzte Faustpfand war weg. Für den Unterhändler endeten die folgenden drei Wochen im totalen Chaos und in seiner Flucht nach West-Berlin.

## 6. *Der Fall der Mauer*

Die Sitzung des Zentralkomitees war am 9. November gegen 20.45 Uhr geschlossen worden. Die auswärtigen ZK-Mitglieder machten sich auf den Weg

189 Vgl. Teltschik 1991, S. 11 ff.

190 Vgl. SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/1/706.

191 Vgl. Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED, in: Protokoll der 10. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 8.-10. November 1989, S. 143 ff.

zum nahegelegenen Gästehaus der SED an der Spree, in dem sie üblicherweise während der Tagungen des höchsten Beschlußgremiums der Einheitspartei untergebracht waren. Dort wurde gerade das verspätete Abendessen serviert, als sich von Tisch zu Tisch die Nachricht von Schabowskis Pressekonferenz und deren Folgen verbreitete. Ein wildes Durcheinander brach aus. Was Schabowski verkündet habe, seien eigenwillige Formulierungen und am Nachmittag nicht von ihnen beschlossen worden, zumindest nicht in dieser Weise, war die durchgängige Meinung. Der Kahn sei aus dem Ruder gelaufen; jetzt liefen Dinge ab, die nicht mehr zu kontrollieren, geschweige denn zu steuern seien – und das Zentralkomitee habe seinen Einfluß verloren. Doch keiner hatte schriftlich, was am Nachmittag tatsächlich im Zentralkomitee behandelt worden war, und so war nicht einmal eine Überprüfung der Aussagen möglich. Ohnehin schien nichts mehr gerettet werden zu können; der Zug war abgefahren. Ohnmacht und Resignation breiteten sich aus.<sup>192</sup>

### 6.1. *Der Reisebeschluß des Zentralkomitees*

Die Mittagspause des ZK-Plenums hatte bis 15.30 Uhr gedauert. Ein Redner hatte danach zur Aussprache über das Referat des Generalsekretärs das Wort ergriffen, als Krenz gegen 16.00 Uhr die Diskussion unterbrach:

„Krenz: *Genossinnen und Genossen! Bevor Günther Jahn das Wort nimmt, muß ich noch einmal von der Tagesordnung abweichen. Euch ist ja bekannt, daß es ein Problem gibt, das uns alle belastet: die Frage der Ausreisen. Die tschechoslowakischen Genossen empfinden das allmählich für sich als eine Belastung, wie ja früher auch die ungarischen. Was wir auch machen in dieser Situation – wir machen einen falschen Schritt. Schließen wir die Grenzen zur CSSR, bestrafen wir im Grunde genommen die anständigen Bürger der DDR, die dann nicht reisen können und dann ihren Einfluß auf uns ausüben. Selbst das aber würde nicht dazu führen, daß wir das Problem in die Hand bekommen, denn die Ständige Vertretung der BRD hat schon mitgeteilt, daß sie ihre Renovierungsarbeiten abgeschlossen hat. Das heißt, sie wird öffnen, und wir würden auch dann wieder vor diesem Problem stehen.*

*Der Genosse Willi Stoph hat als amtierender Vorsitzender des Ministerrates eine Verordnung vorgeschlagen, die ich jetzt verlesen möchte, weil sie zwar vom Politbüro bestätigt worden ist, aber doch solche Wirkung hat, daß ich das Zentralkomitee nicht ohne Konsultation lassen möchte.*

*'Beschuß zur Veränderung der Situation der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern nach der BRD über die CSSR*

*Es wird festgelegt:*

*1. Die Verordnung vom 30. November 1988 über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland findet bis zur Inkraftsetzung des neuen Reisegesetzes keine Anwendung mehr.*

*2. Ab sofort treten folgende zeitweilige Übergangsregelungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR in das Ausland in Kraft:*

*a) Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Versagungsgründe werden nur in besonderen Ausnahmefällen angewandt.*

*b) Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. Die Antragstellung auf ständige Ausreise ist wie bisher auch bei den Abteilungen Innere Angelegenheiten möglich.*

*c) Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.*

*d) Damit entfällt die vorübergehend erfolgte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.*

*3. Über die zeitweiligen Übergangsregelungen ist die beige-fügte Pressemitteilung am 10. November zu veröffentlichen.'*

*Diese Mitteilung hat folgenden Wortlaut:*

*'Wie die Presseabteilung des Ministeriums des Innern mitteilt, hat der Ministerrat der DDR beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer folgende zeitweilige Übergangsregelung für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR ins Ausland in Kraft gesetzt wird.'*

*Und dann kommen die vier Punkte, die ich nicht noch einmal vorzulesen brauche.*

*Ich sagte: Wie wir es machen, machen wir es verkehrt. Aber das ist die einzige Lösung, die uns die Probleme erspart, alles*

*über Drittstaaten zu machen, was dem internationalen Ansehen der DDR nicht förderlich ist.*

*Hoffmann<sup>193</sup>: Könnten wir nicht das Wort 'zeitweilig' streichen? Das erzeugt ständig den Druck, als hätten die Leute keine Zeit und müßten sofort und unverzüglich den Antrag stellen. Können wir das nicht vermeiden oder umschreiben?*

*Krenz: Da muß man schreiben: 'Bis zur gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer folgende Übergangsregelung' und 'zeitweilig' streichen. Übergangsregelung ist ja eine zeitweilige. Oder wir schreiben: 'Bis zum Inkrafttreten des Reisegesetzes gelten folgende Regelungen'. Genosse Dickel, siehst Du da eine Schwierigkeit?*

*Dickel<sup>194</sup>: Nein. Was die Veröffentlichung angeht – vielleicht wäre es zweckmäßig, daß nicht das Ministerium des Innern, obwohl wir die praktische Durchführung machen, sondern das Presseamt des Ministerrates das veröffentlicht; denn das ist ja eine Mitteilung des Vorsitzenden des Ministerrates.*

*Krenz: Ich würde vorschlagen, daß das der Regierungssprecher gleich macht. Wir vermeiden also sowohl 'zeitweilig' als auch 'Übergangsregelung' und sagen: Bis zum Inkrafttreten des Reisegesetzes, das von der Volkskammer zu beschließen ist, wird das und das angeordnet. – Einverstanden? – Danke schön.<sup>195</sup>*

Unmittelbar nach dieser Unterbrechung der Tagesordnung wurde die allgemeine Debatte fortgesetzt. Keiner der nachfolgenden Redner kam an diesem Tag auf die neue Reiseregelung zurück. „Das Plenum hatte die ganze Tragweite des Beschlusses nicht erkannt“, registrierte Siegfried Lorenz, der neben Krenz im Präsidium saß, die Reaktionen im Saal<sup>196</sup>, und das Stimmungsbild aus dem Gästehaus gab ihm recht. Während die einleitenden Worte von Krenz und auch die Überschrift des Ministerrats-Beschlusses den ZK-Mitgliedern nahelegen mochten, daß allein eine Lösung des Problems der ständigen Ausreisen beabsichtigt war, war im Verordnungstext wie in der Pressemitteilung von „Übergangsregelungen für Reisen und ständige Ausreisen“ die Rede. **Privatreisen** sollten ohne Vorliegen von Voraussetzungen *beantragt* werden können

193 Hans-Joachim Hoffmann, geb. 1929, von 1973 bis 1989 Kulturminister der DDR und von 1976 bis 1989 bzw. 1990 Mitglied des Zentralkomitees der SED und Abgeordneter der Volkskammer der DDR. Hoffmann ist 1994 verstorben.

194 Friedrich Dickel, geb. 1913, als Nachfolger von Karl Maron von 1963 bis 1989 Minister des Innern und Chef der Volkspolizei. Von 1967 bis 1989 Mitglied des Zentralkomitees der SED und Abgeordneter der Volkskammer der DDR. Dickel ist 1993 verstorben.

195 Protokoll der 10. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 8.-10. November 1989, S. 48–50 (Hervorhebungen durch den Vf.). Die gedruckte und veröffentlichte Fassung entspricht in diesem Teil der Ur-Abschrift (vgl. SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/1/707, Bl. 132–135).

196 Mitteilung an den Verfasser.

und *kurzfristig* genehmigt werden, Visa zur **ständigen Ausreise** ebenfalls ohne Voraussetzungen, aber *unverzüglich* erteilt werden. Der Diskussionsbeitrag von Kulturminister Hoffmann zeigt, daß der verlesene Text durchaus vom Publikum zur Kenntnis genommen und der Wortlaut verstanden wurde.<sup>197</sup> Die aufgrund des Einwandes von Hoffmann vorgenommene Änderung eines Ministerrats-Beschlusses durch das SED-Zentralkomitee veranschaulicht dessen jahrzehntelang eingespieltes Selbstverständnis, die Regierung als nachgeordnetes Organ der SED zu behandeln. Mit dem ebenfalls die Kompetenzen des Generalsekretärs gewohnheitsmäßig überschreitenden und ihm nicht zustehenden Vorschlag, daß der Regierungssprecher die Regelung „gleich“ – und nicht erst am 10. November, wie vorgesehen – veröffentlichen sollte, hob Krenz beiläufig die Sperrfrist für die Pressemitteilung auf. Vierzig Jahre lang hatte diese Mißachtung der Gewaltenteilung die Diktatur stabilisiert. Doch an diesem Tag entging dem SED-Generalsekretär, daß die Verordnung selbst kein Datum trug, sondern automatisch durch ihre Bekanntgabe in Kraft gesetzt werden würde („*ab sofort*“, „*unverzüglich*“).

Als Krenz die Reiseregulation vortrug, hielt sich Günter Schabowski nicht im Tagungssaal auf; er führte außerhalb Gespräche mit Journalisten.<sup>198</sup> Drei Diskussionsredner waren nach Krenz im Plenum zu Wort gekommen, etwa sechzig Minuten vergangen, als sich Schabowski bei Krenz gegen 17.30 Uhr zu seiner Pressekonferenz über Verlauf und Ergebnisse des ZK-Plenums abmeldete, die für 18.00 Uhr im Internationalen Pressezentrum in der Mohrenstraße angesetzt war. Schabowski erkundigte sich nach mitteilenswerten Neuigkeiten für seinen Pressetermin und erhielt von Krenz dessen Exemplar der Ministerrats-Vorlage über die Reiseregulation.<sup>199</sup> Krenz verband die Übergabe des Papiers mit dem Hinweis, das sei „die Weltnachricht.“<sup>200</sup> Und Schabowski behielt von Krenz im Ohr: „Das wird ein Knüller für uns.“<sup>201</sup>

Schabowski nahm die Vorlage zunächst unbesehen zu seinen Unterlagen. Vor Beginn der Pressekonferenz blieb ihm jedoch ausreichend Zeit, die wenigen Zeilen zu überfliegen. Die Bestimmungen über die „ständige Ausreise“ schienen klar und unmißverständlich zu sein. Wie aber war der Passus über

197 Die Behandlung des Ministerrats-Beschlusses im Zentralkomitee widerlegt die These, die gesamte Partei- und Staatsführung sei mit der Reiseverordnung von vier Obristen des MfS und Mdl, die den Entwurf erarbeitet hatten, quasi übertölpelt worden (vgl. Kurz 1991b; Schnibben 1990). Die Öffnung der Grenze in kontrollierter, die staatliche Souveränität der DDR wahrender Form war beabsichtigt; die Folgen dieser Absicht lagen „jenseits dessen, was die Phantasie auch erfahrener Politiker noch erreichte.“ (Bender 1994, S. 76)

198 Vgl. Schabowski 1991, S. 306.

199 Wolfgang Herger und Siegfried Lorenz, die während der ZK-Tagung die Sitzplätze neben Krenz auf dem Podium einnahmen, bestätigen die Übergabe des Papiers an Schabowski. Die Auffassung, Schabowski sei der verlesene Zettel erst während der Pressekonferenz zugesteckt worden, möglicherweise gar vom KGB, ist falsch. Schabowski hat diese „zähe Legende“ ebenso zurückgewiesen (zuletzt in: Bundestag 1994, S. 163 ff.) wie Krenz selbst.

200 Krenz 1990, S. 182.

201 Schabowski 1991, S. 306; Schabowski, in: Hertle/Pirker/Weinert 1990, S. 39.

die „Privatreisen“ zu verstehen? Auf den ersten Blick mußten dem früheren Journalisten die Schwächen ins Auge fallen, die ihn vor der Weltpresse ins Stottern bringen würden: „Herr Schabowski, was heißt denn 'werden kurzfristig genehmigt'?“ hörte er die Journalisten schon nachfragen, „binnen einer Stunde, einer Woche oder einem Monat?“ Und Schabowskis Phantasie reichte mindestens für eine weitere Frage aus, auf die er keine Antwort wußte: „Was sind denn die Versagungsgründe?“ Der Knüller von Krenz drohte für ihn zum Rohrkrepieler zu werden, weil er keinerlei Informationen über die Durchführungsbestimmungen besaß. So beschloß Schabowski als Strategie für den Ablauf seines Presseauftrittes, den Ministerrats-Beschluß erst „kurz vor Schluß nach Ende der Debatte“ zu präsentieren, um möglichst keinerlei Fragen zulassen zu müssen.

## 6.2. Die Pressekonferenz von Günter Schabowski

Die Pressekonferenzen, die Schabowski an den Sitzungstagen des Zentralkomitees zwischen achtzehn und neunzehn Uhr im Internationalen Pressezentrum in der Mohrenstraße gab, waren zeitlich so angesetzt, daß die Neuigkeiten in den Abendnachrichten der Fernsehanstalten, an erster Stelle natürlich der Aktuellen Kamera des DDR-Fernsehens, gesendet werden konnten.<sup>202</sup> Allein ihr Stattfinden war für sich genommen eine kleine Sensation: Ein Mitglied des Politbüros ließ ungefiltert Fragen an sich herankommen und stand Journalisten aus aller Welt Rede und Antwort. Das hatte es noch nie gegeben.

Als Schabowski am Vortag über den Rücktritt des Politbüros und seine Neuwahl berichtet hatte, hatte der Saal vor Spannung geknistert. Doch am 9. November lief alles anders. Schabowski spulte seinen Fahrplan ab. Langatmig und inhaltsarm schwadronierte er über die Diskussion auf dem ZK-Plenum sowie über den Wahlmodus und die Zielsetzung einer für Dezember anstatt eines Parteitages einberufenen Parteikonferenz, bevor er allgemeines über das SED-Aktionsprogramm und den möglichen Inhalt eines neues Wahlgesetzes und dessen Folgen verbreitete. Als wollte er die Langeweile, die die Journalisten erfaßte, mit einer Dosis Schlafmittel vertreiben, ließ Schabowski im Beiprogramm auch noch den Chefredakteur des eintönig-öden Theorieorgans der SED einschläfernde Worthülsen verstreuen.

Doch um sieben Minuten vor sieben horchte der Saal auf. Riccardo Ehrman, ein Vertreter der italienischen Nachrichtenagentur ANSA, erhielt das Mikrophon, um eine Frage loszuwerden, für die er sich seit geraumer Zeit gemeldet hatte. Nur wenige Stunden später wurde er für diese Frage von

<sup>202</sup> Für Hintergrundinformationen über den Ablauf der Pressekonferenz Schabowskis vom 9.11.1989 danke ich Riccardo Ehrman (ANSA), Christian Glass (damals RIAS-TV, jetzt ZDF), Eberhard Grasshoff (damals Pressesprecher der Ständigen Vertretung), Albrecht Hinze (Süddeutsche Zeitung) und Volker Warkentin (Reuters).

den Menschen, die ihn am Grenzübergang auf dem S-Bahnhof Friedrichstraße wiedererkannten, als „Maueröffner“ auf den Schultern getragen und stürmisch gefeiert.<sup>203</sup>

Zwar ist es unwahrscheinlich, wenn auch nicht völlig auszuschließen, daß Schabowski ohne die Frage Ehrmans die Verkündung der Reiseregulation vergessen oder bewußt auf sie verzichtet hätte. Nun aber erhielt er das passende Stichwort zur rechten Zeit – und was dann folgte, versetzte die Welt in Erstaunen:

„Frage: (18:53:00 Uhr). Ich heiße Riccardo Ehrman, ich vertrete die italienische Nachrichtenagentur ANSA. Herr Schabowski, Sie haben von Fehler gesprochen. Glauben Sie nicht, daß es war ein großer Fehler, diesen Reisegesetzentwurf, das Sie haben jetzt vorgestellt vor wenigen Tagen?

Schabowski: Nein, das glaube ich nicht. Wir wissen um diese Tendenz in der Bevölkerung, um dieses Bedürfnis der Bevölkerung, zu reisen oder die DDR zu verlassen. Und wir (äh) haben die Überlegung, daß wir alle die Dinge, die ich hier vorhin beantwortet habe oder zu beantworten versucht habe auf die Frage des TASS-Korrespondenten, nämlich eine komplexe Erneuerung der Gesellschaft (äh) zu bewirken und dadurch letztlich durch viele dieser Elemente (äh) zu erreichen, daß Menschen sich nicht genötigt sehen, in dieser Weise ihre persönlichen Probleme zu bewältigen. Das sind aber, wie gesagt, viele Schritte, und (äh) man kann sie nicht alle zur gleichen Zeit einleiten. Es gibt eine Abfolge von Schritten, und die Chance, also durch Erweiterung von Reisemöglichkeiten, die Chance also, durch die Legalisierung und Vereinfachung der Ausreise, die Menschen aus einer (äh), sagen wir mal, psychologischen Drucksituation zu befreien, – viele dieser Schritte sind ja im Grunde unüberlegt erfolgt. Das wissen wir, ja, durch Gespräche, durch Bedürfnisse, jetzt wieder zurückzukommen (äh), durch Gespräche mit Menschen, die sich in der BRD jetzt in einer ungemein komplizierten Lage befinden, weil die BRD große Schwierigkeiten hat, diese Flüchtlinge unterzubringen. Also, die Aufnahmekapazität der BRD ist im Grunde erschöpft. Es sind schon mehr als, oder weniger als Provisorien (äh), mit denen diese Menschen zu rechnen haben, wenn sie dort untergebracht werden. (Äh) Die Unterbringung ist aber das Geringste für den Aufbau einer Existenz. Entscheidend, wesentlich ist das Finden von Arbeit, ja, und die notwendige

203 Mitteilung an den Vf.

Integration in diese Gesellschaft, die weder dann gegeben ist, wenn man in einem Zelt haust oder in einer Notunterkunft oder als Arbeitsloser dort rumhängt. Also, wir wollen durch eine Reihe von Umständen, dazu gehört auch das Reisegesetz, die Chance also der souveränen Entscheidung des Bürgers zu reisen, wohin er will. (Äh) Wir sind natürlich (äh) besorgt, daß also die Möglichkeit dieses Reisegesetzes, – es ist ja immer noch nicht in Kraft, es ist ja ein Entwurf.

Allerdings ist heute, soviel ich weiß (*blickt bei diesen Worten zustimmungserheischend in Richtung Labs und Banaschak*), eine Entscheidung getroffen worden. Es ist eine Empfehlung des Politbüros aufgegriffen worden, daß man aus dem Entwurf des Reisegesetzes den Passus herausnimmt und in Kraft treten läßt, der – wie man so schön sagt oder so unschön sagt – die ständige Ausreise regelt, also das Verlassen der Republik. Weil wir es (äh) für einen unmöglichen Zustand halten, daß sich diese Bewegung vollzieht (äh) über einen befreundeten Staat (äh), was ja auch für diesen Staat nicht ganz einfach ist. Und deshalb (äh) haben wir uns dazu entschlossen, heute (äh) eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht (äh), über Grenzübergangspunkte der DDR (äh) auszureisen.

Frage: (...*Stimmengewirr*...) Ab wann gilt das?

Schabowski: Bitte?

Frage: Ab sofort?

Schabowski: (*Setzt seine Brille auf.*) Also, Genossen, mir ist das hier also mitgeteilt worden, daß eine solche Mitteilung heute schon (äh) verbreitet worden ist. Sie müßte eigentlich in Ihrem Besitz sein. Also (*liest sehr schnell vor*): „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der VPKÄ – der Volkspolizeikreisämter – in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dabei noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. (Äh) Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD erfolgen. Damit entfällt die vorübergehend ermöglichte Erteilung von entsprechenden Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.“ (Äh) Die Paßfrage kann ich jetzt nicht

beantworten (*blickt fragend in Richtung Labs und Banaschak*). Das ist auch eine technische Frage. Ich weiß ja nicht, die Pässe müssen ja, ...also damit jeder im Besitz eines Passes ist, überhaupt erst mal ausgegeben werden. Wir wollten aber...

Banaschak: (*Fällt Schabowski unverständlich ins Wort*).

Frage: Wann tritt das in Kraft?

Schabowski: (*Blättert in seinen Papieren.*) Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich (*blättert weiter in seinen Unterlagen*).

Frage: (... *Stimmengewirr* ...) Sie haben nur BRD gesagt, gilt das auch für West-Berlin?

Schabowski: (*Liest schnell vor, dabei einige Worte verschluckend:*) „Wie die Presseabteilung des Ministeriums ..., hat der Ministerrat beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer diese Übergangsregelung in Kraft gesetzt wird.“

Frage: Gilt das auch für Berlin-West?

Schabowski: Also... (*zuckt mit den Schultern*), doch, doch (*Liest vor*): „Die ständige Ausreise kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen.“

Frage: (... *Stimmengewirr* ...) Heißt das, daß ab sofort die DDR-Bürger... (*Journalist stellt sich vor, phonetisch: Christoph Janowski, Zeitung bzw. Agentur nicht verständlich, d.Vf.*) Heißt das, daß ab sofort die DDR-Bürger durch die Tschechoslowakei oder Polen nicht ausreisen dürfen?

Schabowski: Ja, das ist darin überhaupt nicht formuliert. Sondern wir hoffen, daß sich auf diese Weise (äh) diese Bewegung selbst reguliert in dem Sinne, wie wir das erstreben.

Frage: (*Stimmengewirr, unverständliche Frage*).

Schabowski: Ich habe nichts Gegenteiliges gehört.

Frage: (*Stimmengewirr, unverständlich*).

Schabowski: Ich habe nichts Gegenteiliges gehört.

Frage: (*Stimmengewirr, unverständlich*).

Schabowski: Ja, ich habe nichts Gegenteiliges gehört. Ich drücke mich nur so vorsichtig aus, weil ich nun in dieser Frage nicht, also, ständig auf dem Laufenden bin, sondern kurz, bevor ich 'rüber kam, diese Information in die Hand gedrückt bekam.

Frage: Herr Schabowski, was wird mit der Berliner Mauer jetzt geschehen?

Schabowski: Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß es 19.00 Uhr ist. Es ist die letzte Frage, ja! Haben Sie Verständnis dafür.

(Äh) Was wird mit der Berliner Mauer? Es sind dazu schon Auskünfte gegeben worden im Zusammenhang mit der Reisetätigkeit. (Äh) Die Frage des Reisens, (äh) die Durchlässigkeit also der Mauer von unserer Seite, beantwortet noch nicht und ausschließlich die Frage nach dem Sinn, also dieser, ich sag' s mal so, befestigten Staatsgrenze der DDR. (Äh) Wir haben immer gesagt, daß dafür noch einige andere Faktoren (äh) mit in Betracht gezogen werden müssen. Und die betreffen den Komplex von Fragen, den Genosse Krenz in seinem Referat in der – in Hinsicht auf die Beziehungen zwischen der DDR und BRD geäußert hat, in Hinsicht auf (äh) die Notwendigkeit, den Friedenssicherungsprozeß mit neuen Initiativen fortzusetzen. Und (äh) sicherlich wird die Debatte über diese Frage (äh) positiv beeinflusst werden können, wenn sich auch die BRD und wenn sich die NATO zu Abrüstungsschritten entschließt und sie durchsetzt, so oder ähnlich wie die DDR das und andere sozialistische Staaten schon mit bestimmten Vorleistungen getan haben.

Herzlichen Dank!“

*(Ende der Pressekonferenz: 19:00:54 Uhr, d.Vf.).<sup>204</sup>*

Schabowski erhob sich. Ein Reporterteam von RIAS-TV stürzte hinter ihm her, als er den Saal verließ. „Herr Schabowski, ein kurzes Statement zur Ausreiseregulierung für RIAS-TV“, bat der Journalist auf dem Flur. Schabowski antwortete im Gehen: „Aber ich habe alles, was dazu zu sagen ist, bereits geäußert. Ich kann nur den Inhalt dieser Regelung mitteilen und kann hoffen, daß das einen besänftigenden Einfluß auf die ganze Situation hat.“ RIAS-TV hakte nach: „Erwarten Sie jetzt eine größere Fluchtwelle?“ – Schabowski erwiderte: „Ich hoffe nicht, daß es dazu kommt.“<sup>205</sup> In acht Minuten, würde man später wissen, hatte Schabowski keinesfalls besänftigend gewirkt, sondern den Grundstein zur Auflösung der DDR gelegt. Weder den Journalisten noch dem völlig übermüdeten Schabowski, der nicht mehr ins ZK zurückkehrte, sondern sich auf den Heimweg nach Wandlitz begab, war das jedoch zu diesem Zeitpunkt klar.

204 Vom Verfasser angefertigte Niederschrift der Pressekonferenz von Günter Schabowski am 9.11.1989 über den zweiten Tag der Beratungen der 10. ZK-Tagung der SED im Internationalen Pressezentrum der DDR in Berlin. Neben Schabowski hatten folgende ZK-Mitglieder auf dem Podium Platz genommen: Professor Manfred Banaschak, Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift der SED „Einheit“; Helga Labs, Vorsitzende der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, und Gerhard Beil, Minister für Außenhandel der DDR.

205 RIAS-TV, Sondersendung „Die Nacht der offenen Grenzen“, 10.11.1989, 6.00–9.00 Uhr (Archiv Deutsche Welle).

Schabowski hinterließ ein allgemeines Rätselraten über seine schwer verständliche Information. Hatte er nicht vor der Presse – wie wenige Stunden zuvor Krenz im Zentralkomitee – in seinen einleitenden Worten hervorgehoben, daß man aus dem Entwurf des Reisegesetzes lediglich „den *Passus* herausnimmt und in Kraft treten läßt, der (...) die *ständige Ausreise* regelt“, und ausdrücklich den Zusammenhang hergestellt, auf diese Weise das Problem der illegalen Ausreisen über die CSSR zu lösen? Die neue Regelung mache es jedem Bürger möglich, so Schabowski, „über Grenzübergangspunkte der DDR *auszureisen*.“ Die ersten Meldungen, die die Korrespondenten der Nachrichtenagentur Reuters um 19.03 Uhr, gefolgt von DPA um 19.04, über den Ticker verbreiteten, hoben auf diesen klaren Satz ab.<sup>206</sup> Während viele Journalisten noch debattierend im Pressezentrum standen oder sich in der Mokkabar den Kopf zerbrachen, wie es sich mit den Privatreisen verhielt, preschte Associated Press um 19.05 Uhr vor: „Die DDR öffnet nach Angaben von SED-Politbüromitglied Günter Schabowski ihre Grenzen. Dies sei eine Übergangsregelung bis zum Erlaß eines Reisegesetzes, sagte Schabowski.“<sup>207</sup> Das war zwar nicht unbedingt falsch, aber auch nicht gerade präzise; die AP-Meldung macht jedoch deutlich, daß die Schabowski-Mitteilung einen Interpretationsspielraum enthielt, den die Journalisten in Ermangelung einer präzisen Information zu füllen begannen. Die Pressemitteilung über den Ministerrats-Beschluß, von der Schabowski annahm, sie sei bereits verteilt worden, hatte noch immer niemand gesehen.

Allerdings gab es eine Ausnahme: Dem Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN), der Nachrichtenagentur der DDR, lag sie vor, versehen allerdings mit der Sperrfrist: 10. November, 4.00 Uhr. Der Generaldirektor des ADN, Günter Pötschke, saß im Zentralkomitee, und sein Stellvertreter weigerte sich, die Sperrfrist aufzuheben. Einige ADN-Redakteure, die die Pressekonferenz Schabowskis verfolgt hatten, setzten sich in einer Blitzaktion gegen den Widerstand ihres stellvertretenden Chefs durch.<sup>208</sup> Um 19.04 Uhr gab der ADN die Pressemitteilung des Ministerrates weiter;<sup>209</sup> innerhalb der nächsten halben Stunde wurde sie von den westlichen Nachrichtenagenturen verbreitet.<sup>210</sup> Der ADN dagegen, der Kompaß für alle DDR-Medien, fiel nach diesem Kraftakt aus, offenbar durch interne Auseinandersetzungen und Machtkämpfe blockiert. Ohne ADN aber fehlte den DDR-Medien die Orientierung –

206 Reuters, 9.11.1989, 19.03 Uhr: „Ausreisewillige DDR-Bürger können ab sofort über alle Grenzübergänge der DDR in die Bundesrepublik Deutschland *ausreisen*.“ – DPA, 9.11.1989, 19.04 Uhr: „Von sofort an können DDR-Bürger direkt über alle Grenzstellen zwischen der DDR und der Bundesrepublik *ausreisen*.“

207 Associated Press, 9.11.1989, 19.05 Uhr.

208 Vgl. Albrecht Hinze, Versehentliche Zündung mit verzögerter Sprengkraft, in: Süddeutsche Zeitung, 9.11.1990.

209 ADN, 9.11.1989, 19.04 Uhr (Schlagzeile: „DDR-Regierungssprecher zu neuen Reiseregulungen“).

210 DPA übermittelte den Wortlaut der neuen Reiseregulierung unter Berufung auf ADN bereits um 19.23 Uhr.

und ADN verfiel den ganzen Abend in ein tickerloses Schweigen, genau bis 2.06 Uhr am Morgen des 10. November. Einzige Ausnahme war eine Ergänzung zur Meldung von 19.04 Uhr. Hatte ADN zu diesem Zeitpunkt richtig übermittelt: „Die Genehmigungen (von Privatreisen, d. Vf.) werden kurzfristig erteilt“, so lieferte er um 22.55 Uhr nach, an wen sich die Bürger korrekterweise wenden sollten: „Die Genehmigungen werden *von den zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter* kurzfristig erteilt.“ Für diese Ergänzung war es jedoch bereits zu spät. Das Volk hatte sich ersatzweise die Genehmigung kurzfristig und unverzüglich selbst erteilt.

### 6.3. *Der Mauerdurchbruch*

Führende Vertreter der Kirchen und der Opposition trafen sich am Abend des 9. November mit Repräsentanten der Blockparteien in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt, um sich zum Thema 'Die Kirchen, die Parteien und die Zukunft der DDR' auszutauschen. Kurz bevor sich die Gemeindepfarrerin Margarete Fritz auf den Weg machte, um die Kirche aufzuschließen, hatte sie gerade noch Schabowskis Auftritt live im Fernsehen erleben können. Aber schon das Wort 'beantragen' in Zusammenhang mit der neuen Reiseregulung ließ in ihr den Verdacht keimen, daß sich wieder nichts verändern würde. So schaltete sie den Fernseher ab: „Ich habe das einfach nicht geglaubt.“<sup>211</sup> Da die Diskussion bereits um 19.30 Uhr beginnen sollte, waren die Teilnehmer, zu denen unter anderem Manfred Stolpe, Rainer Eppelmann, Konrad Weiß und Lothar de Maizière gehörten, schon vor den Nachrichtensendungen von zu Hause aufgebrochen. Als sie die Kirche nach 22.00 Uhr verließen, wurden sie von den Ereignissen überrascht.

Wer es dagegen an diesem feuchtkalten, diesigen Novemberabend, an dem die Temperaturen in Berlin fast auf die Frostgrenze absanken, vorgezogen hatte, zu Hause zu bleiben, konnte ein ungewöhnliches Fernsehprogramm erleben. Den Kampf um höchste Einschaltquoten hatten in jener Zeit längst die Nachrichtensendungen für sich entschieden. Nach dem Ende der Live-Übertragung der Pressekonferenz eröffnete das ZDF den Reigen. In den „heute“-Nachrichten flimmerte der Schabowski-Auftritt um 19.17 Uhr als sechste Meldung über den Bildschirm. Noch begnügten sich die Redakteure damit, allein die Möglichkeit der Ausreise hervorzuheben.

Bereits zu dieser Zeit wurden die Schalterbeamten der Deutschen Reichsbahn im Leipziger und Altenburger Bahnhof unruhig, denn kurz nach neunzehn Uhr stand vor den fassungslosen Reichsbahnern in den Fahrkartenschaltern eine rasch anwachsende Zahl von Kunden, die ohne Nachweis des erforderlichen

211 Mitteilung an den Vf.

Sichtvermerks in ihrem Reisepaß, mithin unberechtigt, Fahrkarten in die Bundesrepublik verlangten, unter DDR-Verhältnissen ein zutiefst verdächtiger, weil staatsfeindlicher Wunsch, für dessen Bearbeitung nicht die Reichsbahn, sondern Volkspolizei und Staatssicherheitsdienst zuständig waren. Folgerichtig erstattete die Transportpolizei, die die Bahnhöfe kontrollierte, unverzüglich Meldung an die vorgesetzte Bezirksdirektion der Deutschen Volkspolizei (BDVP) in Leipzig, die ihrerseits den unerhörten Vorgang sogleich dem Ministerium des Innern anzeigte. Wären die Reichsbahnkunden noch vor wenigen Tagen für die Äußerung ihres republikfluchtverdächtigen Ansinnens umgehend und dauerhaft polizeilich bearbeitet worden, erteilte das Ministerium an diesem Abend seiner Leipziger Bezirksbehörde nur den Befehl, nicht einzugreifen und ein klärendes Fernschreiben des MdI abzuwarten.<sup>212</sup> Das war um 19.20 Uhr. Um 20.00 Uhr trug der Operativ-Diensthabende der BDVP Leipzig eine Meldung seines Stabschefs in den Lagebericht ein, derzufolge die Führungsgruppe des MdI abermals mitgeteilt hatte, daß noch in der Nacht ein Fernschreiben des Minister-Stellvertreters Generaloberst Wagner über „Ausreisen gemäß Ausführungen von Gen. Schabowski“ zu erwarten sei.<sup>213</sup> Bis zu dessen Eingang um 21.19 Uhr – fast zweieinhalb Stunden nach dem Ende der Pressekonferenz – wurden die Fernsehzuschauer in beiden deutschen Teilstaaten besser unterrichtet als die für Reisen verantwortlichen Stellen der vierzehn Bezirksbehörden und des Ost-Berliner Präsidiums der Volkspolizei sowie der Räte der Bezirke und Kreise von ihrem Ministerium.<sup>214</sup>

Wer in der Zwischenzeit sein Fernsehgerät auf DDR I umgeschaltet hatte, wurde um 19.30 Uhr in der „Aktuellen Kamera“ im Anschluß an die Spitzenmeldung über die Einberufung einer Parteikonferenz der SED an zweiter Stelle über die Reiseregulierung informiert. „Privatreisen nach dem Ausland“, verknüpfte die Nachrichtensprecherin schöpferisch die Äußerungen Schabowskis mit der ADN-Meldung, könnten „ab sofort ohne besondere Anlässe beantragt werden.“<sup>215</sup>

Auch in das Ost-Berliner Präsidium der Deutschen Volkspolizei (PdVP) in der Keibelstraße kam kurz danach Bewegung. Um 19.40 Uhr läutete dort das Telefon. Ein Bürger beschwerte sich, weil ihm ein sofortiges Visum von einer Polizeidienststelle verweigert worden war, was – seiner

212 Vgl. BDVP Leipzig, Lagefilm der Führungsgruppe vom 9.11.-10.11.1989, Bl. 105 (ARCHIV LAPOLDIR LPZ 11449).

213 BDVP Leipzig, Lagefilm des ODH vom 9.11.-10.11.1989 (1fd. Nr. 61/11)(ARCHIV LAPOLDIR LPZ 11449).

214 Vgl. Fernschreiben des MdI an die BDVP 1 bis 15, Chef, alle VPKÄ, Ltr., RdB 1 bis 15, Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres der RdB und RdK/Stadtbezirke, Betr.: Privatreisen und ständige Ausreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland, 9.11.1989, Eingang: 21.19 Uhr (erstmalig gefunden in: ARCHIV REGPRÄS. HLE; auch vorhanden in: ARCHIV POLPRÄS. PDM, Ordner FS MdI-Chef-Nachgeordnete, September 1989 bis Dezember 1990).

215 Aktuelle Kamera, 9.11.1989, 19.30–20.00 Uhr (Deutsches Rundfunkarchiv/Standort Berlin, Fernseharchiv).

Meinung nach – in krassem Gegensatz zu den Ausführungen Schabowskis stünde, denen zufolge die neuen Reiseregulungen sofort in Kraft träten. Der Anrufer bestand auf unverzüglicher Erteilung der Reiseerlaubnis und zeigte sich dem Vorschlag des Volkspolizisten, die Angelegenheit am nächsten Tag zu erledigen, unzugänglich. Ein Rückruf des diensthabenden Offiziers des Ost-Berliner Polizeipräsidiums im MdI führte fünf Minuten später zur Klärung: Über das Visum, so das Ministerium kurz und bündig, werde erst am 10. November entschieden.<sup>216</sup> In einem Rundspruch an alle elf Berliner Volkspolizei-Inspektionen<sup>217</sup> machte das PdVP anschließend – es war 19.50 Uhr –, ohne daß ihm die Reiseregulung vorlag, folgende Befehlslage für Berlin verbindlich:

- „1. Bei Nachfragen von Bürgern zur Umsetzung der Veröffentlichung über die Reiseregulungen ist den Bürgern mitzuteilen, daß ihre Anträge zu den Öffnungszeiten des Paß- und Meldewesens ab 10.11. entgegengenommen werden.
2. Entsprechend der Entwicklung der Lage ist zur Erhöhung der Sicherheit in der Tiefe der GÜST (Grenzübergangsstellen, d.Vf.) der Einsatz der Schutzpolizei durch Verstärkung des Streifeneinzeldienstes bzw. FStW (Funkstreifenwagen, d.Vf.) zu erhöhen. Die Genossen haben höflich und zuvorkommend auf die Bürger Einfluß zu nehmen und sie an die Öffnungszeiten des Paß- und Meldewesens zu verweisen.“<sup>218</sup>

Während die Volkspolizei in Ost-Berlin völlig ahnungslos und unvorbereitet in den Abend stolperte und noch der Ansicht war, die Lage mit einer Verstärkung des Streifeneinzeldienstes beherrschen zu können<sup>219</sup>, steuerte die Verbreitung der Nachricht über das Fernsehen auf einen ersten Höhepunkt zu: Die „Tagesschau“ der ARD plazierte die Reiseregulung um 20.00 Uhr als Top-Meldung an erster Stelle und blendete dazu als Schlagzeile „DDR öffnet Grenze“ ein.<sup>220</sup> Die Hamburger Redaktion stützte sich dabei auf Meldungen der Deutschen Presseagentur, die um 19.41 Uhr die Schlagzeile verbreitet hatte: „Die sensationelle Mitteilung: Die DDR-Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin ist offen!“<sup>221</sup> Vier Minuten vor Beginn der Tagesschau

216 Präsidium der Volkspolizei Berlin, Rapport Nr. 230 für die Zeit vom 9.11.1989, 4.00 Uhr, bis 10.11.1989, 4.00 Uhr (im folgenden zitiert als PdVP-Rapport Nr. 230), lfd. Nr. 11 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

217 Es handelt sich um die Volkspolizei-Inspektionen in den Stadtbezirken Friedrichshain, Köpenick, Lichtenberg, Marzahn, Mitte, Pankow, Prenzlauer Berg, Treptow, Weißensee, Hohenschönhausen und Hellersdorf.

218 PdVP-Rapport Nr. 230, lfd. Nr. 12 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

219 Die Reiseregulungen „für den Reiseverkehr kamen für die Genossen völlig überraschend. Mit einer Großzügigkeit solchen Ausmaßes hatte keiner gerechnet“, hieß es in dem „Bericht über das Parteileben in der Parteiorganisation der SED des PdVP Berlin im Monat November 1989“, der von der Zentralen Parteileitung des PdVP am 30. November 1989 verfaßt wurde. (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132, ZZ 206).

220 Tagesschau, 9.11.1989, 20.00–20.16 Uhr.

221 DPA, 9.11.1989, 19.41 Uhr.

titelte DPA noch kürzer: „Sensation: DDR öffnet Grenzen zur Bundesrepublik und West-Berlin.“<sup>222</sup> Den anschließenden Filmbericht der Tagesschau über die Pressekonferenz krönte der Reporter mit dem Kommentar: „Also auch die Mauer soll über Nacht durchlässig werden.“<sup>223</sup> Im Bezirk Potsdam standen danach die Telefone der Bezirksbehörde der Volkspolizei und der Volkspolizeikreisämter nicht mehr still: Zwischen 20.00 und 1.00 Uhr wurden 1.100 Anrufer gezählt, die Auskunft verlangten, wie die neuen Reiseregulungen zu verstehen waren.<sup>224</sup> Genau diese Frage aber stellten sich die Volkspolizisten selbst auch.

Lediglich achtzig Ost-Berliner hatten sich dem Lagebericht der Volkspolizei zufolge bis 20.15 Uhr an den Grenzübergängen Sonnenallee (acht bis zehn), Invalidenstraße (zwanzig) und Bornholmer Straße (fünzig) zur Ausreise eingefunden<sup>225</sup>, aber nach der Tagesschau wurden es ständig mehr. Die neue Höflichkeit und Zuvorkommenheit der Volkspolizisten wußten die Reiselustigen sicher zu schätzen, zu überzeugen, zu Hause auf den nächsten Tag zu warten, waren sie offenbar nicht. Sie blieben an der Grenze, und von Minute zu Minute schwoll der Strom derjenigen an, die sich von zu Hause oder aus der Kneipe, zu Fuß oder per Auto, zum nächstgelegenen Grenzübergang bewegten, um die neue Reiseregulung spontan zu testen, zumindest aber sich von ihrer Handhabung unmittelbar vor Ort ein eigenes Bild zu verschaffen. Die meisten Menschen zog es zum eher peripher zur City gelegenen Grenzkontrollpunkt Bornholmer Straße. Das war kein Zufall, denn er lag direkt am dichtbesiedelten Wohnbezirk Prenzlauer Berg. Während sich im Umkreis der Übergänge in Stadtmitte eher die Ministerien, Büros und Wohnungen der Staatsfunktionäre und Diplomaten befanden, residierte hier in den Altbauwohnungen am Prenzl-Berg zusammen mit der Literaten- und Künstlerszene die Masse der Arbeiterklasse, die in der DDR angeblich herrschte und in deren Namen die SED ihre Macht auszuüben vorgab. Gegen 21.00 Uhr appellierte die Volkspolizei in der Bornholmer Straße über Lautsprecherwagen an die Menschen, „im Interesse von Ordnung und Sicherheit“ den Vorraum des Grenzübergangs zu verlassen und sich am nächsten Morgen an die Meldestellen zu wenden: „Es ist nicht möglich, Ihnen hier und heute die Ausreise zu gewähren.“<sup>226</sup> Doch aus der Menge wurde mit der ADN-Meldung geantwortet, die ein junger Mann aus der Tasche zog und laut verlas. Und hatte nicht ein Mitglied des Politbüros „ab sofort“ gesagt? Das Ansehen der Volkspolizei war nicht so bedeutend, daß ihre Anweisung gegen den Beschluß der Regierung und die Worte des Politbüros eine ernste

222 DPA, 9.11.1989, 19.56 Uhr.

223 Tagesschau, 9.11.1989, 20.00–20.16 Uhr.

224 Vgl. (MfS-)Bezirksverwaltung Potsdam, Rapport Nr. 313/89, Zeitraum vom 9.11.1989, 6.00 Uhr, bis 10.11.1989, 6.00 Uhr, Information Nr. 2132 (BStU, ASt. Potsdam, AKG 1750, Bl. 43).

225 PdVP-Rapport Nr. 230, lfd. Nr. 13 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

226 Vgl. dazu auch Dümde 1990b, S. 9.

Chance gehabt hätte.<sup>227</sup> „Sofort“ hieß für die Bewohner des Prenzlauer Bergs nun einmal sofort, also umgehend und auf der Stelle. Zwischen sofort und morgen lagen die Unwägbarkeiten einer ganzen Nacht.

Als um 21.20 Uhr zwischen fünfhundert und eintausend Menschen unmittelbar am Grenzübergang Bornholmer Straße lautstark die Öffnung des Schlagbaumes forderten, der Rückstau der Autos über einen Kilometer bis zur Schönhauser Allee reichte und die Seitenstraßen verstopfte, ließ der Kommandant den Fußgänger-Durchgang öffnen; einzelne Personen wurden in den Kontrollbereich vorgelassen. Das Grenzkommando Mitte der Grenztruppen der DDR, dem diese Maßnahme zur Prüfung vorgelegt wurde, erteilte den Paßkontrollenheiten nur sechs Minuten später, um 21.26 Uhr, die Weisung: „Wer an GÜST auf Ausreise besteht, dem ist sie mit PA (Personalausweis, d.Vf.) zu gestatten.“<sup>228</sup> Mit einem Massenansturm wurde bei dieser Entscheidung immer noch nicht gerechnet, denn außer an der Bornholmer Straße und am Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße, an dem sich laut Volkspolizei-Bericht 120 Personen aufhielten, waren um 21.30 Uhr „an den übrigen GÜST nur vereinzelt Personen festzustellen.“<sup>229</sup>

In der Bornholmer Straße war die Öffnung der Grenze für Ausreisen mit dem MfS abgestimmt. Major Manfred Sens, der Kommandant der Grenzübergangsstelle, hatte als Offizier der Grenztruppen nur formal den Oberbefehl über die vierzehnköpfige Kontrolleinheit, die zur Hauptabteilung VI des MfS gehörte.<sup>230</sup> Die Entscheidungen am Übergang trafen die ranghöchsten Offiziere des MfS, an diesem Abend Oberstleutnant Harald Jäger und Oberstleutnant Edwin Görlitz.<sup>231</sup> Jäger hatte laufend Meldung an Oberst Ziegenhorn im Leitzentrum der Hauptabteilung VI des MfS erstattet, der wiederum Verbindung zu Mielke-Stellvertreter Neiber hielt. Dessen Anweisung, die Ausreise zu gestatten, verfolgte das Ziel, den stärksten Druck vom Grenzübergang wegzunehmen und auf diese Weise zu versuchen, die Lage zu beruhigen.<sup>232</sup>

227 Über das gestörte Verhältnis zwischen Bevölkerung und Volkspolizei einschließlich deren Angehörigen hatte gerade am Vormittag des 9. November Innenminister Dickel im Zentralkomitee lamentiert: „Vieles, was in der letzten Zeit an Haß gegen die Volkspolizei zum Ausdruck kam, an Beleidigungen und Bedrohungen gegen Leben und Gesundheit, richtet sich jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, schon gegen die Familienangehörigen unserer Volkspolizisten. Schon in der Schule, und wenn man tankt, zeigt man uns den Vogel: Du kriegst kein Benzin! In den Kaufhallen werden die Frauen unserer Genossen schon diskreditiert, verleumdet und beleidigt.“ (SAPMO/ZPA-SED IV/2/1/710)

228 PdVP-Rapport Nr. 230, lfd. Nr. 14 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

229 PdVP Berlin, Fernschreiben vom 10.11.1989, 6.25 Uhr, Anlage zu: PdVP-Rapport Nr. 231 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

230 Einige Aspekte zur Rolle und zur Aufgabenverteilung an den GÜST beleuchten Behrendt u. a. 1994b.

231 Vgl. zum folgenden die Berichte von Jäger und Görlitz, in: Spiegel-TV vom 4.11.1990, Thema: Der 9. November 1989 (Autor: Georg Mascolo).

232 Vgl. die Aussage von Jäger, in: Ebd. Auf dessen Darstellung stützen sich auch Süß 1990, S. 9, und Dümde 1990 a und 1990b. Zur Aussage Jägers paßt, daß das PdVP Berlin um 21.40 Uhr anwies, die Ausländermeldestelle im Haus des Reisens mit der alleinigen Absicht zu öffnen, „Ersuchen nach sofortiger ständiger Ausreise bearbeiten zu können.“ Von Visa für Privatreisen war zunächst keine Rede. Siehe: Fernschreiben des PdVP Berlin an MdI, 10.11.1989, 0.30 Uhr, Anlage zu:

Der Haken dabei war, daß den Ausreisenden die Rückkehr nicht gestattet werden sollte. Jubelnd liefen die ersten über die Bornholmer Brücke nach West-Berlin – und ahnten nicht, daß ihre Personalausweise mit einem Visum, das das Lichtbild halb bedeckte, ungültig gestempelt worden waren.

Die Absicht, die Ausreisenden heimlich auszubürgern, ging jedoch nicht auf. Während die ersten Rückkehrer auf der Westseite des Kontrollübergangs auf ihre Wiedereinreise drängten und sich nicht einfach nach West-Berlin zurückverweisen ließen – manche Ehepaare wollten zu ihren schlafenden Kindern zurück –, wurde die Menschenmenge auf der Ostseite immer größer. Die Lage wurde allmählich für die Kontrolleure bedrohlich. Lautstark forderte die Menge im Chor: „Tor auf! Tor auf!“, und kurze Zeit später erschallten die Rufe: „Wir kommen wieder, wir kommen wieder!“ Als schließlich der Drahtgitterzaun im Vorraum des Grenzübergangs beiseite gedrückt wurde, bangte Jäger um das Leben seiner Mitarbeiter: Vierzehn Kontrolleure und ein Kommandant standen einer unüberschaubar großen Menge gegenüber, die Jäger im Nachhinein auf 20.000 Menschen schätzte. Telefonisch verlangte er von Ziegenhorn, die Kontrollen einstellen zu dürfen. Ziegenhorn lehnte ab und wies an, die Grenze zu halten. In dieser Situation – es war etwa 23.30 Uhr – entschieden Jäger und Görlitz nach ihrer Darstellung eigenmächtig gegen den ausdrücklichen Befehl von oben. Sie gaben dem Druck der Massen nach und lösten die Sicherung des Schlagbaumes.<sup>233</sup> Tausende von Menschen strömten unkontrolliert in die Grenzanlage, überrannten die Kontrolleinrichtungen und wurden auf der West-Berliner Seite begeistert begrüßt; ob mit oder ohne Personalausweis, spielte beim Grenzübertritt an der Bornholmer Straße ab diesem Zeitpunkt schon keine Rolle mehr. Am nächsten Tag gab der diensthabende Leiter an, daß zwischen 23.30 Uhr und 0.15 Uhr etwa 20.000 Menschen den Übergang passiert hatten: „Wir wurden davon völlig überrollt.“<sup>234</sup>

Im Laufe des Abends hatten auch die „Weiterleiter“ des DDR-Fernsehens in Adlershof gespürt, daß Unerwartetes und Ungeplantes auf den Straßen Berlins vor sich ging. Doch lagen in Adlershof weder Erklärungen noch Anweisungen vor. Um 21.53 Uhr wurde kurzerhand ein Spielfilm unterbrochen, um den Beschluß des Ministerrates noch einmal vollständig, wenn auch immer noch ohne erläuternden Kommentar, zu verlesen; und um 21.57 Uhr und in der Nachrichtensendung „AK ZWO“ um 22.28 Uhr schienen die Sprecher schon über sich hinauszuwachsen, als sie bedeutungsschwer mit „Also“ ansetzten

PdVP-Rapport Nr. 230. Vgl. auch VPI Berlin-Friedrichshain, Rapport 268/89 für den 9.11.1989, 4.00 Uhr, – 10.11.1989, 4.00 Uhr, Lagefilm, in dem um 21.45 Uhr unter der lfd. Nr. 29 entsprechend festgehalten wurde: „Alle Bürger, die sofort ausreisen wollen, sind an die Ausländermeldestelle zu verweisen.“ (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

233 Jäger und Görlitz, in: Spiegel-TV vom 4.11.1990, Thema: Der 9. November 1989 (Autor: Georg Mascolo).

234 Vgl. BZ am Abend, 10.11.1989.

und mit beschwörender Stimme intonierten: „Also: Die Reisen müssen *beantragt* werden.“<sup>235</sup> Wie ein direktes Dementi dieser mahnenden Belehrung mußten demgegenüber die „Tagesthemen“ wirken, die an jenem Abend wegen einer Fußballübertragung leicht verspätet auf Sendung gingen. Die DDR habe mitgeteilt, verkündete Moderator Hanns-Joachim Friedrichs um 22.42 Uhr locker als erste Nachricht, „daß ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind. Die Tore in der Mauer stehen weit offen.“<sup>236</sup> West-Berliner Augenzeugen schilderten dem „Tagesthemen“-Reporter Robin Lautenbach vor einem Millionenpublikum, daß in der Bornholmer Straße seit 21.30 Uhr die Grenze von DDR-Bürgern ohne Komplikationen, nur gegen Vorlage des Personalausweises, passiert werden könne – in Unkenntnis des klammheimlichen Ausbürgerungsvollzugs. Auch am Grenzübergang zwischen Treptow und Neukölln in der Sonnenallee<sup>237</sup> und selbst am bis dahin Ausländern vorbehaltenen Übergang Checkpoint Charlie in der Friedrich-/Zimmerstraße sei dies bereits Praxis, teilte Lautenbach, der für den Sender Freies Berlin live vom noch geschlossenen Übergang Invalidenstraße berichtete, mit – und erklärte die Mauer kurzerhand zum Baudenkmal. Für die bis dahin noch Rätselnden, Zweifelnden und Zögernden gab es spätestens nach diesen Informationen kein Halten mehr; die neue Reiseregelung wurde einfach einseitig praktiziert. Zwischen halb zwölf und zwölf Uhr marschierten die Ost-Berliner durch die Grenzkontrollpunkte; um 23.30 Uhr standen die Schlagbäume in der Bornholmer Straße, um 23.35 Uhr in der Heinrich-Heine-Straße<sup>238</sup>, um 23.40 Uhr an der Oberbaumbrücke<sup>239</sup> und in der Chausseestraße<sup>240</sup> sowie gegen 24.00 Uhr in der Friedrich-/Zimmerstraße („Checkpoint Charlie“)<sup>241</sup> und in der Invalidenstraße<sup>242</sup> oben. Zwei Minuten nach Mitternacht, verzeichnet

235 AK ZWO, 9.11.1989, 22.28 Uhr.

236 Tagesthemen, 9.11.1989, 22.42–23.22 Uhr.

237 Der ODH-Film der Stasi-Kreisdienststelle Treptow hält fest, daß die Paßkontrolleinheiten des MfS ausreisewillige Ost-Berliner ab 21.40 Uhr frei passieren ließen. Vgl. (MfS-)Kreisdienststelle Treptow, ODH-Film vom 9.11.1989/7.00 Uhr bis 10.11.1989/7.00 Uhr, Nr. 11, in: BStU, ASt. Berlin, A 204, Bl. 16.

238 (MfS-)Information über die Entwicklung der Lage an den Grenzübergangsstellen der Hauptstadt zu Westberlin sowie an den Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD, Berlin, 10. November 1989. Vgl. BStU, ZA, MfS Neiber 553, Bl. 37.

239 Der Lagefilm der VPI Berlin-Friedrichshain meldete um 23.20 vor der GÜST Oberbaumbrücke ca. 60 Personen. Um 23.40 Uhr wurde festgehalten: „Ca. 150 Personen in Richtung West GÜST Oberbaum passiert.“ Vgl. VPI Berlin-Friedrichshain, Rapport 268/89 für den 9.11.1989, 4.00 Uhr, – 10.11.1989, 4.00 Uhr, Lagefilm, lfd. Nrn. 31 und 32 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

240 (MfS-)Information über die Entwicklung der Lage an den Grenzübergangsstellen der Hauptstadt zu Westberlin sowie an den Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD, Berlin, 10. November 1989. Vgl. BStU, ZA, MfS Neiber 553, Bl. 34.

241 Die zentrale Information des MfS datiert die Öffnung auf 0.05 Uhr (vgl. BStU, ZA, MfS Neiber 553, Bl. 36), ein Augenzeugenbericht dagegen bereits auf 23.14 Uhr (vgl. Berliner Morgenpost, 11.11.1989).

242 In der Invalidenstraße wurde der erste Trabbi-Fahrer in der SFB-Sondersendung „DDR öffnet Grenzen“ gegen 24.00 Uhr live von Robin Lautenbach auf West-Berliner Seite begrüßt.

der Lagebericht der Ost-Berliner Volkspolizei, waren alle Grenzübergänge zwischen den beiden Stadthälften geöffnet.<sup>243</sup>

Achtundzwanzig Jahre hatten die Berliner auf diesen Moment gewartet, versicherte manch ein Politiker in dieser Nacht. Doch so überschwänglich die frischgewonnene Freiheit auf den Straßen gefeiert wurde, so verzagt und verunsichert reagierte der SPD-geführte West-Berliner Senat. Die Mauer war kaum gefallen, als der Regierende Bürgermeister Walter Momper um Mitternacht in einer Live-Sendung des Dritten Fernsehprogramms die Ost-Berliner und alle DDR-Bürger anflehte, erst einmal zu Hause zu bleiben: „Nun habe ich eine Bitte an alle, die uns jetzt in der DDR sehen. Bitte: Was heute möglich ist, muß auch und wird auch morgen möglich sein. Bitte, bei aller verständlichen Freude, nun in den Westen zu kommen: Bitte machen Sie’s morgen, machen Sie’s übermorgen. Wir haben im Moment Schwierigkeiten, das dann verkräften zu können.“<sup>244</sup> Doch die Berliner machten „es“ sofort: Der Wunsch Mompers, der West-Berliner Verwaltung zwei Tage Vorlauf einzuräumen, um mehr Grenzübergänge einrichten und die Verkehrsprobleme regeln zu können, fand kein Gehör, und seine verständliche Sorge, wie die Grenztruppen der DDR auf den Massenansturm reagieren würden, wurde durch den friedlichen Ablauf zerstreut.<sup>245</sup>

Auch die Grenzkontrollpunkte in das Berliner Umland und zwischen der DDR und der Bundesrepublik waren noch in der Nacht passierbar. Über Dreilinden (Drewitz) kamen die ersten DDR-Bürger um 0.35 Uhr, über die Heerstraße (Staaken) um 0.41 Uhr und über Heiligensee (Stolpe) um 0.44 Uhr nach West-Berlin.<sup>246</sup> Bereits um 19.50 Uhr war ein Ehepaar an der Glienicker Brücke erschienen und hatte sich nach der Möglichkeit des Passierens erkundigt.<sup>247</sup> Weil der Stellvertreter des Chefs im Grenzkommando MITTE den Diensthabenden der Grenzregimenter die Fernseh-Erklärung Schabowskis durchgegeben und zugleich befohlen hatte, „Maßnahmen zur Sicherung der Flanken an den Grenzübergangsstellen durchzusetzen“, war auch das für Potsdam zuständige Grenzregiment-44 zumindest vorgewarnt. Doch der Mitteleinsatz blieb äußerst bescheiden: Zur Durchsetzung dieses Befehls wurden lediglich zwei Offiziere „zbV“ (zur besonderen Verwendung) eingesetzt. Zudem ließ die Potsdamer Volkspolizei das Grenzregiment im Stich: „ohne Begründung“ lehnte sie dessen „Bitten um Unterstützung zur Zurückweisung

243 PdVP-Rapport Nr. 230, lfd. Nr. 19 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

244 Walter Momper, in: SFB-Sondersendung „DDR öffnet Grenzen“ (Nordkette), 9.11.1989, Beginn: 23.20 Uhr.

245 Vgl. Momper 1991, S. 142 ff.

246 Quelle für diese Angaben sind die Lagemeldungen der West-Berliner Polizei, dok. in: Berliner Zeitung, 9./10.11.1991. Zur Öffnung des Grenzübergangs Staaken vgl. den Abschnitt „Ein Diensthabender Offizier erinnert sich“, in: Behrendt u. a. 1994a, S. 22–24.

247 Vgl. hierzu und zum folgenden: Chronik des Grenzregiments-44 „Walter Junker“, 31.10.1989 bis 31.08.1990, S. 7 (BA/P, MZA, GTÜ 1991, AZN 6897).

von Bürgern der DDR an der Glienicker Brücke und an der Autobahnauffahrt Babelsberg“ ab.<sup>248</sup> Nachdem die Volkspolizei, die dem ständig wachsenden Druck nicht gewachsen war, insbesondere ihre gesamten Kontrollen im Vorfeld der Autobahn-Grenzübergangsstelle Drewitz eingestellt hatte, spitzte sich die Lage dort zu.<sup>249</sup> Seit etwa 21.00 Uhr konnten reisewillige DDR-Bürger mit ihren Kraftfahrzeugen ungehindert den Grenzübergang ansteuern. Wie in der Bornholmer Straße hatten die Paßkontrollen des MfS auch hier zunächst die Absicht, Ausreisewilligen einen Paßkontrollstempel auf das Lichtbild ihres Personalausweises zu verpassen und sie auf diese Weise auszubürgern.<sup>250</sup> Gegen 23.30 Uhr jedoch war der Grenzübergang völlig verstopft, und der Transitverkehr kam zum Erliegen.<sup>251</sup> Innerhalb kurzer Zeit bildete sich auf der Autobahn zwischen der Grenzübergangsstelle Drewitz und Babelsberg ein mehrere Kilometer langer Rückstau. „Über diesen zunehmenden Druck“, heißt es in einer Chronik des zuständigen Grenzregimentes-44, „erfolgte laufend Meldung an das Grenzkommando MITTE.“<sup>252</sup> Auch das operative Leitzentrum des MfS wurde offensichtlich von seinen Paßkontrollen vor Ort über die zunehmend explosiver werdende Lage unterrichtet. Um 0.30 Uhr trafen MfS-Oberst Ziegenhorn<sup>253</sup> und der Arbeitsbereich Paßkontrolle Potsdam des MfS<sup>254</sup> die Festlegung, mit der Abfertigung der DDR-Bürger in Drewitz, aber auch an den Übergängen in Staaken und Stolpe zu beginnen.<sup>255</sup>

In Zarentin war die Grenze für Ausreisende ebenso wie in Marienborn bereits um halb zehn durchlässig geworden; in Herleshausen traf der erste Besucher aus der DDR ohne Visum kurz nach ein Uhr ein. Die Öffnung aller innerstädtischen Übergänge binnen einer halben Stunde sowie der Kontrollpunkte zwischen West-Berlin und Potsdam in der darauffolgenden Stunde läßt es als wenig plausibel erscheinen, dies als eine zufällige Kette spontaner, selbständiger Entscheidungen der verantwortlichen Offiziere der Grenztruppen sowie

248 Ebd., S. 8

249 Vgl. Behrendt u. a. 1994a, S. 17.

250 Ebd., S. 18.

251 Ebd., S. 18.

252 Chronik des Grenzregimentes-44 „Walter Junker“, 31.10.1989 bis 31.08.1990, S. 8 (BA/P, MZA, GTÜ 1991, AZN 6897).

253 Die Anweisung Ziegenhorns ist dokumentiert in: (MfS-)Bezirksverwaltung Potsdam, Rapport Nr. 313/89, Zeitraum vom 9.11.1989, 6.00 Uhr, bis 10.11.1989, 6.00 Uhr, Information Nr. 2132 (BStU, ASt. Potsdam, AKG 1750, Bl. 43).

254 Vgl. Behrendt u. a. 1994a, S. 18. An dieser Publikation hat der ehemalige Leiter des Arbeitsbereiches Paßkontrolle Potsdam mitgewirkt. Die Weisung wird hier allein dem Arbeitsbereich Paßkontrolle Potsdam zugeschrieben; „telefonische Konsultationen mit Berlin“ seien „ergebnislos“ geblieben.

255 In der Chronik des Grenzregimentes-44 heißt es dazu: „Um 0.30 Uhr meldete der Diensthabende Offizier der Grenzübergangsstelle Drewitz (Autobahn), Oberstleutnant Schrewe, an den Diensthabenden Stellvertreter des Grenzregimentes, daß, auf der Grundlage eines an den Zugführer der Paß- und Kontrolleinheit (des MfS, d.Vf.), Major Meike, telefonisch von dessen Vorgesetzten übermittelten Befehls, die Grenzübergangsstelle für die Passage von Bürgern der DDR nach Berlin (West) freigegeben wurde.“ Vgl. Chronik des Grenzregimentes-44 „Walter Junker“, 31.10.1989 bis 31.08.1990, S. 8/9 (BA/P, MZA, GTÜ 1991, AZN 6897).

des MfS an den Übergängen zu verstehen.<sup>256</sup> Wahrscheinlicher ist, daß es tatsächlich, aber vermutlich erst nach dem Durchbruch in der Bornholmer Straße, zentrale Weisungen gab, die Menschen dort, wo der Druck auf die Grenzübergänge zu stark wurde, nicht zurückzudrängen, sondern passieren zu lassen, wie es eine Lageinformation des MfS vom 10. November 1989 festhält. Darin heißt es: „Als aufgrund der unübersehbaren Menschenmengen vor einigen Grenzübergangsstellen und nach dem Eindringen zahlreicher Personen in die Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße abzusehen war, daß die Situation nicht länger zu beherrschen sein werde, wurde etwa gegen 23.30 Uhr auf zentrale Weisung mit der Abfertigung der Personen zur Grenzpassage nach Westberlin begonnen.“<sup>257</sup> Mit großem zeitlichem Abstand hat Krenz die Erteilung einer sinngemäßen Weisung an Stasi-Minister Mielke, der sie wiederum an seinen für die Grenze zuständigen Stellvertreter Neiber weitergeleitet haben müßte, für sich reklamiert.<sup>258</sup> Weil Krenz als Zeitpunkt dieser Weisung die unglaublich klingende Uhrzeit von 21.00 Uhr angab und sich in der akuten Situation am 10. November 1989 vor dem Zentralkomitee nicht zu dieser Tat bekannte, sondern den friedlichen Ablauf der Nacht allein dem „besonnenen Verhalten unserer Grenzsoldaten, unserer Genossen vom MdI, vom MfS“<sup>259</sup> zuschrieb, wurde sein spätes Bekenntnis überwiegend mit Skepsis aufgenommen.<sup>260</sup> Die Frage, wer letztendlich in der Spitze die Entscheidung traf, *alle* Grenzübergänge zu öffnen, ist somit nicht eindeutig zu beantworten. Neben Krenz nahmen dies bisher gleichermaßen der stellvertretende Chef der Grenztruppen, Teichmann, und Mielke-Stellvertreter Neiber für sich in Anspruch.<sup>261</sup> Keine Frage jedoch ist, daß zumindest in dieser Nacht in der SED-Führung der Wille, keine Gewalt anzuwenden, vorherrschte und von allen bewaffneten Organen diszipliniert befolgt wurde.

Früh am Morgen des 10. November wagten sich auch die West-Berliner unkontrolliert in den anderen Teil der Stadt. Ohnmächtig mußte die Volkspolizei

256 Diese Ansicht vertreten Leonhardt/Schunke 1994, S. 49. Generalleutnant a.D. Karl Leonhardt, geboren 1931, war 1989 Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen und Chef Ausbildung.

257 (MfS-)Information über die Entwicklung der Lage an den Grenzübergangsstellen der Hauptstadt zu Westberlin sowie an den Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD, Berlin, 10. November 1989. Vgl. BStU, ZA, MfS Neiber 553, Bl. 30.

258 Vgl. Krenz 1990, S. 183. Krenz schreibt dort: „Gegen 21 Uhr rief Staatssicherheitsminister Erich Mielke an. Er fand für das, was zu berichten war, einen erstaunlich ruhigen Ton. Es würden sich größere Autoschlangen und Menschengruppen an den Berliner Grenzübergängen ansammeln. (...) Ich besprach mit Erich Mielke, daß die Schlagbäume geöffnet werden sollten (...)“ – Der von Krenz angegebene Zeitpunkt für diese Absprache ist mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Im Gespräch mit dem Verfasser zeigte sich Krenz bezüglich der Uhrzeit unsicher und verlegte seine Entscheidung auf ein zweites Telefonat mit Mielke nach 22.00 Uhr (ein zweites Telefonat mit Mielke, allerdings ohne Angabe einer Uhrzeit, findet auch Erwähnung in: Krenz 1994, S. 80). Mehrere ZK-Mitglieder aus der Umgebung von Krenz bestätigten seine prinzipielle Haltung gegen ein gewaltsames Vorgehen in dieser Nacht.

259 Protokoll der 10. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 8.-10. November 1989, herausgegeben vom Büro des Politbüros, o.O., o.J., S. 121.

260 Vgl. etwa Dümde 1990a, S. 9.

261 Vgl. Böttcher 1990, S. 3.

mitansehen, wie um 1.06 Uhr einhundertfünfzig Menschen die Weidendammer Brücke in Berlin-Mitte blockierten und die Beseitigung der Mauer forderten: „Kräfte in Mitte reichen zur Beseitigung der Störung nicht aus“, hielt der Lagebericht lapidar fest.<sup>262</sup> Sie reichten auch vier Minuten später nicht aus, um dreihundert Personen zu stoppen, die sich Unter den Linden auf den symbolträchtigsten Abschnitt der Mauer zubewegten. Ungeachtet der gelegentlich eingesetzten Wasserwerfer standen bereits Hunderte von West-Berlinern auf der dreimeterfünfzig breiten Panzermauer am Brandenburger Tor, als es um 1.16 Uhr einigen hundert Menschen auf der östlichen Seite gelang, den Sperrzaun der Grenztruppen zu überwinden, ungehindert durch das Brandenburger Tor zu spazieren und per Rüberleiter über die Mauer in den Westteil der Stadt zu springen.<sup>263</sup> Auf der Mauerkrone vor dem Brandenburger Tor wurden Freudentänze aufgeführt, bevor es den zu spät alarmierten Formationen der Grenztruppen<sup>264</sup> und der Volkspolizei<sup>265</sup> gelang, den Pariser Platz wieder abzuriegeln.

Während die gesamte politische und militärische Führungsspitze der DDR in dieser Nacht öffentlich nicht in Erscheinung trat, erfuhr Radio DDR 1 auf Anfrage aus dem Innenministerium, daß die Grenzübergangsstellen nach West-Berlin und zur BRD „als Übergangsregelung“ bis zum Morgen des 10. November, acht Uhr, allein unter Vorlage des Personalausweises passiert werden könnten.<sup>266</sup> Ab 2.00 Uhr wurde diese Information in den Nachrichten gesendet. Krenz und Schabowski, Mielke, Keßler und Dickel hüllten sich in Schweigen. Vom Zentralkomitee der SED, der Führung seines Ministeriums und dem dort sonst allgegenwärtigen Ministerium für Staatssicherheit allein

262 PdVP-Rapport Nr. 230, lfd. Nr. 21 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

263 Der Lagebericht des PdVP hielt diese Situation folgendermaßen fest: „Gegen 1.20 Uhr überstiegen auf dem Territorium der DDR ca. 50–60 Personen die vorderen Sperrzäune am Pariser Platz und bewegten sich in Richtung Brandenburger Tor. Die Zahl der sich in diesem Bereich (Grenzgebiet) aufhaltenden Personen wuchs in der Folge auf rund 500 an. Kräfte der Grenztruppen der DDR und der Volkspolizei bildeten unmittelbar am Brandenburger Tor Sperrketten. Einigen Personen (ca. 10) gelang es, die Staatsgrenze zu übersteigen.“ Siehe: PdVP Berlin, Fernschreiben vom 10.11.1989, 6.25 Uhr, Anlage zu: PdVP-Rapport Nr. 231 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

264 Nach Auslösung der „erhöhten Gefechtsbereitschaft“ im Grenzkommando MITTE um 0.20 Uhr dauerte es insgesamt drei Stunden, bis alle in Marsch gesetzten Reservekräfte aus den in Oranienburg und Wilhelmshagen stationierten Grenzausbildungsregimentern 39 und 40 sowie der Offiziershochschule herangeführt waren. Um 3.20 Uhr waren schließlich 447 Grenzzoffiziere und -soldaten, unterstützt von einhundert Volkspolizisten, zusätzlich zu den rund einhundert regulären Kräften am Brandenburger Tor im Einsatz. Vgl. (MfS-)Hauptabteilung I/Grenzkommando Mitte/Abwehr, Vorkommnisse am 9./10. November 1989 im Grenzabschnitt Brandenburger Tor, Grenzregiment 36, Berlin, 10. November 1989, S. 2 (BStU, ZA, MfS Arbeitsbereich Neiber 553, Bl. 46).

265 Die Alarmierung der Schutzpolizei-Formationen aller Volkspolizei-Inspektionen erfolgte um 1.09 Uhr. Die Leiter der Volkspolizei-Inspektionen, deren Bezirke an West-Berlin grenzten, waren erst um 0.48 Uhr aufgefordert worden, sich auf ihre Dienststellen zu begeben und ihre Dienstzimmer zu besetzen. Siehe: PdVP-Rapport Nr. 230, lfd. Nr. 20 (ARCHIV POLPRÄS BLN/DEZ VB 132).

266 Vgl. Radio DDR 1, 10.11.1989, 2.00 Uhr, Nachrichten, sowie Radio DDR 1, 10.11.1989, 3.00 Uhr, Nachrichten, dok. in: Rias Monitor-Dienst, Donnerstag, 9. November 1989, S. 1 ff.

gelassen, war es der Leiter der Hauptabteilung Paß- und Meldewesen im MdI, Oberst Gerhard Lauter, der um vier Uhr im Rundfunk einräumte, daß die eingetretene Situation nicht den Festlegungen des Ministerrates entsprach. Er äußerte die Hoffnung, daß es in den Folgetagen, wenn Vertrauen in die Reiseregulation entstanden sei, zur Anwendung der festgelegten Ordnung des Ministerrates kommen werde.<sup>267</sup> Doch in Lauters Worten klang unüberhörbar Verunsicherung mit, denn die aktuelle Lage in der Stadt bot wenig Anlaß für diese Hoffnung.

Mit unbeschreiblicher Freude und Begeisterung feierten die Berliner den Fall der Mauer bis in die frühen Morgenstunden als Volksfest auf dem Kurfürstendamm. Dann brachen die Ost-Berliner auf und machten ihre Drohung: „Wir kommen wieder!“ wahr. Doch die DDR, in die sie zurückkehrten, war nicht mehr die, die sie wenige Stunden zuvor verlassen hatten. Die 28jährige Geiselnahme der DDR-Bevölkerung mit ihren willkürlichen Freilassungen und Freigangsregeln hatte ein unblutiges Ende genommen, die Fesseln waren gesprengt, die Einsperrung beendet. Der Selbstbefreiungsakt dieser Nacht, in der Zehntausende friedlich durch die zuvor mörderischen Sperranlagen spazierten und sich ihre Reisefreiheit mutig nahmen, war nicht mehr rückgängig zu machen. Mit der Überwindung des Bollwerks ihrer Unfreiheit hatten die Menschen zugleich die Angst vor dem Regime weiter verloren.

## 7. *Ausblick*

Auf der Tagesordnung der Weltpolitik war der Fall der Mauer in dieser Nacht nicht vorgesehen. Wie die SED-Führung, wurden die Regierungsapparate in Ost und West gleichermaßen vom Tempo der Ereignisse überrascht. Die in der Nähe des Brandenburger Tores und nur wenige Schritte voneinander entfernt liegenden Botschaften der USA und der Sowjetunion in Ost-Berlin verfolgten die Entwicklung im Fernsehen.<sup>268</sup> Das tat auch der Präsident der Vereinigten Staaten, der sich in seinem Büro – wie aufmerksame Journalisten registrierten – zur besseren Orientierung eine Deutschlandkarte bereitgelegt hatte. George Bush äußerte als erste Reaktion, er sei „hoherfreut“, wirkte aber dabei eher nachdenklich und verhalten.<sup>269</sup> Noch schien ihm der Ausgang des Ereignisses offen, und die Sorge über eine mögliche militärische Gegenaktion und deren Folgen für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen dämpfte vier Wochen vor seinem ersten Gipfeltreffen mit Gorbatschow vor Malta Bushs Begeisterung.<sup>270</sup>

267 Radio DDR 1, 4.00 Uhr, Frühprogramm, Gespräch mit Oberst Lauter, zit. nach: Rias Monitor-Dienst, Freitag – Sonntag, 10.-12.11.1989, S. 1–2.

268 Für die US-Botschaft siehe Greenwald 1993, S. 260; für die SU-Botschaft: Mitteilung an den Vf.

269 Vgl. „Deutschlandkarte auf Bushs Tisch“, in: FAZ, 11.11.1989. Siehe auch: Beschloss/Talbott 1993, S. 177.

270 Vgl. Beschloss/Talbott 1993, S. 178.

Auf eine Verbesserung des Status quo bei Reisen war man im Bundeskanzleramt durch die Schalck-Besuche vorbereitet, nicht aber auf die Öffnung der Mauer. Während eines Essens mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki in Warschau erreichte Bundeskanzler Helmut Kohl ein Anruf seines Beraters Eduard Ackermann, der am Abend des 9. November im Kanzleramt Stallwache hielt. Den Inhalt des Telefonats hat Ackermann selbst überliefert: „Ich sagte: 'Herr Doktor Kohl, halten Sie sich fest, die DDR-Leute machen die Mauer auf'. Er wollte es nicht glauben. 'Sind Sie sicher, Ackermann?' Ich erzählte ihm, daß ich die Pressekonferenz von Schabowski im Fernsehen verfolgt hätte, und daß in Berlin bereits Menschen aus dem Ostteil herübergekommen seien. 'Das gibt's doch nicht. Sind Sie wirklich sicher?' Ich sagte: 'Das Fernsehen überträgt live aus Berlin, ich kann es mit eigenen Augen sehen.' (Kohl:) 'Das ist ja unfassbar.'“<sup>271</sup>

Auch im Zentralkomitee der KPdSU und im Außenministerium in Moskau verlor man zunächst die Fassung, als am Morgen des 10. November die Agenturmeldungen über den Fall der Mauer auf dem Tisch lagen.<sup>272</sup> Erst im Laufe des Tages unterrichtete Krenz Gorbatschow telegrafisch über die Öffnung der Grenze. Seinem Telegramm, Krenz zufolge vom Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Fritz Streletz, entworfen und im Laufe des Vormittags abgeschickt<sup>273</sup>, fehlte jedoch der Mut zur Wahrheit; vor allem die Schilderung der aktuellen Lage führte den Generalsekretär der KPdSU kräftig hinters Licht:

*„Lieber Michail Sergejewitsch Gorbatschow!*

*Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Lage in der DDR war es in den Nachtstunden notwendig zu entscheiden, die Ausreise von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik auch nach Berlin (West) zu gestatten. Größere Ansammlungen von Menschen an den Grenzübergangsstellen zu Berlin (West) forderten von uns eine kurzfristige Entscheidung. Eine Nichtzulassung der Ausreisen nach Berlin (West) hätte auch zu schwerwiegenden politischen Folgen geführt, deren Ausmaße nicht überschaubar gewesen wären. Durch diese Genehmigung werden die Grundsätze des Vierseitigen Abkommens über Berlin (West) nicht berührt; denn die Genehmigung über Ausreisen zu Verwandten gab es nach Berlin (West) schon jetzt.*

*In der vergangenen Nacht passierten ca. 60.000 Bürger der DDR die Grenzübergangsstellen nach Berlin (West). Davon kehrten ca. 45.000 wieder in die DDR zurück.*

271 Ackermann 1994, S. 310. Eduard Ackermann ist seit 1982 Leiter der Abteilung 5 (Gesellschaftliche und politische Analysen, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit) im Bundeskanzleramt.

272 Mitteilungen an den Vf.

273 Krenz 1994, S. 82.

*Seit heute morgen 6.00 Uhr können nur Personen nach Berlin (West) ausreisen, die über das entsprechende Visum der DDR verfügen. Das gleiche gilt auch für ständige Ausreisen aus der DDR.*

*Ich bitte Sie, lieber Genosse Michail Sergejewitsch Gorbatschow, den Botschafter der UdSSR in der DDR zu beauftragen, unverzüglich mit den Vertretern der Westmächte in Berlin (West) Verbindung aufzunehmen, um zu gewährleisten, daß sie die normale Ordnung in der Stadt aufrecht erhalten und Provokationen an der Staatsgrenze seitens Berlin (West) verhindern.*

*Mit kommunistischem Gruß*

*Egon Krenz*

*Berlin, 10. November 1989*

*Generalsekretär.* <sup>274</sup>

Natürlich war die Visumpflicht um 6.00 Uhr längst nicht durchgesetzt, doch die gegenteilige Behauptung klang besser. Das Schreiben ist von dem Bemühen durchzogen, die Einbeziehung West-Berlins zu erklären und zu entschuldigen. Was das Viermächte-Abkommen über Berlin betraf, so konnte weder in Bezug auf die Ereignisse der Nacht noch auf die beschlossene Reiseregulation von einem förmlichen Verstoß gegen seine Bestimmungen die Rede sein. Zwar hatten die vier Regierungen 1971 ihre Übereinstimmung kundgetan, daß „die Lage ... nicht einseitig verändert wird“ (Teil I, Punkt 4), dem aber vorangestellt, „daß in diesem Gebiet keine Anwendung oder Androhung von Gewalt erfolgt und daß Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln beizulegen sind.“ (Teil I, Punkt 2) Darüber hinaus hatte die Sowjetunion ausdrücklich erklärt, „daß die Kommunikationen zwischen den Westsektoren Berlins und Gebieten, die an diese Sektoren grenzen, sowie denjenigen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht an diese Sektoren grenzen, verbessert werden.“ (Teil II, Punkt C)<sup>275</sup> Dieser Passus bezog sich zwar 1971 auf verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten in der Richtung von West nach Ost, schloß aber selbstverständlich einen zukünftigen Richtungswechsel, auch wenn er damals kaum erwartet wurde, nicht aus.

Was Krenz jedoch nicht mehr aus der Welt schaffen konnte und die Sowjetunion an der empfindlichsten Stelle traf, war ihr Gesichtsverlust und Autoritätsverfall in der außenpolitischen Arena: Über die wichtigste Entscheidung im Nachkriegs-Berlin nicht im Bilde, leistete die Sowjetunion vor den westlichen Siegermächten den Offenbarungseid, daß sie die Kontrolle über die DDR verloren hatte. Der Bitte von Krenz folgend, ließ Gorbatschow am späten Nachmittag Helmut Kohl, François Mitterrand, Margaret Thatcher und George Bush mündliche Botschaften übermitteln. Die an Kohl gerichtete Botschaft, von dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, an Kanzlerberater Horst Teltschik weitergeleitet, erreichte den Kanzler kurz

<sup>274</sup> SAPMO BAArch, ZPA-SED, IV 2/1/704, Bl. 83/84.

<sup>275</sup> Vgl. das Viermächte-Abkommen vom 3.9.1971, in: BMIB 1980, S. 158 ff.

vor seiner Rede auf einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus, für die er seinen Polen-Besuch unterbrochen hatte.<sup>276</sup> Der Reisebeschluß der DDR-Führung bestätigte aufs neue, so Gorbatschow, „daß gegenwärtig in der DDR tiefe und bedeutsame Veränderungen vor sich gehen. Die Führung der Republik handelt zielstrebig und dynamisch im Interesse des Volkes, sie entfaltet einen breiten Dialog mit verschiedenen Gruppen und Schichten der Gesellschaft.“ Angesichts der Kundgebung im Westen und einer parallelen Veranstaltung der SED im Lustgarten ersuchte Gorbatschow den Kanzler, „im Geiste der Offenheit und des Realismus“ seinerseits „die notwendigen und äußerst dringlichen Maßnahmen zu treffen, damit eine Komplizierung und Destabilisierung der Situation nicht zugelassen wird.“<sup>277</sup>

Unter Hinweis auf die nach seiner Überzeugung „richtigen und zukunftssträchtigen Beschlüsse der neuen Führung der DDR“ ließ Gorbatschow unmittelbar darauf die Präsidenten Bush und Mitterrand sowie die britische Premierministerin Thatcher über seine Botschaft an Kohl informieren. Er fügte hinzu, daß der sowjetische Botschafter in Berlin beauftragt sei, in Kontakt mit den Vertretern der drei Mächte in West-Berlin zu treten, um gemeinsam darauf hinwirken zu können, daß „die Ereignisse nicht einen Verlauf nehmen, der nicht wünschenswert wäre“. Der weitere Text der Botschaft lautete: „Insgesamt möchte ich hervorheben, daß gegenwärtig in der DDR tiefe und bedeutsame Veränderungen vor sich gehen. Wenn aber in der BRD Erklärungen laut werden, die auf ein Anheizen der Emotionen im Geiste der Unversöhnlichkeit gegenüber den Nachkriegsrealitäten, d. h. der Existenz zweier deutscher Staaten, abzielen, dann können solche Erscheinungen politischen Extremismus nicht anders eingeschätzt werden denn als Versuche, die sich jetzt in der DDR dynamisch entwickelnden Prozesse der Demokratisierung und Erneuerung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu untergraben. Mit Blick auf die Zukunft kann dies eine Destabilisierung der Lage nicht nur im Zentrum Europas, sondern auch darüber hinaus nach sich ziehen. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß all dies Ihr Verständnis findet.“<sup>278</sup>

Noch während der Kundgebung rätselten Teltshik und Kohl, ob Gorbatschows Botschaft eher „eine Bitte aus Sorge“ vor erneuten spontanen Mauerdurchbrüchen oder vielmehr „eine versteckte Warnung“ war.<sup>279</sup> Aus Berlin ins Bonner Bundeskanzleramt zurückgekehrt, erreichte Teltshik um Mitternacht ein Anruf von Brent Scowcroft. Der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten informierte ihn über die mündliche Botschaft Gorbatschows an Bush. Die für

276 Vgl. Kwizinskij 1993, S. 15.

277 Mündliche Botschaft Michail Gorbatschows an Helmut Kohl, 13.11.1989, 4 Ex. (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/319, Bl. 15/16).

278 Mündliche Botschaft Michail Gorbatschows an Präsident Francois Mitterrand, Premierminister Margaret Thatcher und Präsident George Bush, 13.11.1989, 4 Ex. (SAPMO BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/319, Bl. 20/21).

279 Teltshik 1991, S. 20.

Teltschik interessanteste Nachricht war die vertrauliche Mitteilung Scowcrofts, „daß Gorbatschow die SED-Spitze dazu aufgefordert habe, einen 'friedlichen Übergang' in der DDR sicherzustellen.“<sup>280</sup> Für den Kanzler und seinen Berater war damit das Rätsel gelöst: „Es wird keine Wiederholung des 17. Juni geben. Gorbatschows Nachricht, die er jetzt auch George Bush übermitteln ließ, war also die Bitte, gemeinsam dafür zu sorgen, daß der Politik die Kontrolle über die Ereignisse nicht entgleitet.“<sup>281</sup>

Als Propagandaformeln mochten die Fehleinschätzungen des Sprechers des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, die Maueröffnung sei „ein souveräner Akt der Regierung der DDR“,<sup>282</sup> oder von Gorbatschow, die DDR-Führung handle „zielstrebig und dynamisch im Interesse des Volkes“, noch verständlich sein, als Grundlage für eine realistische Politik waren sie unbrauchbar, weil sie die tatsächliche Dynamik der vom Volk erzwungenen Veränderungen in der DDR verkannten. Indem sich die sowjetische Führung daran festklammerte, die Diplomatie nach dem Mauerfall in die Formen zurückführen zu können, die für die Periode zuvor prägend gewesen waren, hinkte die sowjetische Deutschlandpolitik den Ereignissen der kommenden Monate ständig hinterher.<sup>283</sup>

Als frischgeköpfter Vorsitzender des Ministerrates sah sich Hans Modrow, der letzte Hoffnungsträger der SED, nach dem Fall der Mauer des wichtigsten Tauschmittels für Milliardenbeträge von der Bundesregierung zur ökonomischen Stabilisierung der DDR beraubt; das Volk hatte die „einzige Immobilie, auf die die DDR immer wieder für Reiserleichterungen Kredite bekommen hatte“,<sup>284</sup> einfach gesprengt. „Früher hat jeder Grenzübergang der DDR zig oder hundert Millionen gebracht“, trauerte Modrow am 21. November 1989 in einer Dienstbesprechung mit den führenden Stasi-Generälen der guten alten Mauerzeit nach. „Jetzt haben wir 93 Grenzübergänge, also 63 dazu, und nun versuchen wir mühsam nachzuklagen, ob wir daraus noch irgendetwas Ökonomisches auf die Beine bringen können, und sie (die Vertreter der Bundesregierung, d. Vf.) sind nicht sehr entgegenkommend. Diesen Obolus

280 Teltschik 1991, S. 23.

281 Teltschik 1991, S. 23.

282 „Die Einführung neuer Reisebestimmungen an den Grenzen der DDR zur BRD und zu Berlin (West) sei ein souveräner Akt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, erklärte der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadij Gerassimow, am Freitag (den 10.11.1989, d.Vf.) vor der Presse in Moskau. (...) Auf Fragen zur neuen Reiseregelung betonte Gerassimow, der Beschluß sei in Berlin gefaßt worden. Das Grenzregime sei eine Angelegenheit der DDR. Das sei ihr souveränes Recht.“ (Neues Deutschland, 11./12.11.1989; Leipziger Volkszeitung, 11./12.11.1989)

283 Kwizinskij berichtet, daß seine Warnungen vor einem endgültigen Ausbluten der DDR in den Tagen nach der Maueröffnung von Moskau als grundlose Dramatisierung zurückgewiesen wurden. „Von einem Verschwinden der DDR könne keine Rede sein. Die Sowjetunion werde dies nicht zulassen“, wies man Kwizinskij nach dessen Angaben zurecht (Kwizinskij 1993, S. 17).

284 Lepsius 1994, S. 10.

haben sie sozusagen genommen.“<sup>285</sup> Ein „Zurückdrehen“, soviel war Modrow klar, konnte es nicht geben: „Wer will das durchstehen?“ fragte er die Stasi-Generäle. „Gewaltlos ist doch das nicht mehr zu bremsen. So daß wir den Weg finden müssen, wie wir mit diesem Umstand konstruktiv umgehen.“<sup>286</sup> Um nicht vollends am „Bettelstab“ in die Gespräche mit dem Bundeskanzler zu gehen, habe er seine Koalitionspartner aus den Blockparteien erfolgreich stimuliert, wie er der MfS-Spitze mitteilte, „daß wir aufhören, schon den Wahltermin festzulegen, daß wir den Artikel 1 ändern. Wollen wir doch erstmal mit den anderen verhandeln (...)“.<sup>287</sup> Doch auch die letzte konstruktive Idee Modrows, wenigstens noch die Gewährung freier Wahlen und den Verzicht auf den Führungsanspruch der Partei in der DDR-Verfassung gegen Überbrückungskredite für die DDR an die Bundesregierung zu vermakeln, machte ihm das Volk zunichte. Die Massendemonstrationen gegen das Regime hielten auch in der zweiten Novemberhälfte an und erzwangen politische Zugeständnisse, bevor die Verkaufsverhandlungen mit Bonn abgeschlossen werden konnten. Was der Modrow-Regierung blieb, war die eiserne Reserve des Bereichs Kommerzielle Koordinierung. Mit Schreiben vom 2. Dezember 1989 teilte Schalck der Parteiführung seine Crash-Prognose einschließlich des zu erwartenden Zeitpunktes mit. Er habe veranlaßt, daß von ihm teilweise im Ausland angelegte, geheime Guthaben der DDR Modrow gemeldet würden; sie seien, so Schalck, die „letzte Einsatzreserve bei Eintritt der Zahlungsunfähigkeit des Staates, die nach meiner Auffassung Ende dieses Jahres bzw. Anfang des nächsten Jahres eintreten wird, um schwerwiegendste volkswirtschaftliche Konsequenzen mindestens mildern zu können.“<sup>288</sup> Noch am selben Tag verließ Schalck, der um sein Leben fürchtete<sup>289</sup>, die DDR und siedelte nach West-Berlin über.

Mit der Öffnung der Mauer und dem Verzicht der Sowjetunion, sie mit militärischer Gewalt wieder zu schließen, kamen der DDR die Grundvoraussetzungen ihrer Existenz abhanden. Der Druck der Volksbewegung ließ die notleidende Diktatur in den folgenden Wochen wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Der schnelle Wandel des Demonstrationsrufs „Wir sind das Volk!“ zur Losung

285 Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des Genossen Generalleutnant Schwanitz als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Hans Modrow, 21. November 1989 (Tonbandabschrift), in: BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 9).

286 Ebd., Bl. 26.

287 Ebd., Bl. 10.

288 Alexander Schalck, Brief an den Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission, Genossen Eberlein, Berlin, 2.12.1989, in: Deutscher Bundestag/Anlagenband 3 1994, Dokument 749, S. 3226. – Eine Kopie des Briefes an Eberlein, so Schalck in einem Schreiben vom gleichen Tag an Hans Modrow, übermittle er anbei. Modrow dementierte 1991, die Kopie des Briefes an Eberlein je erhalten zu haben (Modrow 1991b, S. 11).

289 Vgl. entsprechende Schalck-Äußerungen, in: Die Welt, 4.4.1990. Die Kampagne gegen Schalck hatte bereits im November 1989 mit einer auf „Insiderwissen“ gestützten Spiegel-Story begonnen (vgl. den Beitrag „Fanatiker der Verschwiegenheit“, in: Der Spiegel Nr. 47, 20.11.1989, S. 49–59).

„Wir sind ein Volk!“ und das Ergebnis der ersten demokratischen Volkskammerwahlen zeigten an, daß sich die große Mehrheit der Menschen in der DDR von der deutschen Einheit die besten Chancen für die Teilhabe an Wohlstand und einer sozialen Demokratie versprochen.

## 8. Anhang

### 8.1. Verzeichnis der benutzten Archive und Dokumentationsstellen

Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Abteilung Archiv/Dokumentation. Berlin.  
 Archiv der Oberfinanzdirektion Berlin, Zollabteilung.  
 Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin.  
 Associated Press. Berlin.  
 Bibliotheks- und Informationssystem des Fachbereichs Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Abteilung Archiv und Dokumentation.  
 Bundesarchiv – Militärisches Zwischenarchiv. Potsdam.  
 Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam. Berlin und Potsdam.  
 Bundesministerium des Innern, Außenstelle Berlin, Altschriftgutverwaltung. Berlin (ehem. Verwaltungsgeschichtliches Archiv des Ministeriums des Innern der DDR, jetzt Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam).  
 Der Polizeipräsident in Berlin, Dez. VB 132-AG Archiv.  
 Deutsche Presseagentur, Datenbank. Hamburg.  
 Deutsche Welle (und ehem. RIAS-TV), Archiv. Berlin.  
 Deutsches Rundfunkarchiv, Standort Berlin – Fernseharchiv (ehem. DFF).  
 Deutschland Radio (ehem. RIAS), Abteilung Dokumentation und Archive. Berlin.  
 Institut für Meteorologie der Freien Universität Berlin, Archiv.  
 Landesarchiv Merseburg.  
 Landespolizeidirektion Leipzig, Innerer Dienst/Registrator.  
 Norddeutscher Rundfunk, ARD-Aktuell, Koordination, Archiv. Hamburg.  
 Polizeipräsidium Frankfurt (Oder), Archiv.  
 Polizeipräsidium Potsdam, Archiv.  
 Regierungspräsidium Halle, Chef der Polizei, Archiv.  
 Regierungspräsidium Magdeburg, Chef der Polizei, Dez. 23-Archiv.  
 Reuters. Berlin.  
 Sender Freies Berlin, Redaktion ARD-Aktuell, Archiv.  
 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv, Berlin.  
 Zweites Deutsches Fernsehen Berlin, Studioarchiv.

### 8.2. Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AGB	Arbeitsgesetzbuch
AK	Aktuelle Kamera
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
ANSA	Agenzia Nazionale Stampa Associazione
AST	Außenstelle
ASTA	Antragsteller auf ständige Ausreise

---

AZN	Archiv-Zugangsnummer
BArch	Bundesarchiv
BA/MZA	Bundesarchiv/Militärisches Zwischenarchiv Potsdam
BA/P	Bundesarchiv/Abteilungen Potsdam
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BK	Bundeskanzler
BLN	Berlin
BMIB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DPA	Deutsche Presseagentur
DVP	Deutsche Volkspolizei
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FStW	Funkstreifenwagen
Gen	Genosse
GK-Dos	Geheime Kommandosache
GKM	Grenzkommando MITTE
GO	Grundorganisation
GR	Grenzregiment
GT	Grenztruppen
GÜST	Grenzübergangsstelle
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
HLE	Halle
IA	Innere Angelegenheiten
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMB	Kommando des Militärbezirks
KOKO	Bereich Kommerzielle Koordinierung
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LAPOLDIR	Landespolizeidirektion
LaSK	Landstreitkräfte
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPZ	Leipzig
Ltr.	Leiter
MdI	Ministerium des Innern
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

---

MfJ	Ministerium der Justiz
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MBG	Magdeburg
MR	Ministerrat
MZA	Militärisches Zwischenarchiv
NATO	Nord-Atlantik-Pakt (North Atlantic Treaty Organization)
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
NVR	Nationaler Verteidigungsrat
ODH	Operativer Diensthabender
PA	Personalausweis
PB	Politbüro
PDM	Potsdam
PdVP	Präsidium der Volkspolizei Berlin
PM	Paß- und Meldewesen
POLPRÄS	Polizeipräsident
RdB	Rat des Bezirkes
RdK	Rat des Kreises
REGPRÄS	Regierungspräsidium
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RS	Rechtsstelle
RVO	Rechtsverordnung
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (im Bundesarchiv)
SDP	Sozialdemokratische Partei
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Stasi	Staatssicherheitsdienst
StäV	Ständige Vertretung
SU	Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
UVR	Ungarische Volksrepublik
VE	Verrechnungseinheit
VP	Volkspolizei
VPI	Volkspolizei-Inspektion
VPKA	Volkspolizei-Kreisamt
VS	Verschlusssache
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WV-Staaten	Staaten des Warschauer Vertrages
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZGA	Zentrales Gewerkschaftsarchiv
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZPA	Zentrales Parteiarchiv

### 8.3. *Literaturverzeichnis*

- Ackermann, Eduard, 1994: Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik, Bergisch-Gladbach.
- Andert, Reinhold/Herzberg, Wolfgang, 1991: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar.
- Arbeitsgemeinschaft 13. August, 1994: Grenzen durch Berlin und durch Deutschland, Berlin.
- Ash, T. Garton, 1993: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München-Wien.
- Bahr, Ekkehard, 1990: Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden, Leipzig.
- Bayerischer Landtag, 1994: Schlußbericht des Untersuchungsausschusses betreffend bayerische Bezüge der Tätigkeit des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ und Alexander Schalck-Golodkowskis, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/16598, 6.7.1994 (unkorrigiertes Exemplar).
- Behrendt, Hans-Dieter/Böhnke, Hans/Frotscher, Jurt/Geschke, Heinz/Hanisch, Wilfried/Krug, Wolfgang/Wegner, Günter, 1994a: Nachbetrachtungen zur Grenzöffnung am 9. November 1989, Teil 1. Herausgegeben vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V., Potsdam.
- Behrendt, Hans-Dieter/Böhnke, Hans/Frotscher, Jurt/Geschke, Heinz/Hanisch, Wilfried/Krug, Wolfgang/Wegner, Günter, 1994b: Nachbetrachtungen zur Grenzöffnung am 9. November 1989, Teil 2. Herausgegeben vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V., Potsdam.
- Bender, Peter, 1994: Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989, in: Johannes Wilms (Hg.), Der 9. November. Fünf Essays zur deutschen Geschichte, München, S. 66–82.
- Beschloss, Michael R./Talbot, Strobe, 1993: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989–1991, Düsseldorf.
- Böttcher, Peter, 1990: Legende und Wirklichkeit – Wer öffnete am 9. November die Mauer? In: Berliner Zeitung, 9. November 1990, S. 3.
- Brunner, Georg, 1993: Der politische Umbruch in Ungarn, in: Göttinger Arbeitskreis (Hg.), Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa, Berlin, S. 71–82.
- Buch, Günther, 1987: Namen und Daten wichtiger Personen der DDR, Berlin-Bonn, 4. Auflage.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), 1980: Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969–1979. Bericht und Dokumentation, Bonn.
- Bundestag, Deutscher, 1994: 25./26. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 26./27. Januar 1993. Öffentliche Anhörung zu dem Thema: Die Machthierarchie der SED, Teil 1 und 2, Bonn.
- Bundestag, Deutscher/Anlagenband 3, 1994: Beschlußempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, 12. Wahlperiode, Drs. 12/7600, B. Anlagen, Anlagenband 3.
- Crome, Erhard/Franzke, Jochen, 1993: Die SED-Führung und die Wiener KSZE-Konferenz 1986–1989, in: Deutschland Archiv 8/1993, S. 905–914.
- Dahn, Daniela/Kopka, Fritz-Jochen (Red.), 1991: Und diese verdammte Ohnmacht. Report der Unabhängigen Untersuchungskommission zu den Ereignissen vom 7./8. Oktober 1989 in Berlin, Berlin.

- Dümde, Claus, 1990a: Wie kam es zum Sturm auf die Mauer? In: Neues Deutschland, 3./4. November 1990, S. 9.
- Dümde, Claus, 1990b: Die längste Nacht der DDR, in: Neues Deutschland, 11. November 1990, S. 9.
- Filmer, Werner/Schwan, Heribert, 1992: Wolfgang Schäuble. Politik als Lebensaufgabe, München.
- Geißel, Ludwig, 1991: Unterhändler der Menschlichkeit, Stuttgart.
- Greenwald, G. Jonathan, 1993: Berlin Witness. An American Diplomat's Chronicle of East Germany's Revolution, Pennsylvania.
- Hahn, Annegret/Pucher, Gisela/Schaller, Henning/Scharsich, Lothar, 1990: Protestdemonstration Berlin DDR – 4.11.89, Ost-Berlin.
- Heber, Norbert/Lehmann, Johannes, 1990: Keine Gewalt. Der friedliche Weg zur Demokratie, Berlin.
- Hertle, Hans-Hermann, 1992a: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv 2/1992, S. 127–145.
- Hertle, Hans-Hermann, 1992b: Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1019–1030.
- Hertle, Hans-Hermann, 1992c: „Das reale Bild war eben katastrophal!“ Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv 10/1992, S. 1031–1039.
- Hertle, Hans-Hermann/Pirker, Theo/Weinert, Rainer, 1990: „Der Honecker muß weg!“ Protokoll eines Gesprächs mit Günter Schabowski am 24. April 1990, Berlin (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 35).
- Hertle, Hans-Hermann/Weinert, Rainer/Wilke, Manfred, 1991: Der Staatsbesuch, Berlin.
- Honecker, Erich, 1994: Moabiter Notizen, Berlin.
- Horn, Gyula, 1991: Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg.
- Initiativgruppe 4.11.1989, 1990: 40 Jahre DDR – TschÜSSED. Ausstellung der „Initiativgruppe 4.11.89“ im Museum für Deutsche Geschichte und im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- John, Antonius, 1991: Rudolf Seiters. Einsichten in Amt, Person und Ereignisse, Bonn – Berlin.
- Józsa, Gyula, 1992: Von der Implosion des politbürokratischen Systems in Ungarn zum Rechtsstaat und zum Parteienpluralismus. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 23, Köln.
- Kiessler, Richard/Elbe, Frank, 1993: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden.
- Krenz, Egon, 1990: Wenn Mauern fallen, Wien.
- Krenz, Egon, 1994: Der 9. November 1989. Unfall oder Logik der Geschichte? In: Siegfried Prokop (Hg.), Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite DDR“ im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin, S. 71–87.
- Kuhn, Ekkehard, 1992: Der Tag der Entscheidung. Leipzig, 9. Oktober 1989, Berlin-Frankfurt/Main.
- Kuhn, Ekkehard, 1993: Gorbatschow und die deutsche Einheit, Bonn.
- Kuppe, Johannes, 1989: Die deutsch-deutschen Beziehungen aus der Sicht der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, München-Wien, S. 551–567.
- Kurz, Friedrich, 1991a: Ungarn 89, in: Grosser, Dieter/Bierling, Stephan/Kurz, Friedrich: Die sieben Mythen der Wiedervereinigung, München, S. 123–163.
- Kurz, Friedrich, 1991b: Ost-Berlin/Das Ende der Mauer, in: Grosser, Dieter/ Bierling, Stephan/ Kurz, Friedrich: Die sieben Mythen der Wiedervereinigung, München, S. 165–191.
- Kwizinskij, Julij A., 1993: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin.
- Leonhardt, Karl/Schunke, Joachim, 1994, Sicherung der Grenze – eine Unmenschlichkeit? In:

- Reinhard Brühl u. a. (Hg.), *Kalter Krieg auf deutschem Boden. Geschichte, Standpunkte, Dokumente*, Berlin, S. 38–52.
- Leonhardt, Karl/Schwillo, Alfred, o.J. (1993): *Die Lage an der Grenze in den 70er und 80er Jahren*, in: Autorenkollektiv (Hg.), *Zwei Staaten, zwei Paktsysteme und ihre Grenze*, Berlin, S. 22–29.
- Lepsius, M. Rainer, 1994: *Die Bundesrepublik – ein neuer Nationalstaat?* In: *Berliner Journal für Soziologie* 1/1994, S. 7–12.
- Lochen, Hans-Hermann/Meyer-Seitz, Christian (Hg.), 1992: *Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministerium des Innern*, Köln.
- Mittag, Günter, 1991: *Um jeden Preis*, Berlin/Weimar.
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hg.), 1990: *Ich liebe euch doch alle!* Berlin.
- Modrow, Hans, 1991a: *Aufbruch und Ende*, Hamburg.
- Modrow, Hans, 1991b: *Ein Staatssekretär als Exempel. Der Fall Schalck-Golodkowski – eine Chronik und einige Anmerkungen*, in: *Die Zeit* Nr. 46, 8.11.1991, S. 11.
- Momper, Walter, 1991: *Grenzfall*, München.
- Neues Forum Leipzig, 1989: *Jetzt oder nie – Demokratie!* Leipziger Herbst '89, Leipzig.
- Oldenburg, Fred, 1991: *Die Implosion des SED-Regimes*, Köln.
- Oldenburg, Fred, 1993: *Der Zusammenbruch des SED-Regimes und das Ende der DDR*, in: Göttinger Arbeitskreis (Hg.), *Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa*, Berlin, S. 103–161.
- Oldenburg, Fred, 1993: *Der Zusammenbruch des SED-Regimes und das Ende der DDR*, in: Göttinger Arbeitskreis (Hg.), *Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa*, Berlin, S. 103–161.
- Pirker, Theo, 1977: *Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration“*, Berlin.
- Protokoll der 10. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 8. bis 10. November 1989, o.O. (Ost-Berlin).
- Przybylski, Peter, 1992: *Tatort Politbüro. Band 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski*, Berlin.
- Reuth, Ralf Georg/Bönte, Andreas, 1993: *Das Komplott*, München – Zürich.
- Schabowski, Günter, 1990: *Das Politbüro*, Hamburg.
- Schabowski, Günter, 1991: *Der Absturz*, Berlin.
- Schewardnadse, Eduard, 1991: *Die Zukunft gehört der Freiheit*, Reinbek.
- Schnibben, Cordt, 1990: „Diesmal sterbe ich, Schwester“, in: *Der Spiegel* 41/1990, S. 102–109.
- Schüdekopf, Charles (Hg.), 1990: „Wir sind das Volk!“ *Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution*, Reinbek.
- Sieber, Günter, 1992: *Ustinow tobte, Gorbatschow schwieg*, in: Zimmermann, Brigitte/ Schütt, Hans-Dieter (Hg.), *Ohnmacht. DDR-Funktionäre sagen aus*, Berlin, S. 217–234.
- Stephan, Gerd-Rüdiger, 1993: *Die letzten Tagungen des Zentralkomitees der SED 1988/89*, in: *Deutschland Archiv* 3/1993, S. 296–325.
- Strauß, Franz Josef, 1989: *Die Erinnerungen*. Berlin.
- Süß, Walter, 1990: *Weltgeschichte in voller Absicht oder aus Versehen?* in: *Das Parlament* Nr. 46–47, S. 8–9.
- Teltschik, Horst, 1991: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin.
- Voslensky, Michael S., 1989: *Sterbliche Götter. Die Lehrmeister der Nomenklatura*, Erlangen-Bonn-Wien.
- Voß, Hans, 1993: *Konstruktivität und Dilemma der DDR-Außenpolitik. Ein Bericht des stellvertretenden Delegationsleiters der DDR über das Wiener Folgetreffen der KSZE (1986–1989)*, in: *1999* 1/93, S. 91–99.
- Weidenfeld, Werner, 1989: *Deutschland 1989. Konturen im Rückblick auf vierzig Jahre*, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989*, München-Wien, S. 13–31.
- Weiß, Gebhardt, 1990: „*Neues Denken*“ und Handeln in der sowjetischen Abrüstungs- und

- Rüstungskontrollpolitik, in: Hannes Adomeit/Hans-Hermann Höhmann/Günther Wagenlehner (Hg.), Die Sowjetunion unter Gorbatschow, Stuttgart-Berlin-Köln, S. 297–328.
- Whitney, Craig R., 1993: *Advocatus Diaboli*. Wolfgang Vogel – Anwalt zwischen Ost und West, Berlin.
- Wilke, Manfred u. a., 1993a: SED-Politbüro und polnische Krise 1980–82, Berlin.
- Wilke, Manfred u. a., 1993b: SED-Politbüro und polnische Krise 1980–82, Berlin.
- Wrede, Hans-Heinrich, 1990: *KSZE in Wien*, Köln.
- Zimmerling, Zeno und Sabine, 1990: *Neue Chronik DDR*, Berlin.